
Sonderbeilage zu ak – analyse + kritik
4,50 € Nr. 8 – Winter/Frühjahr 06
FANTÔMAS
magazin für linke debatte und praxis
vom eigensinn der kämpfe
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Fantômas 8. Vom Eigensinn der Kämpfe: Aneignung, Anerkennung, Verteilung.

Aneignung, Anerkennung, Verteilung: Diese Begriffe markieren Trennungslinien zwischen verschiedenen Strömungen der Linken. Aber sie stehen auch für Möglichkeitsräume von Kämpfen und Bewegungen. Möglichkeitsräume, die nicht in sich geschlossen sind, sondern aufeinander verweisen. Und doch, auch in diesen Verweisen, jeweils einen Eigensinn haben. Dem folgen wir in diesem Heft.

Erstens: Aneignung. Ein Gespräch zwischen **Alex Demirovic** und **Thomas Seibert** eröffnet das Heft und stellt die strategischen und utopischen Potenziale eines radikal linken und deshalb radikal demokratischen Projektes zur Diskussion. Ein Projekt, bei dem es, soviel ist klar, um nicht weniger geht als um die Kunst, „an der Macht der Dinge zu lernen, der Macht endlich zu entraten" (Adorno/Horkheimer) und das gleichzeitig darauf zielt, der Option auf eine „Systemüberwindung" und damit auf eine Überwindung der herrschenden Aneignungs-, Verteilungs- und Anerkennungsverhältnisse im politischen Handeln hier und jetzt Platz zu schaffen. Die folgenden Artikel dieser Rubrik berichten von konkreten und sehr verschiedenen Aneignungskämpfen – anderswo und hier, jetzt und morgen. Im Ostharz geht es für linke und nicht-rechte Jugendliche um die alltägliche Wiederaneignung von Straßen, Öffentlichkeit und Alltag. **Heike Kleffner** berichtet. Drei Millionen Menschen in China waren im Jahr 2003, so offizielle Zahlen, an Bauernunruhen, Streiks in Staatsbetrieben und anderen „Zwischenfällen" beteiligt. **Anton Pam** folgt den Spuren dieser Kämpfe. Die kommunistische Naxaliten-Bewegung kontrolliert ein Fünftel des indischen Staatsgebietes. **Satya Sivaraman** erzählt über ihre Geschichte, ihre Spaltungen und ihre mögliche Zukunft. Die **Gruppe Blauer Montag** diskutiert Sache und Begriff der Aneignung im Blick auf aktuelle und historische Erfahrungen von Kämpfen, die sich das Recht auf vollständige Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen zum Ziel gesetzt haben.

Zweitens: Anerkennung. Kämpft(e) die **Frauenbewegung** um Anerkennung? Und hat dies, wenn ja, ihr und uns gereicht? Eine fertige Antwort auf diese Fragen jetzt zu geben, schien uns unmöglich. Also sammelten wir **Positionsfragmente** von jüngeren und älteren, ehemaligen und immer-noch-Feministinnen. Um eine Diskussion zu beginnen, die wir gerne führen möchten – in *Fantômas* und anderswo. Vom Recht darauf, ein Mensch mit Rechten zu sein: Der Geschichte der schwarzen US-Bürgerrechtsbewegung zwischen unplanbaren Riots und organisierter Gegenwehr gegen weiße Gewalt geht **Felix Kolb** nach. Wie die Krüppel- und Behindertenbewegung gegen den häufig mildtätig daherkommenden Terror von „Normalität" und „Gesundheit" und für die Freiheit, anders zu leben, kämpft – davon erzählt **Volker van der Locht**.

Drittens: Verteilung. Bildung, Gesundheit, Badehäuser und Wohnraum genossenschaftlich organisiert, genutzt und verteilt: das Rote Wien. Von Glanz und Elend dieses berühmten Experiments zwischen Reform und Revolution berichtet Zeitzeuge **Dr. Otto Neurath** im Jahr 1926. Back to present: **Hans-Jürgen Urban** erklärt, warum die gerechte Verteilung von (über-)lebensnotwendigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Ressourcen Kernelement eines neuen Gesellschaftsvertrags sein muss. Was die viel zitierte Verteilung „von unten nach oben" konkret bedeutet, das wissen die NiedriglohnarbeiterInnen und gewerkschaftlichen OrganizerInnen im US-Bundesstaat New York sehr genau. **Georg Wissmeier** war mit ihnen unterwegs. Den Spuren von Aneignungweisen und Verteilungskämpfen geht auch **Martin Krämer** durch Zeit und Raum nach: vom Hafen in Neapel im Jahr 2005 zum präkolumbianischen Inkareich über eine prärevolutionäre kubanische Zuckerrohrplantage in eine frühsowjetische Stadtkommune – und zurück. Von seiner Reise bringt er einen Satz mit über den Eigensinn, der Aneignung, Verteilung und Anerkennung letztlich aneinander und damit auch das ganze Spektrum der Beiträge im Heft zusammenbindet: „Es gibt keinen Tanz vor dem Essen. Erst müssen alle am Tisch sitzen ..."

Das **Bildkonzept** *What does memory mean to you? XIII* (2005) hat die Münchner Künstlerin **Petra Gerschner** gestaltet, zu den Motiven ihrer Arbeit schreibt sie am Ende des Heftes.

Auch linke Projekte wie das Halbjahresmagazin *Fantômas* und die inzwischen schon 500 (!) Ausgaben alte Monatszeitung *analyse + kritik* müssen für ihre politische Arbeit stets und ständig die **Aneignung** von Öffentlichkeit und Produktionsmitteln und die **Verteilung** äußerst knapper Ressourcen organisieren. Um diese Arbeit auch in Zukunft weiterzuführen, brauchen wir auch dieses Jahr wieder nicht nur eure **Anerkennung**, sondern auch eure ganz konkrete Unterstützung: 25.000 Euro – damit *ak* und *Fantômas* auch in 2006 eigensinnig weitermachen können.

Spendenkonto: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Kontonummer 13150204, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20.

Im Übergang. Die Vielfalt sozialer Kämpfe und die Neuerfindung ihrer Linken.

Von der Redaktion *Fantômas*

Vielleicht hat noch keine Bundestagswahl den Spielraum der Linken in Deutschland so erweitert wie die des 18. September. Wie vom Parteienforscher Franz Walter auf den Punkt gebracht, haben sich die WählerInnen eine Regierung beschert, „von deren Projekt, Rhetorik und auch Leitfiguren sie bereits jetzt die Nase voll haben". Zwar bleibt der Neoliberalismus am Drücker, „aber im Grunde hat der Kern der Gesellschaft ihn längst hinter sich gelassen". (*Die Zeit* 23/2005). Fest steht immerhin, dass keine der beiden Optionen neoliberaler Politik eine regierungsfähige Mehrheit errang. Die kommende Regierung wird schon deshalb so schwach sein wie wenige vor ihr: Muss sie doch so oder so eine abgewählte Politik fortsetzen. Das erweitert den Interventionsraum der Linken, weil die Bindungskraft der bisherigen politischen Konstellation der BRD weiter abnehmen, die Risse im hegemonialen Block sich vertiefen werden: unumkehrbare Erosion der „Volksparteien", Auseinanderdriften von Partei- und Gewerkschaftssozialdemokratie, gleichermaßen nach rechts wie nach links treibender, deshalb von links ebenso taktisch wie – why not? – solidarisch auszubeutender Profilierungszwang der Linkspartei und sogar der Grünen. Entscheidend bei all dem wird der längst noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeitsspielraum der globalisierungskritischen wie der anti-neoliberalen Bewegungen sein: dort vor allem, wo beide zusammenkommen.

Der Eigensinn der Kämpfe

Im unterschiedlichen Bezug auf verschiedene Kämpfe vervielfältigte sich „die" Linke schon im 19. Jahrhundert in *reformistische* und *revolutionäre*, später in *traditionelle* und *alternative* Strömungen. Ihr Unterschied ergab sich dabei auch aus dem besonderen Einsatz der Kämpfe, d.h. ihrem jeweils treibenden Motiv. Von dort stammt die Unterscheidung von Verteilungs-, Anerkennungs- und Aneignungskämpfen, der wir in diesem Heft nachgehen. Setzten die verschiedenen reformistischen Linken primär auf Verteilungs- und Anerkennungskämpfe, zogen revolutionäre Linke zumindest im Anspruch die Aneignungskämpfe vor. Konzentrierten sich traditionelle Linke auf Verteilungsfragen, setzten alternative Linke spätestens seit den 1960er Jahren auf Anerkennungskämpfe. Doch Vorsicht: Wer die genannten Unterscheidungen – reformistisch vs. revolutionär, traditionell vs. alternativ, Verteilung vs. Anerkennung vs. Aneignung – wörtlich nimmt und mit der Sache selbst – den Kämpfen, den Bewegungen, den Linken – verwechselt, dem oder der werden sie gleich wieder verschwimmen. Denn die wirklichen sozialen Kämpfe werden stets mit- und durcheinander, nicht selten auch gegeneinander ausgefochten. So kämpfen zwar Frauen-, Schwarzen oder Homobewegungen ganz offenbar um Anerkennungsgleichheit, doch geht es dabei immer auch zentral um Verteilungsfragen und natürlich um Aneignung. Was anders ist es als Aneignung, wenn eine Afroamerikanerin (1) sich den für Weiße vorgesehenen Busplatz nimmt und damit den Zündfunken für eine ganze Bewegung gibt? Worauf, wenn nicht auf Aneignung zielt in der zweiten Frauenbewegung die Parole „Mein Bauch gehört mir"? Tatsächlich liegt der Eigensinn eines Kampfes nicht darin, entweder ein Verteilungs- oder ein Anerkennungs- oder ein Aneignungskampf zu sein, sondern in der Gewichtung, nach der eines dieser Motive vor den anderen leitend ist. Dass das so ist, ergibt sich aus den herrschenden Verhältnissen, die niemand einfach überspringen kann.

Umsonst und Draußen

Aktuell überhaupt von unterschiedlichen Kämpfen sprechen zu können, verdankt sich der jüngeren Karriere eher des Begriffs als der Sache der Aneignungskämpfe. In mehreren Städten haben sich *Umsonst-Kampagnen* gebildet, 2004 tagte ein gut besuchter BUKO zum Thema. Allerdings hinkt, und das ist kein bisschen hämisch gemeint, die wirkliche Aneignungsbewegung dem, was mit ihr zu wünschen wäre, weit hinterher. Obwohl erfreulicherweise bewusst auf Popularisierung angelegt, blieb sie bisher auf die jugendbewegte Subkultur beschränkt. Das kann beim kollektiven Erkämpfen des freien Zutritts zu Schwimmbädern und Theatern oder beim demonstrativen Schwarzfahren auch gar nicht anders sein. Dennoch verweist solche Symbolpolitik auf den durch einen konventionellen Politizismus lange verdeckten Umstand, dass de facto „massenhaft" betriebene „Aneignung von unten" seit jeher zum politischen Kernbestand widerständiger Alltagskultur gehören kann. Erst wo das anerkannt wird, stellt sich die Frage, wie sich derart immer schon politische und in ursprünglichem Sinn autonome Praxis - zum Beispiel die in vielen Fällen kollektiv organisierte Aneignung des Rechts auf freien Aufenthalt - weiter politisieren kann. Denn um weitergehende Politisierung geht es dabei in jedem Fall, in Richtung zum Beispiel auf al-

ternative gesellschaftliche Einrichtungen, in denen nicht nur Güter, sondern vor allem Fertigkeiten und Fähigkeiten angeeignet und Räume besetzt werden können, die sonst nur im individuellen Aufstieg erreichbar sind. Hier hält die Geschichte der Kämpfe einiges bereit, dessen Wiederaneignung sich lohnt: von „autonomen Zentren" jeder Art über Produktions-, Bildungs-, Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften bis zur praktisch rasend schnell voran schreitenden, politisch aber noch längst nicht ausgeloteten „Open Source"-Bewegung. Der Verweisungscharakter so verstandener Aneignung liegt in ihrem alltäglich-sinnlichen Bezug auf die realistischerweise wohl erst in längerer Frist zu erreichende Abschüttelung des Kapitals in der demokratischen Vergesellschaftung der Produktionsmittel gesellschaftlichen Reichtums und seiner materiellen und symbolischen Quellen. Die damit gestellte Aufgabe – und nur als Aufgabe macht sie derzeit Sinn – führt dann aber über trotz allem stets partikulare „Vorteilsnahmen" im Überlebenskampf wie über symbolpolitischen Aktivismus hinaus: und ruft eben dabei stets die beiden anderen Motive sozialer Kämpfe auf, Verteilung und Anerkennung.

Verteilungsfragen

Wenn es um Verteilungsfragen nun schon seit längerem düster aussieht, dann nicht zuletzt deshalb, weil die ultimative Waffe bisheriger Verteilungskämpfe, der Streik, in den jüngeren Transformationen der kapitalistischen Produktionsweise massiv entwertet wurde. Das liegt zum einen daran, dass der Streik heute gar kein „ultimatives" Kampfmittel mehr sein kann. Es liegt aber auch daran, dass er von seinen gewerkschaftlichen Verwaltern als tarifpolitisches Ritual eigentlich eher geduldet als gewollt und entwickelt wurde. Hier gilt es, anderes zu erproben: Boykott, Sabotage, Besetzung, Blockade, vor allem aber die Ausdehnung des Widerstands über den unmittelbaren Produktionsort hinaus und auf andere Subjektivitäten hin als die der unmittelbaren ProduzentInnen. Von einem transnationalen und transsubjektiven *social movement unionism* aus gesehen hat die Krise traditioneller Verteilungspolitiken dann auch ihr Gutes: Wird mit ihr doch endlich die im Mehrheitsstrom der Linken kaum hinterfragte Dominanz der national und klassenbegrenzten Verteilungskämpfe hinfällig. Unter der gelang es dem Block von Sozialdemokratie und Einheitsgewerkschaft, jede wenigstens tendenziell revolutionäre Alternative schon deshalb schlichtweg platt zu machen, weil die dafür unverzichtbaren „Massen" sich mit gewissem Recht lieber für den verteilungspolitischen Spatz in der Hand als die aneignungs- oder anerkennungspolitischen Taube auf dem Dach entschieden.

Hinfällig wurde aber andererseits und ebenfalls endlich (!) die oft bloß bürgerlich-jugendbewegte Verachtung „bloßer" Verteilungsfragen in den Minderheitsströmungen der revolutionären oder alternativen Linken. Dazu trug bei, dass mit fortschreitender Prekarisierung des Überlebens die Verteidigung eines halbwegs zureichenden Einkommens sowie der öffentlichen Güter und sozialen Sicherungen vielen Radikalen auch ganz persönlich nicht mehr nur als reformistisches Blendwerk erscheint. Zugleich bleibt gerade hier zu beachten, dass der Rücknahme erreichter Verteilungsgleichheit ein ebenso systematisches Roll-back der materiellen Erfolge der Anerkennungskämpfe folgte. Dies war umso leichter da die Schlagkraft dieser Kämpfe vielfach in Institutionalisierungsprozessen erlahmte oder auf Inseln identitärer Separierung versandete. Davon abgesehen bleiben Begriff wie Sache der Verteilung wie der Anerkennung in ihrem fließenden Übergang zur Aneignungsfrage schon deshalb unbedingt legitim, wie es im gleichen und freien Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum und den Mitteln seiner Erzeugung schon im „Kleinen und Alltäglichen" stets darum geht, „das Universum der Indifferenz des Gleichen zu unterwerfen" (Alain Badiou). Bedingungslose Gleichheit ist eben als revolutionär-republikanische, radikaldemokratische wie als kommunistische *egalité* nicht umsonst die Sache, die von rechts her nie angeeignet werden kann.

Anerkennungen

Die Unterscheidung von Verteilungs-, Aneignungs- und Anerkennungskämpfen wollen wir bis auf Weiteres beibehalten, weil sie für uns einen vorläufigen, einen *methodischen* Gebrauchswert hat. Der liegt darin, sich der exklusiven Bindung an die eine oder andere Kampfform zu enthalten und statt dessen nach Wegen zu suchen, die zum Glück vielfältigen sozialen Kämpfe in ihrem Eigensinn zu radikalisieren, d.h. *in Kommunikation bringen zu können.* Das wird oft bedeuten, gegen das jeweilige Leitmotiv die beiden anderen Motive oder eines von ihnen stärken zu müssen. Wir streiten nicht ab, dass da ermüdende und nicht nur deshalb zu Recht außer Kurs gesetzte Debatten wie die um „Reform und Revolution" und sogar die um „Haupt-" und „Nebenwidersprüche" ein fernes Echo finden. Allerdings hoffen wir, mit unserer Unterscheidung in den Blick zu bringen, was leider allzu oft und von allen Seiten methodisch und der Sache nach verfehlt wurde: Dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte der sozialen Kämpfe ist, die zwar immer auch, doch nie nur Klassenkämpfe sind.

Anmerkung:
1) Rosa Parks, deren Weigerung, den Sitzplatz für einen Weißen zu räumen, eine Initialzündung der Kämpfe gegen die rassistischen Gesetze und den rassistischen Alltag in den USA war, starb während unserer Heftproduktion, am 24. Oktober 2005.
Ihr widmen wir dieses Heft.

aneignung

als politische praxis, utopie, geschichte – hier und anderswo. über kämpfe um ackerboden, fabriken, öffentlichen raum, gesellschaftliche teilhabe. über den begriff an sich und die möglichkeit kommunistischer politik.

- ☐ *demirovic* und *seibert* über revolution, kommunismus und demokratie.
- ☐ *kleffner* zum kampf um öffentlichen raum in ostdeutschland – gegen den neofaschistischen angriffsalltag.
- ☐ *pam* zu bauernaufständen, wanderarbeiterInnen und streiks in staatsbetrieben in china.
- ☐ *sivaraman* zur geschichte und gegenwart der indischen naxaliten-bewegungen.
- ☐ *gruppe blauer montag* über aneignung als radikale politische praxis, die nicht nur eigentumsverhältnisse in frage stellt.

Ein lang anhaltender Prozess

Radikale Demokratie und Perspektive der Aneignung

Ein Gespräch per E-Mail mit Alex Demirovic

Als Symptom, vielleicht sogar als Grund der Krise der Linken gilt, dass ihr das alte sozialistische oder kommunistische Projekt abhanden gekommen ist. Alle historischen Versuche des „Übergangs" sind gescheitert, zentrale Voraussetzungen – wie etwa die Existenz eines einheitlichen revolutionären Subjekts, aber auch ein Begriff von Gesellschaft als eines „Systems", an dessen Stelle etwas „ganz anderes" treten könne – sind so nicht mehr gegeben. Verloren ging damit sich als „systemüberwindende" Kraft zu verstehen. Alex Demirovic (AD) und Thomas Seibert (TS) gehen deshalb der Frage nach, ob Linke ein neu bestimmtes revolutionäres Projekt oder einen gänzlich anderen Ansatz brauchen.

AD: Zu fragen, ob die Linke ein neues revolutionäres Projekt brauche, unterstellt, dass die Linke und ein solches Projekt logisch zusammengehören. Das ist nicht der Fall. Es gibt linke Positionen, die sich ausdrücklich auf Korrekturen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft beschränken. Solche Positionen bestreiten, dass die kapitalistisch formierte Gesellschaft einen „systemischen" Charakter hat, der als solcher auch überwunden werden könnte. Sie machen das auf zwei unterschiedliche, gleichermaßen ernst zu nehmende Weisen. Die einen gestehen zwar zu, dass unsere Gesellschaften ein System bilden oder systemische Prozesse zumindest entscheidend das soziale Leben bestimmen. Doch nehmen sie an, dass solche Systeme evolutionär entstehen oder vergehen, weil sie so tief unterhalb der Ebenen liegen, auf denen Individuen oder soziale Gruppen bewusst etwas erreichen können, dass deren Eingriffe allenfalls Störungen der systemischen Eigenlogiken hervorrufen könnten.

TS: Das ist, um ein Beispiel zu geben, die Auffassung Michel Foucaults. Die mit dem Kapital verbundene Bio-Macht durchdringt als „System der gegenwärtigen Realität" zwar alle Bereiche der Gesellschaft und des Lebens aller einzelnen, doch ist es gerade deshalb nicht möglich, ihr ein umfassendes Alternativprojekt entgegenzustellen: „Das System" ist uns viel zu nah, wirkt in unseren Diskursen wie unseren Körpern, macht uns sogar erst zum Subjekt. Dagegen kann es laut Foucault nur einen stets lokalen und partikularen Widerstand geben, der zwar anti-systemisch, doch nicht „systemüberwindend" sein kann.

AD: Ich glaube, Foucault liegt da quer. Er lehnt jede Konzeption von Evolution oder Fortschritt ab, weist Systemkonzeptionen zurück und bestreitet, dass Gesellschaften systemisch gedacht werden könnten. Allerdings muss man da vorsichtig sein, weil er sich vor allem für das Problem von Wissen und Macht interessiert und Gesellschaft für ihn nur aus dieser Perspektive von Bedeutung ist: Was ist das für ein Wissen, das sich um das Problem der Gesellschaft bildet, und welche Macht übt es aus?

Andere bestreiten den systemischen Charakter, weil aus ihrer Sicht überhaupt keine vereinheitlichende Logik der Gesellschaft existiert, die zu überwinden wäre, sondern nur spezifische lokale Zusammenhänge, eigensinnige Handlungslogiken und Wertsphären. Deshalb kann es auch nur begrenzte Veränderungen geben, in denen auf demokratische Weise über besondere, stets beschränkte Eingriffe verhandelt wird. Wird mehr gewollt, dann kommt es, so die Warnung, zu Übergriffen von einem auf die anderen Bereiche, zur Reduktion komplexer Prozesse auf eine besondere Handlungslogik.

TS: Der gemeinsame Nenner beider Positionen ist dann aber die politische Philosophie des Liberalismus: Wir leben in einer prinzipiell irreparablen Welt, die, wenn überhaupt, dann nur in beschränktem Maß und deshalb auch nur demokratisch geordnet werden kann. Das klingt realistisch, ist auf jeden Fall anti-totalitär und scheint auch pragmatisch vernünftig zu sein: Man stellt sich nur die Probleme, die man absehbar auch lösen wird.

AD: Aus der Sicht beider Einwände ist jeder Versuch einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse eine Anmaßung von einzelnen Gruppen, Interessenlagen oder Lebensformen zum Nachteil anderer, dessen wahrscheinlich autoritäre Folgen die Gesellschaft selbst gefährden. Solche Warnungen konnten Linke früher leichter mit ideologiekritischer Geste ausschlagen, indem sie sie einer bestimmten Redeposition zugerechnet haben: Wer vor radikaler Veränderung warnt, stellt sich ihr aus interessierten Gründen entgegen. Doch so einfach ist es nicht. Natürlich sind solche Argumente mit Interessen verbunden, die vom Status quo, von den bestehenden Zuständen bestimmt sind. Aber: Warum soll man das Gute aufgeben, wenn unsicher ist, ob die Veränderung wirklich etwas Besseres bringt? Tatsächlich haben die Vorbehalte einen rationalen Kern in den bestehenden Strukturen der gesellschaftlichen Organisation und ihren Lebensformen, die ja durch eine Hauruckaktion





nicht einfach verschwinden, sondern lang eingelebte Gewohnheiten sind, mit Überzeugungen und Rationalitätsgesichtspunkten verbunden. Mehr noch: Gerade wenn es um eine Veränderung dieser Organisations- und Lebensformen geht, wird das ein lang anhaltender, von vielen Generationen zu tragender Prozess sein.

TS: Einen solchen Prozess kann man aber mit dem Begriff der Revolution weniger gut denken, jedenfalls wenn man darunter die politische Revolution im engeren Sinn versteht: Unzufriedenheit und unorganisierte Wut der Massen, eskalierende Proteste, Barrikadenkämpfe, bewusste Kader und Avantgarden, die diese Massen führen, gewaltsamer Sturz der Regierung, Eroberung der Macht, Besetzung der Machtpositionen mit Revolutionären und zahlreiche neue gesetzliche Maßnahmen, schließlich in der Folge die Streitigkeiten der Revolutionäre und ihre Bestrebung, über andere Strömungen zu dominieren und sie im Namen der Revolution und ihrer Ziele zu beseitigen, weil sie diese gefährden.

AD: Ja, genau. Ich meine, dass deswegen schon Marx dieses jakobinische Modell der politischen Revolution und seine autoritären Folgen kritisiert, weil dabei ein bestimmtes Interesse als allgemeines gesetzt und allen anderen aufgezwungen wird. Davon unterscheidet er die soziale Revolution als einen Prozess der Veränderung, der einem eigenen Zeitrhythmus folgt und nicht nur aus einem Moment besteht. Zugleich muss neben den Erfahrungen mit den autoritären und antiemanzipatorischen Folgen der bisherigen Revolutionen bedacht werden, dass das, was die Linke über Jahrzehnte kritisiert hat, in vielen Hinsichten von der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen wurde. Die *Erste Internationale* wollte das Menschenrecht verwirklichen: Das ist in gewisser Weise geschehen. Im Unterschied zu den Obrigkeitsstaaten des 19. Jahrhunderts existieren heute in den führenden kapitalistischen Ländern parlamentarische Demokratien, in denen das Recht der Einzelnen auf eine eigene Stimme und politische Beteiligung, die Meinungs- und Redefreiheit, das Recht, politische Parteien und Gewerkschaften zu bilden, die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am gesellschaftlichen Leben, das Verbot rassistischer Diskriminierung rechtlich verbürgt sind. Das schließt die vielfache Verletzung von Menschenrechten nicht aus – und es wäre zu harmlos gedacht, setzten wir diese permanenten Verletzungen nicht selbst wiederum systematisch in Beziehung zu den bestimmenden gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen. Dennoch, aufgrund einerseits der autoritären Erfahrungen der eigenen Traditionen, andererseits der emanzipatorischen Momente in der bürgerlichen Gesellschaft befindet sich die Linke in einer neuen historischen Konstellation.

TS: Einer solchen Herausforderung versuchen sich gerade die Theorien und Positio-



nen zu stellen, die dem Imaginären des einen revolutionären Einschnitts die Alternative der radikalen Demokratie und eines radikalen Reformismus entgegensetzen. Demokratie wird dabei nicht auf die Politik, das Parlament und die Repräsentation des Volkes durch gewählte Parteienvertreter reduziert: Aus der eigensinnigen Handlungslogik der jeweiligen gesellschaftlichen Bereiche, aus den unterschiedlichen Lebensformen heraus sollen unaufhörlich Prozesse der demokratischen Beteiligung entstehen. Angenommen wird, dass diese Prozesse die gesellschaftliche Entwicklung vor sich hertreiben und dort, wo die bestehenden Zustände demokratische Beteiligung blockieren, immer neue Übergänge in andere Verhältnisse hinein erzeugen, in denen autoritäre Fehlentwicklungen stets wieder rückgängig gemacht werden können.

AD: Ja, ein Teil der Vertreter der radikalen Demokratie von Mead über Arendt bis Habermas will ja seit langem das Erbe der Revolution antreten: Demokratische Institutionen werden als die auf Dauer gestellte Revolution verstanden. Damit wird der Anspruch erhoben, einen sanfteren, schonenderen Weg zu gehen, der die Lebensverhältnisse und Interessenlagen vieler Individuen und Gruppen berücksichtigt und die erwähnten Fehler vermeiden kann. Auch die Linke ist dann zunächst eine demokratische Strömung unter anderen, vielleicht sogar eine besonders demokratische, aber eben nur eine. Ich meine, dass sich die Linke tatsächlich so verstehen sollte, und zwar nicht defensiv im Sinne einer Anpassung an demokratische Spielregeln, sondern in dem rigorosen Sinn, dass sie erstens das Recht auf eine Stimme für die Ziele hat, die sie in den demokratischen Streit einbringt, und dass sie zweitens für die wirkliche Beteiligung aller an den Entscheidungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen und Entwicklungen eintritt. Die Beteiligung aller an allen Entscheidungsprozessen ermöglicht dann eine gesellschaftliche Transformation getragen durch eine Mehrheit der Individuen. Das ist dann aber auch der Unterschied einer demokratischen radikalen Linken zur radikalen Demokratie. Diese beschränkt die Reichweite demokratischer Beteiligung zumeist auf Politik und die Öffentlichkeit, darauf, dass sich die Bürger an den Willensbildungen beteiligen können. Das geht dann im Pro und Contra über Jahre hin und her: mal für die Abtreibung, mal dagegen, mal für die Gleichstellung, mal dagegen, mal für humane Rechte der Lohnabhängigen, mal dagegen. Aber es gibt kein Ende, keinen qualitativen Wechsel. Demgegenüber beschränkt die Linke den demokratischen Prozess nicht auf Politik und Öffentlichkeit, sondern will ihn effektiv auf alle Lebenssphären ausdehnen und die Rolle des Staates als transzendenten zentralen Verwalter zurücknehmen.

TS: Wird die Gesellschaft in institutionell vereinbarten Verfahren unter der Kontrolle der vielen verändert, kann der Prozess

sehr viel schwerer zur Sache besonderer Moral- und Revolutionsunternehmer werden, die sich gewaltsam gegen andere durchsetzen und behaupten. Stattdessen wäre schon der Übergang vom Ziel einer emanzipierten Lebensform her organisiert.

AD: Ja, das stimmt, die Radikaldemokratie unterläuft das autosuggestive martialische Tamtam vieler Linker, bleibt aber selbst häufig unklar und lähmt sich durch einen „Pluralismus“, der in Meinungslosigkeit übergeht, weil sie am Ende nur noch dafür eintritt, dass die öffentliche Diskussion für alle Meinungen offen bleiben soll. Aber dem demokratischen Streit muss es um etwas Konkretes gehen. Soll radikal demokratische Beteiligung wirklich in eingespielte Kräfteverhältnisse eingreifen und den Privilegierten ihre Vorrechte nehmen, kann situativ eine enorme Mobilisierung von gesellschaftlichen Kräften notwendig werden, da die Betroffenen sich einem Mehrheitsvotum nicht ohne weiteres beugen. Solche verdichtenden Mobilisierungen aus der Dynamik demokratischer Prozesse können als Revolution bezeichnet werden: Von dieser Semantik kann man sich nicht einfach verabschieden, ohne auch Inhalte preiszugeben. Die radikale Demokratie lässt außer acht, dass Prozesse der demokratischen Veränderung nicht linear verlaufen: Demokratisierungen können wieder zurückgenommen werden, wenn sich undemokratische Interessengruppen einigeln, überdauern und sich so allmählich wieder behaupten. Ein Beispiel ist der Fall der Atomindustrie, die wieder offen ihre Interessen vertritt. Außerdem kann es zu Demokratisierungen kommen, die anfangs ihren Wert haben, aber im Prozess ihre Funktion ändern. So wurde die direkte Mitsprache am Arbeitsplatz, eine der wichtigen Forderungen der Arbeitskämpfe der 1970er Jahre, Ausgangspunkt einer Politik des Managements von oben. Dies ändert auf eigenartige Weise alle Verhältnisse, die dennoch und gerade deswegen bleiben, was sie sind. All das läuft in der Frage zusammen, wann und wie im Prozess der Demokratisierung Punkte der Unumkehrbarkeit geschaffen werden wie wir sie heute bereits für die Grundrechte kennen: Demokratische Beteiligung und schonende Reformen müssen sich einem Punkt nähern, von dem aus eine Transformation der Verhältnisse freigesetzt wird, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Horkheimer und Adorno haben das im ersten Kapitel der *Dialektik der Aufklärung* toll formuliert: Die durch die bürgerliche Wirtschaft vervielfachten Dinge und Kräfte könnten nicht mehr allein durch Könige oder Bürger, sondern nur noch durch alle verwaltet werden. Diese „lernen an der Macht der Dinge, der Macht endlich zu entraten. Aufklärung vollendet sich und hebt sich auf, wenn die nächsten praktischen Zwecke als das erlangte Fernste sich enthüllen." Dies bedeutet, dass unter Beteiligung aller auch die Formen der Beteiligung reorganisiert werden, um machtfreie Beteiligung zu ermöglichen. Das wird herrschende Interessenkonstellationen verletzen und wirft deshalb die Frage nach den Prinzipien auf, nach denen solche Transformationen eingeleitet werden: In welche Richtung und wie weit sollen sie gehen, welche Interessen werden sie verletzen müssen und „dürfen“, welche Minderheitspositionen müssen wie und in welchem Umfang geschützt werden? Das zwingt die radikale Demokratietheorie aus inneren Gründen, in eine materialistische Theorie kapitalistischer Produktionsverhältnisse überzugehen.

TS: Im traditionellen sozialistischen oder kommunistischen Projekt zielten darauf der Begriff und die Sache der Aneignung, von Marx in doppelter Verneinung als Expropriation der Expropriateure gedacht, als letztendliche Enteignung derer, die zuvor alle anderen enteignet haben. Da waren romantische Annahmen im Spiel, die wir nicht mehr teilen, eine bestimmte Dialektik der Entfremdung und der – eben! – Wiederaneignung des Gattungswesens, auch eine Überdrehung der Metaphysik des Eigentums selbst. Dennoch verweisen rebellische Praxen der Aneignung theoretisch wie praktisch auf einen Punkt, von dem aus die radikaldemokratische Bescheidenheit mit dem russischen Sprichwort interpretiert werden muss, nach dem die Zunge immer um den faulen Zahn kreist. Dieser Punkt lässt sich unmittelbar und direkt vorbringen, aber auch im Rückgriff auf einen zwar utopischen, doch nicht utopistischen Überschuss. Unmittelbar und direkt: Wer kontrolliert die materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Reichtums, die Mittel zur Produktion und Reproduktion von Gesellschaft selbst? Den utopischen Überschuss fasst Du im Kommunismus-Buch ganz „in der Tradition kritischen Denkens: Frieden, Versöhnung, Verein freier Individuen". (1)

AD: Ja, Marx schreibt ausdrücklich, es gehe nicht um die Enteignung jedes Eigentums, sondern um das an den Produktionsmitteln. Dieses Eigentum ermöglicht, andere zu zwingen, ihre Arbeitskraft als Ware nach den Gesetzen des Marktes zu verkaufen oder ihnen die materielle Reproduktion ihres Lebens zu verweigern. Wir

nennen das verharmlosend Arbeitslosigkeit. Und tatsächlich werden die Arbeitslosen in einem nicht nur bildlichen Sinn aus dem Leben der Gattung, sich kooperativ in der gemeinsamen Arbeit zu erhalten, ausgestoßen. Ich finde auch, man sollte das nicht zur Metaphysik des Gattungswesens machen, mit der Gefahr eines Kultes der Arbeit. Aber vernünftig erscheint mir schon, dass niemand aus seinen Fähigkeiten eine Ware machen muss und die Produktionsmittel des Lebens im umfassenden Sinn allen Betroffenen gehören. Es ist ja dieses Menschenopfer absurd: Dass alles immer effizienter und wettbewerbsfähiger werden soll, damit angeblich alle überleben können, aber unter dieser Effizienz erst einmal eine Vielzahl von Menschen auf der Strecke bleiben, obwohl die Ressourcen vorhanden sind. Wir beklagen uns dann in Deutschland über die Globalisierung und tragen mit einer aggressiven Exportindustrie die Armut und Arbeitslosigkeit in andere Teile der Welt, die dann wieder mit Druck auf Löhne und Lebensstandards zurückwirken. Diesen fatalen Kreislauf, der mit der Macht eines Naturgesetzes wirkt, kann eine radikale Demokratie, die sich ernst nimmt, nicht akzeptieren.

TS: Kommen wir auf den Widerstand zurück, mit dem wir von links her ja so oder so den Anfang machen müssen. Die radikaldemokratische Perspektive scheint mir da insofern unhintergehbar zu sein, als der Widerstand tatsächlich stets lokal und partikular, im Beginn oft nicht einmal anti-systemischen Charakters ist und in jedem Fall ohne ein an und für sich universales Subjekt auskommt. Foucault und andere RadikalreformistInnen schließen daraus, dass emanzipatorische Politik auch immer nur von lokaler und partikularer Reichweite sein kann und „systemüberwindend" nicht gedacht und gewollt werden kann. Da liegt meines Erachtens der Fehler. Es mag ja sein, dass „Systemüberwindung" nicht als Projekt gedacht und praktiziert werden kann, d.h. nicht intentional, nicht als Willensakt eines mit sich identischen Kollektivsubjekts. Das heißt aber nicht, dass wir den in der Form stets demokratisch-reformistischen Prozessen auch die Möglichkeit eines revolutionären Ausgangs absprechen müssen. An dieser Stelle bleibt der Radikalreformismus einfach Reformismus: eine Predigt des Verzichts. Revolutionär zu sein hieße dem gegenüber, der Möglichkeit den Vorrang vor der Wirklichkeit einzuräumen. Das ist eine philosophische These mit unmittelbar praktischer Bedeutung: Sie entscheidet über den Horizont, in den hinein eine Linke zu denken und zu revoltieren wagt, d.h. darüber, welche Probleme sie sich eigentlich stellt.

AD: Die Wirkung von Intentionen ist schwer einzuschätzen – es gibt ja marxistische Spieltheoretiker, die, vielleicht ironisch, behaupten, dass der Kommunismus kommt, wenn ihn niemand mehr verfolgt. Aber das nährt eine evolutionistische Geschichtsmetaphysik. Aufgrund immanenztheoretischer Überlegungen denke ich schon, dass nichts geschehen wird, das nicht vorher von Menschen konzeptionell angestrebt worden ist. Wie das geschieht, ist nicht zu antizipieren, weil Verschiedenes angestrebt wird – von Gegeninteressen nicht zu sprechen. Entsprechend gilt dies auch für die unterschiedlichen Formen und Vorstellungen von Emanzipation, die sich in einer versöhnten Form verknüpfen müssen. An diesem Punkte teile ich auch Deine Foucault-Interpretation nicht. Er sagt an einigen Stellen ganz klar, dass sich die lokalen Kämpfe zu globalen Strategien zusammenfügen müssen, weil sie sonst kurzatmig bleiben und verloren werden. Ich glaube, dass beides getan werden muss: lokale Kämpfe in und zu globalen Strategien verknüpfen, ohne sie zu reduzieren. Zu begeisternden Perspektiven hat diese Formel bislang immer nur für kurze Zeit geführt, bei den Zapatisten, den Sozialforen. Dies macht viele ungeduldig, lässt sie mit Dogmatismus kokettieren und auf Eindeutigkeiten zurückfallen, anstatt mit langem Atem beides in einer Einheit zu verfolgen: radikale Demokratie und grundlegende Veränderung der Verhältnisse.

__Alex Demirovic__ und __Thomas Seibert__ leben in Frankfurt/Main, der eine ist Redakteur der Prokla, der andere Redakteur von Fantômas. Zu Demokratie und Revolution haben beide zuletzt in Indeterminate! Kommunismus. Texte zu Ökonomie, Politik und Kultur geschrieben (Hg. von Demopunk / Kritik & Praxis Berlin, Unrast: Münster 2005).

Anmerkung:
1) Ebd., S. 67

Wem gehört die Stadt?

Freiräume für Bewegung – gegen rechtsextreme Gewalt

Von Heike Kleffner

Im Ostharz sind Neonazis andauernde Bedrohung – sie greifen an, schüchtern ein, ihre Opfer sind zahlreich. Von links bzw. „nicht-rechts" gibt es Projekte der Wiederaneignung des öffentlichen Raums. Zum Beispiel in Halberstadt. Heike Kleffner berichtet über die 15jährige Geschichte, über Kämpfe und Niederlagen rund um das soziokulturelle Zentrum *Zora* in Halberstadt.

„Plötzlich flogen Steine, Flaschen und Dachziegel", erinnern sich Augenzeugen an das abrupte Ende eines Ska-Konzerts am 17. August 2003 im soziokulturellen Zentrum *Zora* in Halberstadt. Die Neonazis kamen morgens um 3 Uhr, als das Konzert mit rund 70 Besuchern gerade zu Ende ging. Ein 21jähriger Konzertbesucher wird von einem halben Dutzend rechte Angreifer mit Zaunlatten und Bierflaschen immer wieder auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen und schwer verletzt.

Zwei Jahre ist der Angriff von über einem Dutzend Rechtsextremisten auf die *Zora* jetzt her; bislang sind lediglich vier der Angreifer zu Haftstrafen zwischen acht und achtzehn Monaten verurteilt worden, wobei zwei zur Bewährung ausgesetzt wurden. Doch in diesen Herbsttagen wird BesucherInnen nicht nur von verschleppten Ermittlungen und neuerlichen Neonaziangriffen berichtet, sondern „die ganze Geschichte erzählt". Im September diesen Jahres feierten der Verein *Zora e.V.* und seine BesucherInnen den 15jährigen Gründungstag des Projekts. Drei Tage wurde beim *Zora*-Geburtstagsfest im Schatten des Halberstädter Doms in dem knapp 300 Jahre alten Wirtschaftsspeicher des früheren Johannisklosters gefeiert: Hunderte vor allem Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Sachsen-Anhalt, aber auch aus „dem Westen" waren gekommen, um „der ansonsten überall vorherrschenden rechten Einheitsjugendkultur in Alpha-Jacken, New Balance Turnschuhen und Landser zu entkommen," beschreibt eine junge Frau aus Magdeburg ihre Motivation, in dem gedrungenen, mittelalterlichen Gewölbe „Party zu machen". Hinter den dicken Klostergartenmauern drängen sich Teenage-Punks, junge Männer und Frauen in Dreadlocks, Skater, HipHopper, aber auch StudentInnen der Fachhochschule Harz, die in der nahegelegenen ehemaligen Dompropstei ihre Kurse besuchen. „Einheitskultur gab es hier noch nie", sagt Sven (Name geändert), einer der Aktivisten aus den Anfangsjahren der *Zora*. Bunt gemischt aus allen nicht-rechten Jugendkulturen wie die BesucherInnen präsentiert sich auch das Geburtstags-Line-Up mit Bands wie *Headless Horsemen, Audio Kollaps skr8, Boxing For* und anderen: Erlaubt ist im Konzertsaal des Projekts alles zwischen Ska, Raeggea, Hardcore, HipHop, Techno, Punk und Trance. „Nur eins musste hier draußen bleiben: ‚Nazis und ihre Musik'", fasste eine knapp 20jährige Besucherin hinterher die dreitägige „Überdosis Kultur" zusammen, „die man im Ostharz sonst nie so geballt bekommt."

Der Beginn eines Wunders

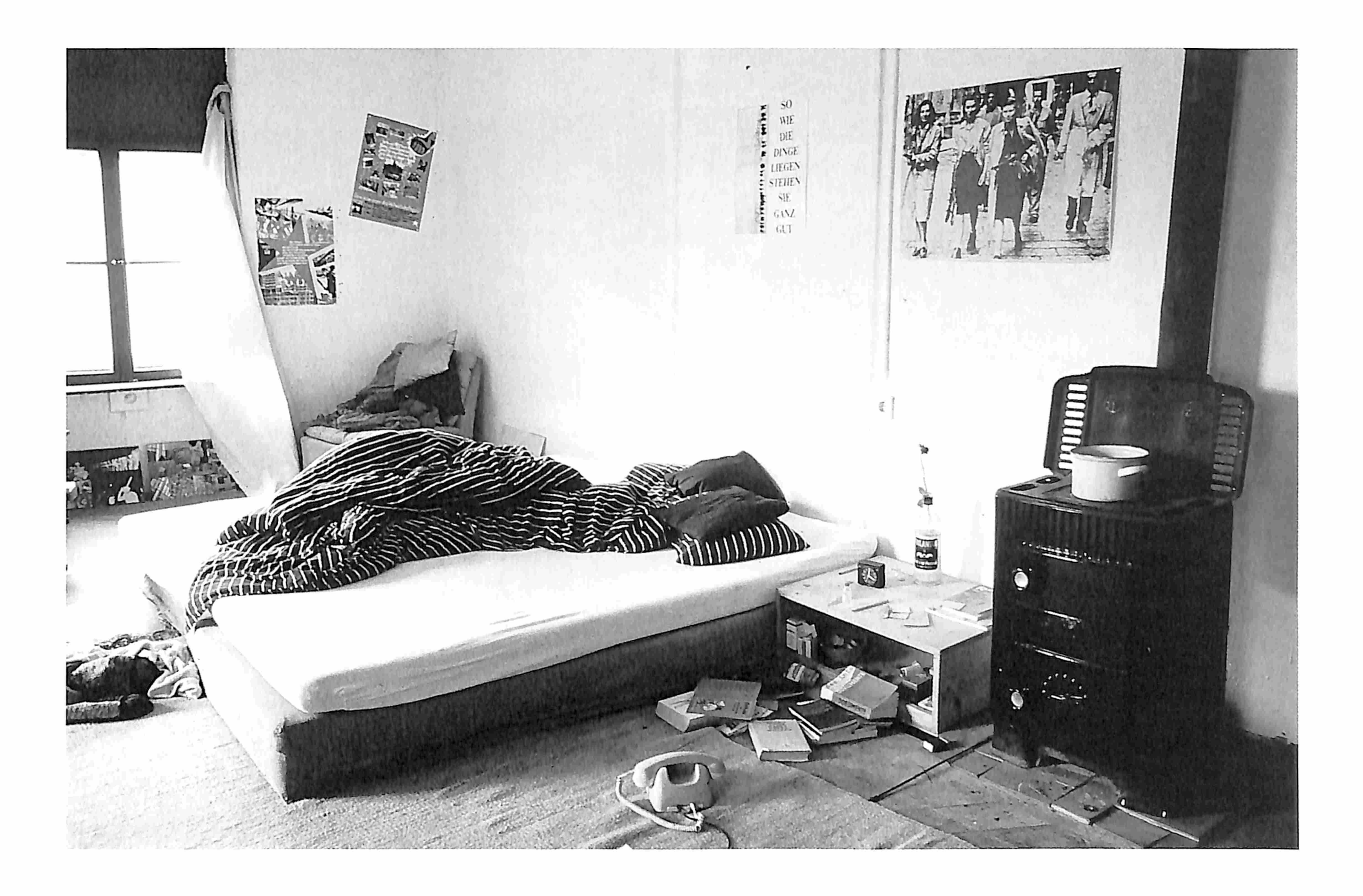
Dass es die noch gibt, grenzt an ein Wunder, meinen alle, die die Geschichte des soziokulturellen Zentrums und dessen Rahmenbedingungen besser kennen. „Angefangen hat alles schon vor 1990, schließlich gab es in Halberstadt schon zu DDR-Zeiten eine große Szene von Alternativen, Punks und anderen ‚subversiven Elementen'", sagt Sven, heute Mitte 30. 1990 folgten dann drei Hausbesetzungen hintereinander; gefährdet vor allem durch permanente Neonaziangriffe. Der gemeinsame Nenner von anfangs über 50 Leuten: „selbstbestimmt leben und Träume verwirklichen". Das alte Klostergebäude im historischen Stadtkern bot sich dafür an, schließlich hatten in den umliegenden Fachwerkhäusern andere „Künstler und Intellektuelle" schon ab 1987 instandbesetzt. Das Lebensgefühl? Man trug Iro, ging arbeiten, vorwiegend im VEB Schienenverkehr, einem der größten Betriebe der Stadt, verbrachte jede freie Minute für und in der *Zora* und den benachbarten Wohnprojekten. Mit Parties, Bauen, Konzerten, Abwehr von Angriffen, Besuchen, Plenen. Schnell wurde ein Verein mitsamt Geschäftsführung gegründet und entschieden, dass in dem alten Klostergebäude nicht gewohnt werden sollte. Zeitgleich ließ sich die Stadt darauf ein, Haus und Gelände zu vermieten. Sven lächelt ironisch: „Dann kamen die Leute aus dem Westen, der Schweiz und Holland dazu; von denen haben wir viel über Fördergelder und Instandbesetzen gelernt. Damals hatten wir 36 Leute im Rahmen von ABM-Stellen beschäftigt."

„Für weltweiten Kampf ..."

Und sonst: „Dauerstress". Ein dicker roter Ordner mit Zeitungsartikeln gibt einen flüchtigen Überblick. „Bandenkrieg in Halberstadt – Skins verfolgen *Zora*", heißt es in der Lokalzeitung am 30. November 1991 und so geht es seiten- und jahreweise weiter. Neonazis aus Braunschweig, Göttingen und anderen Städten fahren in Bussen an der steinernen Gartenmauer der *Zora* vor, wenn sie zu Rundtouren mit Kameraden aus Halberstadt verabredet sind. Sven erinnert sich vor allem an brennende Molotow-Cocktails, die die Nazis in Autos mit Linken, in deren Wohnungen und auf die *Zora* warfen.

Die Naziszene in Halberstadt hatte anfangs sogar ebenfalls ein eigenes besetztes Haus; dann wurden sie in einem Projekt namens *Puppenbühne* durch einen Sozialarbeiter und eine Sozialarbeiterin betreut. Gelder kamen u.a. durch das vom Bundesfamilienministerium unter Angela Merkel geförderte Modellprogramm namens AgAg (Anti-Agression-Anti-Gewalt), besser bekannt als „Glatzenpflege auf Staatskosten". Noch heute erinnern sich Sozialarbeiter aus nicht-rechten Jugendeinrichtungen in den kleineren Orten rings um Halberstadt an den projekteigenen Bus, mit dem am Wochenende die Naziskins der *Puppenbühne* zu Angriffen vorfuhren. Mal traf es Linke in Quedlinburg, mal AusländerInnen in Magdeburg. „Wenn sie überhaupt erschien, war die Polizei meistens gegen die *Zora* oder den alternativen Dachverein Reichenstraße in Quedlinburg", sagt Sven lapidar.

Zumeist linke und autonome Jugendliche und junge Erwachsene wie Sven, die selbst in den alternativen Projekten in den Ostharz-Städten aktiv waren, stellten sich in den 1990er Jahren in der Gegend zwischen Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg den Neonazis entgegen. Völliges Versagen jeglicher staatlicher Instanzen gegenüber rechtsextremen Gewalttätern kennzeichnete auch den Umgang der Sicherheitsbehörden mit den dreitägigen Angriffen durch rund 500 Rechte und sympathisierende Jugendliche auf ein knapp 30 Kilometer von Halberstadt entferntes Quedlinburger Flüchtlingsheim im September 1992 – die pogromähnlichen rassistischen Mobilisierungen war damit auch im Ostharz angekommen. „Tatsächlich war es offenbar nicht die Polizeipräsenz, sondern die Anwesenheit von rund



200 Antifaschisten und Autonomen, die weitere Auseinandersetzungen verhinderte," resümierte die Berliner *tageszeitung* am dritten Tag. (1) „Ohne die Mahnwache von BürgerInnen aus dem Spektrum des *Neuen Forums* und dem Engagement von alternativen und linken Jugendlichen vor dem Heim wäre das ganze vermutlich wie in Rostock-Lichtenhagen ausgegangen", erinnern sich Augenzeugen noch heute. Für viele aus der *Zora* ist das Einmischen in die Zustände der Kommune in den

1990ern selbstverständlich. Ein vergilbtes Zeitungsfoto aus den frühen 1990er Jahren zeigt die AktivistInnen-Gruppe der *Zora* mit einigen hundert, im Stil der Autonomen der 1990er Jahre schwarz gekleideten DemonstrantInnen auf dem Halberstädter Marktplatz, nachdem ein Gedenkstein für die im Nationalsozialismus ermordeten über 700 Halberstädter Juden und Jüdinnen von Neonazis geschändet worden war: „Für weltweiten Kampf gegen Rassismus und Faschismus“ steht auf dem Demo-Transparent.

Natürlich haben wir uns mit der Stadtgeschichte auseinander gesetzt, sagt Sven. Von Anfang an gibt es eine Zusammenarbeit mit der Gedenkstättenleitung des ehemaligen Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge vor den Toren der Stadt und die Auseinandersetzung mit der Geschichte der jüdischen Gemeinde, an die heute in Halberstadt vor allem die Moses-Mendelssohn-Akademie erinnert. Bis zur Deportation der letzten Juden aus Halberstadt am 8. April 1942 in eines der Vernichtungslager in Polen war die Stadt über Jahrhunderte auch geprägt von einer der größten jüdischen Gemeinden Westeuropas. Die Synagoge, das Ritualbad und Wohnhäuser der Gemeindemitglieder befanden sich innerhalb der alten Stadtmauer. Im Jahr 1728 wurden hier knapp 1.000 jüdische EinwohnerInnen gezählt. Neben Frankfurt am Main war Halberstadt bis zum nationalsozialistischen Holocaust eines von zwei dynamischen Zentren der jüdischen Orthodoxie in Deutschland. KünstlerInnen, Intellektuelle, GewerkschafterInnen und eine starke Anbindung an eine bildungsorientierte Sozialdemokratie alter Schule, deren ehemaliges Vereinslokal schräg gegenüber der *Zora* heute eine der besten Küchen der Umgebung beherbergt, beeinflussen das Ambiente der Stadt trotz aller historischer Brüche bis in die späten 1990er Jahre.

Als isoliert haben sich die AktivistInnen der *Zora* in den 1990ern trotz aller Angriffe, „die viel vom Alltag bestimmt haben“, eigentlich nie empfunden. „Wir waren ziemlich gut vernetzt“, erinnert sich Sven. Göttingen und Braunschweig, Quedlinburg und Wernigerode, Halle ... von fast überall kamen BesucherInnen und Unterstützung. Und auch in der Stadtverwaltung, die die ersten zehn Jahre nach der Wende fast durchgehend in der Hand der SPD blieb, gab es AnsprechpartnerInnen. Die Kommunikationslinien in einer Stadt mit 40.000 EinwohnerInnen waren lange Zeit durchlässig; alle in der Stadt wussten, dass unter den Aktiven und BesucherInnen der *Zora* „die eigenen Kinder“ und die der LehrerInnen, politischen VerantwortungsträgerInnen und Kulturschaffenden waren. Damit waren die Rahmenbedingungen für das Projekt trotz aller Widrigkeiten ein knappes Jahrzehnt lang besser als in vielen anderen ostdeutschen Kommunen vergleichbarer Größe. Knapp 200.000 Euro Eigenleistung haben die *Zora*-AktivistInnen in den 15 Jahren aufgebracht. Heute sind in dem denkmalgeschützten Gebäude Foto-, Siebdruck, Fahrradselbsthilfe- und Medienwerkstätten untergebracht. Der Konzertsaal des Kellergewölbes ist bundesweit bei Bands als Auftrittsort bekannt; inzwischen gibt es sogar einen Kinderladen und eine Krabbelstube. Und mit dem *Café International*, das alle zwei Wochen hier stattfindet, gibt es einen der wenigen Orte in der Stadt, an dem Asylsuchende und MigrantInnen aus der ganzen Region zusammen kommen können.

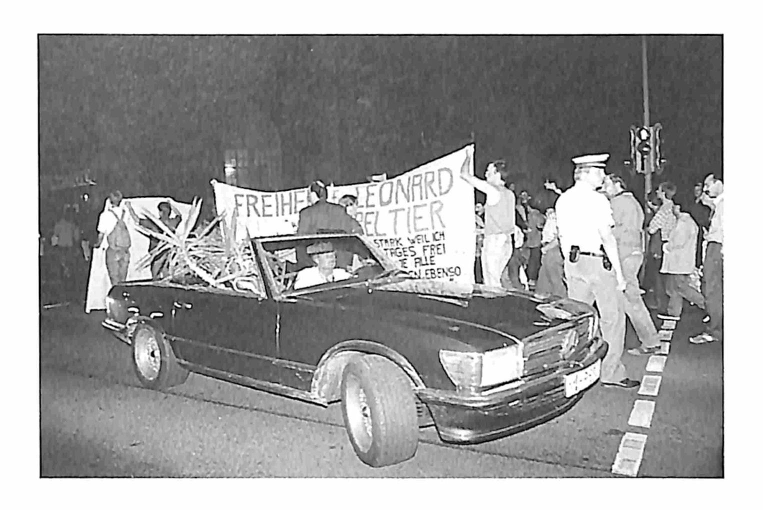
Nach dem Weggang der ersten Generation

Doch das Verhältnis der BesucherInnen zu den Angeboten in der *Zora* habe sich massiv verändert, stellen Sven und die fünf Jahre jüngere Yvonne fest, die hier seit zwei Jahren als Geschäftsführerin arbeitet. „Wir waren hungriger, nicht so gelangweilt, und wollten alles selbst machen, nicht nur konsumieren,“ sagt Sven. Heute dagegen, da sind sich Sven und Yvonne einig, weigerten sich viele Jugendliche und junge Erwachsene, Verantwortung im Projekt zu übernehmen. „Der Bruch kam, als die erste Generation in den Jahren 1996/1997 das Projekt und die Stadt verließen,“ erinnert sich Sven. Inzwischen sind zwei der noch finanzierten vier Stellen in der *Zora* für SozialpädagogInnen reserviert: „Die Kids, die jetzt hierher kommen, sind zum Teil extrem jung, ausgegrenzt und sozial an den Rand gestellt“, sagt Yvonne. „Manche brauchen im Winter einfach nur einen warmen Platz, weil es für sie sonst kein anderes Zuhause gibt.“ Und einen Ort, an dem sie sich sicher fühlen können oder nach einem rechten Angriff zumindest Hilfe und Unterstützung erhalten.

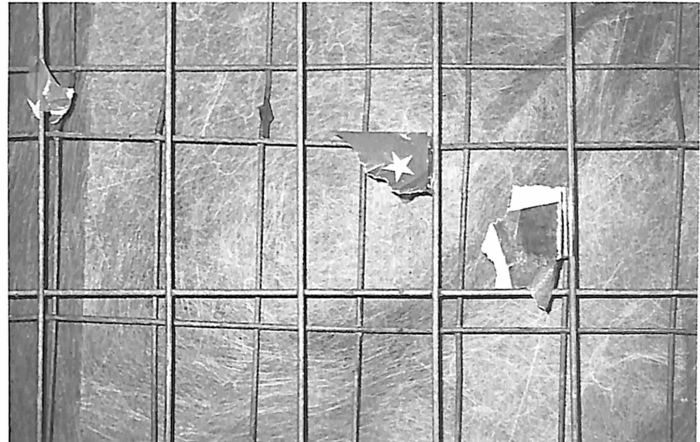
Denn nach Jahren der relativen Ruhe, ist die reorganisierte Neonaziszene im Harz seit zwei Jahren wieder in der Offensive. Mittlerweile sind die ältesten militanten Neonazis, wie beispielsweise der Sänger der Halberstädter Naziband *Skinheads Sachsen-Anhalt* über 30 und scheinbar gut situiert; die jüngsten stellen mit 14 und 15 gerade die Reihen der dritten rechtsextrem sozialisierten Generation seit der Wende. Den in festen Cliquen und Kameradschaften lokal, regional und überregional organisierten Neonazis stehen in Halberstadt längst nicht mehr die organisierten Linken der 1990er Jahre gegenüber. Sondern vor allem subkulturelle „Nicht-Rechte“: Teenager-Punks und wenige alternative Jugendliche, die schlecht organisiert und kaum durchsetzungsfähig sind. Jüngstes Beispiel: An einer Demonstration am 1. Oktober diesen Jahres gegen den fest etablierten Naziladen *Ragnaröck* mitten in Halberstadts historischer Altstadt beteiligen sich knapp 120 junge Nicht-Rechte und Linke. Am Ende muss die Demonstration früher beendet werden, weil Neonazis an Rand massiv gegen die jungen DemonstrantInnen vorgehen und die Polizei teilnahmslos zuschaut. Nach Auflösung der Demo greifen zwei Dutzend Neonazis dann diejenigen der DemoteilnehmerInnen, die vor der *Zora* warten, zwei Mal an. Eine junge Frau erleidet Kopfverletzungen.

„Da wurde plötzlich mitten in der Stadt für alle sichtbar, was die Alltagserfahrung der jungen Nicht-Rechten in Halberstadt und Umgebung ist, und trotzdem hat es Tage gedauert, bis sich Leute empört haben“, sagt Yvonne. Die Alltagserfahrungen finden sich in den Angriffs-Chroniken, die die *Zora* führt. So wie am 29. Mai diesen Jahres beispielsweise, als ein polizeibekannter 20jähriger Neonazi am Halberstädter See – „einem der schönsten Badeseen Sachsen-Anhalts“, wie Reiseführer schwärmen – zwei Jugendliche angreift. Steven R. hatte zuvor versucht, bei der Gruppe alternativer Jugendlicher im Alter von 14 bis 19 Jahren für die NPD Propaganda zu machen und gegen die *Zora* gehetzt. Als ihm schließlich ein 17Jähriger sagte, wenn er die *Zora* schlecht mache, sei er bei ihnen falsch, schlug ihm der Rechte unvermittelt eine Fahnenstange gegen den Kopf, zielte mit einer Pistole auf den Jugendlichen und schlug ihm schließlich damit auf den Hinterkopf. Dann trat er mehrmals auf den Kopf seines am Boden liegenden Opfers ein. Auch ein 14Jähriger, der zu schlichten versuchte, erhielt Schläge mit der Faust und mit der Fahnenstange ins Gesicht. Dann hielt der 20jährige Angreifer dem 14Jährigen die Pistole an die Stirn. Bevor der Täter wegging, zwang er die Gruppe noch, „Sieg Heil“ zu rufen.

Doch nicht nur die *Zora* hat sich seit dem Weggang der ersten AktivistInnen-Generation ziemlich verändert. Rings um das Gebäude im historischen Altstadtkern ist auch die Stadt geschrumpft: Von knapp 45.000 EinwohnerInnen zu Zeiten der Wende auf unter 40.000 in diesem Jahr. 1990 wurde Halberstadt gemein-



FREIHE
LEONARD
ELTIER

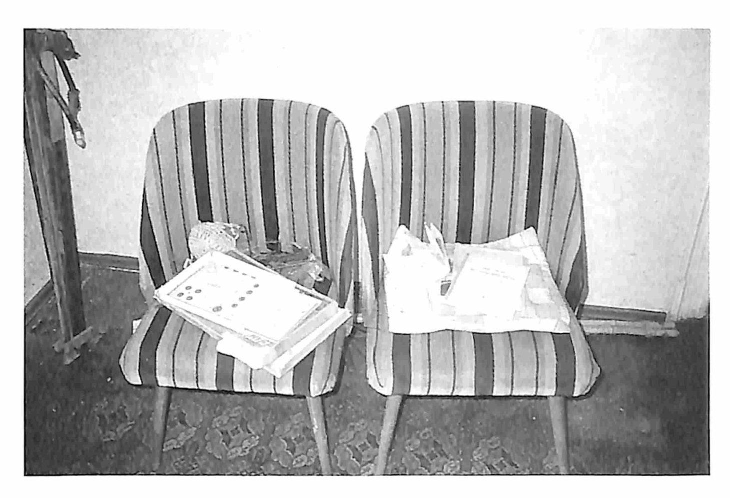




geöffne
ach/to
Service
Ziel
ürkei
Fesselung
Folter
udan
Knebelung
Krieg
Nigiria
Betäubung
Verfolgung
Algerien
BGS-Eskorte
Tod
Kosovo
Garantie
Armut
Togo
ärztliche Hilfe
Einzelhaf











FUCK

sam mit vier weiteren ostdeutschen Städten zur „Modellstadt" in Sachen „Rückbau", der in Halberstadt gleichzeitig zu einer vollständigen Veränderung des Stadtbilds führte. Während rund um die Altstadt die Wiesen über die Plattenbau-Reste zu wachsen begannen, verwandelte sich die historische Innenstadt in eine Fachwerkidylle mitsamt restaurierten Kirchen, Museen und 20.000 qm Gewerbefläche. Doch für die städtische Finanzlage hat sich daraus bislang kein positiver Trend entwickelt. Dem allgemeinen Sparzwang fallen seit Jahren auch Zuschüsse für die *Zora* zum Opfer. „Alle Fördertöpfe auch im Land werden inzwischen total zusammengeschmolzen", sagt Yvonne. 7.000 Euro Personalkostenzuschuss für ihre eigene Stelle hat die Stadt bislang noch nicht bewilligt. „Für uns ist das eine Summe, die wir nicht selbst aufbringen können." Die finanzielle Unsicherheit macht ein unbeschwertes und optimistisches Planen von zukünftigen Projekten auf jeden Fall viel schwieriger als für die erste Generation. Zumal im Stadtparlament inzwischen die CDU stärkste Fraktion ist. Auch die NPD und ÖDP sind mit jeweils einem Abgeordneten hier vertreten.

No-go-Areas für Flüchtlinge und MigrantInnen

Konstant geblieben ist in der Stadt nur zweierlei: Die Arbeitslosigkeit, die sich seit Jahren konstant knapp unter 20 Prozent hält, und der geringe Anteil von MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung: Im 77.000 EinwohnerInnen umfassenden Landkreis liegt er bei knapp über ein Prozent und damit noch unter dem sachsen-anhaltinischen Durchschnitt. Für Asylsuchende hingegen, die nach Sachsen-Anhalt verteilt wurden, geht kein Weg an Halberstadt vorbei. Am bewaldeten Rand der Stadt in einer ehemaligen NVA-Kaserne ist die „Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende" (ZASt) des Landes Sachsen-Anhalt untergebracht; Tür an Tür mit dem umstrittenen „Ausreisezentrum", in dem abgelehnte AsylbewerberInnen durch degradierende Lebensumstände zur „freiwilligen" Ausreise erpresst werden sollen. Auch wenn die Flüchtlinge vor ihrer Weiterverteilung nur wenige Tage in den grauen Blocks der Zentralen Aufnahmestelle bleiben: 48 Stunden Aufenthalt und ein Ausflug mit der Straßenbahn ins Stadtzentrum können ausreichen, um Opfer eines rassistischen Angriffs zu werden.

So wie für Alfonse K. (Name geändert) aus Niger, der am ersten Tag seines Aufenthalts in der ZASt in Halberstadt im Sommer nach dem Besuch des Holzmarktfestes von drei Rechten verfolgt und so massiv zusammengeschlagen wurde, dass er für Stunden bewusstlos war. Eine aufmerksame Kellnerin aus einem der umliegenden Restaurants griff immerhin ein und alarmierte Polizei und Rettungswagen. Noch Monate später leidet Alfonse S. an den körperlichen Folgen des Angriffs.

Oder wie Charles G. (Name geändert): Am späten Nachmittag des 5. Mai 2005, griffen sechs bis acht stark alkoholisierte Rechtsextreme den 36-jährigen Liberianer auf dem Bahnhofsplatz von Halberstadt an. Sie attackierten Charles G. mit Faustschlägen, rissen ihn zu Boden und schlugen ihm Bierflaschen auf den Kopf. Ein BGS-Beamter, der gerade auf dem Weg zur Arbeit war, wollte dem Betroffenen helfen und wurde ebenfalls mit Faustschlägen angegriffen, getreten und mit Bier- und Sektflaschen gezielt auf den Kopf geschlagen. Erst als der Bundespolizist mehrere Zuschauer aufforderte, Hilfe zu holen, wurde die Polizei alarmiert. Bei dem darauffolgenden Einsatz wurde eine 26-jährige Polizistin leicht verletzt. Der Liberianer und der BGS-Beamte erlitten Kopfverletzungen.

Aufgeben? „Immer wenn ich total gestresst und frustriert bin, sagen mir andere, dass die *Zora* ein Ort ist, auf den sie einfach nicht verzichten können," sagt Yvonne. Und hofft, dass eine neue BesucherInnen-Generation ihre Leidenschaft für lange Plenumssitzungen und kollektive Entscheidungsprozesse entdecken wird.

***Heike Kleffner** ist Journalistin und arbeitet zur Zeit bei der Mobilen Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt.*

Anmerkung

1) *tageszeitung* vom 12. September 1992, „Autonome schützen Quedlinburger Asyl", von Eberhard Löblich

China in Aufruhr

Soziale Kämpfe im chinesischen Modernisierungsprozess

Von Anton Pam

Wenn der chinesische Drache faucht, wird Europa zittern, wusste schon Napoleon. In den letzten Jahren wurde China zum Mekka des internationalen Kapitals und zum „Motor der Weltwirtschaft". Die Berichte in den Wirtschaftszeitungen schwanken zwischen neidischer Faszination vom „Markt der Zukunft" bis zur Bedrohung Europas durch chinesische Billigwaren. Trotz welthistorischem Wirtschaftswachstum ist China nicht so stabil, wie es dem Besucher in den Boom-Metropolen Beijing oder Shanghai scheint. Lokale Bauernunruhen, Streiks und „subversive" Aktivitäten von mysteriösen religiösen Gruppierungen breiten sich landesweit aus. 2003 soll es zu 58.000 solcher „Zwischenfälle" gekommen sein, an denen laut „Asia Times" drei Millionen Menschen teilnahmen. Über Hintergründe und Charakter der Zwischenfälle informiert Anton Pam.

Eines der brennendsten Probleme Chinas ist immer noch die Bauernfrage. Die rasante Urbanisierung hat die Agrarbevölkerung in nur 20 Jahren um 20 Prozent reduziert. Trotzdem leben immer noch über 60 Prozent der Chinesen auf dem Land. In anderen Worten: Fast jeder dritte Dorfbewohner auf der Welt ist Chinese! Doch von der Landwirtschaft können die Menschen immer weniger leben. So gehen die jungen Frauen und Männer aus den Provinzen des Hinterlandes fast alle in die Städte zum arbeiten und kommen nur zum Frühlingsfest, dem chinesischen Neujahr, nach Hause. Die Proletarisierung von Abermillionen chinesischen Bauern in einer Dekade bezeichnete der britische Historiker Hobsbawn als die größte Umwälzung von Klassenverhältnissen seit der Jungsteinzeit. Die Zahl dieser Wanderarbeiter wird auf 100 bis 200 Millionen geschätzt.

Prekäre Stabilität und ihre Grenzen

Dass die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bisher nicht zusammengebrochen ist, hängt nicht zuletzt mit dem immer noch relativ egalitären Agrarsystem zusammen, einem weltweit einmaligen „Bauernsozialismus". Jeder chinesische Bauer bekommt von der Dorfregierung ca. 1 Mu (1/15 Hektar) Land zugeteilt und besitzt dafür das Nutzungsrecht. Der Staat behält aber das Eigentumsrecht. Dieses Stückchen Land ist die „Lebensversicherung" gegen Hunger. Fast alle Bauern, die in der Stadt als Tagelöhner arbeiten, lassen die Alten und Kinder zu Hause das Feld bestellen.

Das egalitäre Agrarsystem ist ein Produkt der Reformpolitik der 1980er Jahre, deren Wegbereiter als auch Gewinner die Bauern waren. Spontan lösten sie ab 1978 gerade in armen Regionen wie in den Provinzen Henan und Anhui die Volkskommunen auf und verteilten das staatliche Land unter den Familien. Selbst der Reformflügel der Partei um Deng Xiaoping verurteilte diese Politik anfangs als „antisozialistisch". Erst ab 1982 schrieb sich der Reformflügel diese Politik auf die eigenen Fahnen. In der Folge legalisierte die Partei die Familienwirtschaft auf staatlichem Boden. Die Bauern wurden vom Zwang befreit, das Getreide zu extrem niedrigen Preisen an den Staat verkaufen zu müssen. Nach den erfolgreichen Agrarreformen dehnte die KPCh die Marktwirtschaft schrittweise auf die anderen Bereiche der Gesellschaft aus.

Durch das Bevölkerungswachstum, die hohe Steuerlast und die heute niedrigen Marktpreise für Getreide stößt dieser „Bauernsozialismus" an seine Grenzen. Das Thema „Last der Bauern" ist ein Dauerbrenner in den chinesischen Medien und der Wissenschaft. Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren schon über 30 Beschlüsse gefasst, um die Last zu verringern und die willkürliche Verhängung von Geldstrafen zu stoppen – bisher ohne Erfolg. In China existiert kein modernes Steuersystem, mit dem der Staat einen finanziellen Ausgleich zwischen der boomenden Ostküste und den armen Provinzen am Gelben Fluss und im Westen durchführen könnte. Die Last der Bauern wird von Jahr zu Jahr erdrückender, weil sich die Dorfbürokratie und die Schulen nach der extremen Dezentralisierung staatlicher Aufgaben selbst finanzieren müssen. So bleibt einer Regierung eines armen Dorfes oft nichts anderes übrig, als die Gehälter der Kader und Lehrer komplett von den Bauern bezahlen zu lassen. Durch die „Vetterwirtschaft" hat sich die Bürokratie trotz Reduzierung der staatlichen Aufgaben immens ausgedehnt.

Wer die Bauern gewinnt, gewinnt China

Lokale Bauernruhen entzünden sich meist an der Bodenfrage. Für Staudämme oder Industrieprojekte beschlagnahmen Kader das Land der Bauern, die es für 30 Jahre zur Pacht vom Staat bekommen haben. Häufig werden die vom Gesetz vorgesehenen Entschädigungen nicht bezahlt. Die Bauern rebellieren dann gegen diesen „Landraub".

Die neue chinesische Regierung unter Hu Jintao und Wen Jiabao ist sich der Brisanz des Problems bewusst. Der Ausspruch Maos, „wer die Bauern gewinnt, gewinnt China" wird häufig zitiert. Berge von neuer Literatur zu den Problemen der Bauern, Dörfer und der Landwirtschaft zeugen von dieser Aufmerksamkeit. Die Agrarsteuer wurde den Bauern nun erlassen. Ob dies allerdings zur Verringerung

der Last führt, ist fraglich, da die Dorfregierungen oft keine andere Wahl haben, als stärker auf andere Abgaben zurückzugreifen. Auf dem letzten Parteitag der KPCh wurde angekündigt, die Nutzungsrechte der Bauern besser zu schützen.

Zu einem generellen Politikwechsel, um die staatlichen Ressourcen stärker auf dem Land einzusetzen, ist die Zentrale in Beijing nicht bereit. Zwei Beispiele: Der Anteil von Gesundheit und Bildung bei den Staatsausgaben liegt weit unter dem der 1980er Jahre. Das bekommen vor allem die Bauern zu spüren. 2003 hatten nur 10 Prozent eine Krankenversicherung (in den Städten waren es 19,5 Prozent). Nach dem Zusammenbruch des kollektiven Gesundheitssystems durch die Auflösung der Volkskommunen und Dezentralisierung bedeutet dies ein hohes Armutsrisiko im Krankheitsfall und den Aufstieg von Wunderheilern und „Sekten", die Kranken Heilung versprechen. Trotz der gesetzlich garantierten kostenlosen neun Pflichtschuljahre steigt die Zahl der Schulabbrecher auf den Dörfern, weil ohne „illegale" Schulgebühren die Gehälter der Lehrer nicht ausgezahlt werden könnten.

Soziale Apartheid in Chinas Städten

Verlassen die Bauern ihre Dörfer, so kommt zu der sozialen Benachteiligung noch die staatliche Diskriminierung hinzu – ein Erbe von Mao Zedongs Sozialismusmodell. Mehr als zwanzig Jahre, von 1961 bis Mitte der 1980er, verhinderte die KPCh jede Urbanisierung der Gesellschaft. Die Partei fesselte die Bauern mit Hilfe eines Pass-Systems (*Hukou*) an die Scholle und die Arbeiter an ihren Betrieb. Von 1949 bis 1978 veränderte sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land, sowie zwischen Arbeitern und Bauern kaum. Mit der Entwicklung des Marktes und der faktischen Lockerung des *Hukou*-Systems in den 1990er Jahren ist die Trennung zwischen städtischer und ländlicher Gesellschaft erdrutschartig zusammengebrochen. Einige Diskriminierungen bleiben aber bestehen: Wer den Bauern-*Hukou* oder den einer anderen Stadt hat, kann sich z.B. in Beijng nicht langfristig niederlassen, seine Kinder können weder einen Kindergarten noch eine Schule besuchen, es ist unmöglich einen Arbeitsplatz in einer staatlichen Arbeitseinheit mit Sozialleistungen zu bekommen. Ein Bauernkind aus den Provinzen Henan oder Shanxi muss bei der nationalen Aufnahmeprüfung zu den Universitäten eine bessere Note als ein Kind aus Beijing haben, um danach eine schlechtere Uni besuchen zu können. Nicht wenige Städter, auch die Staatsarbeiter, sind gegen die Abschaffung des *Hukou*, da sie die Konkurrenz aus dem Dorf und den Anstieg der Kriminalität fürchten. Aber trotz des Hukou-Systems wachsen die Städte rasant an. In Beijing und Shanghai halten sich Millionen Menschen unregistriert auf.





Die Wanderarbeiter nehmen schlechte Arbeitsbedingungen sowie Diskriminierung meistens hin, weil sie in den Städten das Vielfache verdienen wie als Bauern. Von ihren Transferleistungen können die Familien zu Hause finanziert werden. Da die Mehrheit von ihnen keinen Arbeitsvertrag besitzt, werden sie leicht Opfer von Betrug.

Staatsarbeiterschaft vor dem Bankrott

Die Kernbelegschaften der Staatsindustrie sind die Hauptverlierer des Wirtschaftsbooms der letzten Jahre. Lange Zeit wurden sie von der Partei verschont. Im Gegensatz zur „Schocktherapie" in Russland wurde in China die Privatisierung der Staatsbetriebe schrittweise durchgeführt. Ungedeckte Kredite der staatlichen Banken verhinderten den schnellen Bankrott unrentabler Staatsbetriebe. Im Zuge der Modernisierung des chinesischen Bankensystems soll diese Praxis eingestellt werden. Millionen von Staatsarbeitern stehen dann vor dem Nichts, wenn sie entlassen werden. Die Schätzungen der urbanen Arbeitslosigkeit in China schwankten bereits 2002 zwischen sieben und 20 Prozent. Mit den Wanderarbeitern können die entlassenen Staatsarbeiter nicht konkurrieren und für bessere Jobs in den Privatunternehmen sind sie nicht qualifiziert genug.

Die Staatsarbeiterschaft, die man als „Dienstverpflichtete" des Staates bezeichnen kann, genoss in China eine Reihe von Privilegien. Im Unterschied zu den Intellektuellen und Parteikadern waren sie nur selten Opfer der Kampagnen der „Kulturrevolution" (1966-1977). Im Gegensatz zur großen Mehrheit des chinesischen Volkes, den Bauern, Händlern und Vertragsarbeitern, hatten sie Anspruch auf Unfall- und Rentenversicherungen, sowie auf billige Wohnungen und Kindergartenplätze. Da es in China keine zentralen staatlichen Sozialleistungen gibt, erhielten die Arbeiter diese vom jeweiligen Staatsbetrieb. Mit der Privatisierung fallen diese Privilegien weg oder sind zumindest gefährdet.

In den Zentren der alten Schwerindustrie wie der Mandschurei, Sichuan oder Henan kam es deshalb bereits zu Massenprotesten gegen Arbeitslosigkeit und die Verscherbelung der Renten- und Sozialkassen der Betriebe. Über Umfang und Inhalt der Arbeiterunruhen und Streiks herrscht allerdings auf Grund des Berichtsverbots in den Medien Unklarheit. Nach Angaben des Ministeriums für öffentliche Sicherheit hat sich die Anzahl der kollektiven Proteste, inklusive Streiks, von 8700 (1993) auf 32.000 (1999) erhöht. Auffällig ist, dass es zu einer Verbindung der Proteste der Staats- und Wanderarbeiter bisher noch nicht gekommen ist. Zwischen ihnen liegen noch Welten. Die meisten Beobachter, glauben, dass die Streiks meist lokalen Charakter haben und von einzelnen Arbeitseinheiten ausgehen. Gegen das politische System als solches richten sich die Arbeiter in den seltensten Fällen. Die Arbeiter fordern die Weiterbeschäftigung, die Auszahlung der Renten oder die Absetzung korrupter Manager und Kader. Dabei berufen sie sich immer wieder auf die hohe ideologische Stellung des Proletariats in der Vergangenheit. „Erzählt ihr uns nicht seit 50 Jahren, dass wir die Vorhut der Gesellschaft sind?", entgegnen die streikenden Staatsarbeiter der Partei.

Der Staat reagiert mit „Zuckerbrot und Peitsche" auf Proteste. Die sogenannten Rädelsführer werden in der Regel verhaftet und können wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" für Jahre ins Gefängnis geschickt werden. Die Bewaffnete Volkspolizei wurde nach 1989 zur Anti-Riots Spezialtruppe ausgebildet und ausgerüstet. Gleichzeitig werden aber auch Finanzspritzen für betroffene Regionen mobilisiert. Die staatliche Gewerkschaft versucht häufig zwischen Staat und Arbeitern zu vermitteln. Ein Versuch die staatliche Kontrolle zu stärken, ist der Aufbau von „Wohnviertel"-Organisationen (shequ) in den Städten, die im bescheidenen Maße auch Sozialhilfe an ihre Mitglieder, natürlich nur mit dem richtigen Hukou, auszahlen können und helfen sollen, soziale Probleme vor Ort zu lösen. Auch chinesische Labour-NGOs versuchen sich legal für die Arbeiter einzusetzen.

Angst vor dem „Chaos"

Dass in Asien heute nur noch jeder fünfte Mensch und nicht mehr jeder Dritte (1970) an Unterernährung leidet, ist vor allem der Entwicklung in China zu verdanken. Die Gewinner des chinesischen Wirtschaftswunders sind nicht nur eine kleine Minderheit, sondern Hunderte Millionen Menschen. In den Städten befinden sich breite Schichten im Konsumrausch. Fast jeder Chinese isst, kleidet, lebt und wohnt heute besser, als vor den Reformen von 1979. In China gibt es auch Gegenden, wo die Verstädterung und Proletarisierung der Bauern im Sinne einer bürgerlichen Modernisierung erfolgreich verläuft. In den Provinzen an der Ostküste (Jiangsu, Zhejiang) ist das Nebengewerbe schon längst zur Haupteinnahmequelle der Bauern geworden. Der Übergang zwischen Dorf und Stadt verläuft fließend.

Diese Tatsachen können aber über die soziale Ungleichheit nicht hinwegtäuschen. Erstmals seit dem Beginn der Reformen von 1979 steigt die Zahl der Menschen wieder, die von unter einem US-Dollar pro Tag leben muss. In den Städten entsteht „neue Armut". Chinas Gini-Koeffizient, ein internationaler Standard für soziale Ungleichheit (1), stieg von 0.33 (1980) auf 0,46 (2000) und hat somit „gefährliche" Ausmaße erreicht. Während im westlichen Kapitalismus vor allem Kapitalisten reich werden, sind es in China neben den Unternehmern die Kader und Beamten. Traditionell sind im „Reich der Mitte" Amt und Reichtum miteinander verknüpft. Fast für jeden Stempel, Verwaltungsakt und andere „Gefallen" werden hohe Summen kassiert. Die chinesische Regierung hat zumindest in der Propaganda auf die wachsende soziale Kluft reagiert: Eine „harmonische Gesellschaft" soll nun aufgebaut werden. Die alte Formel Deng Xiaopings, „Erst werden die einen reich, und später die anderen" wurde durch die Parole des „gemeinsamen Wohlstands" abgelöst.

Bei allen Klassen in China scheint auch bei Unzufriedenheit mit der Parteidiktatur die Angst vor dem „Chaos", sprich einem schwachen Staat, groß zu sein. Kriminelle Banden und Geheimgesellschaften befinden sich schon jetzt im Aufschwung. Zhou Yongkan, der Minister für öffentliche Sicherheit, bezeichnete die religiöse Bewegung Falungong als größte Bedrohung für die Stabilität. Die von der Regierung als „Sekte" bezeichnete Bewegung besitzt nach eigenen Angaben mehr Mitglieder als die KPCh.

Welchen Charakter die diversen sozialen Unruhen in China nehmen werden, ist bisher noch offen. Sicher ist jedoch, dass sie globale Bedeutung haben werden. Eine Krise in China könnte die internationalen Finanzmärkte und die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund stürzen. Gründe genug für die internationalistische Linke sich intensiver mit den Kämpfen in China auseinander zusetzen.

__Anton Pam__ schreibt regelmäßig Artikel zur Geschichte und aktuellen Entwicklung Chinas.

Anmerkung:
1) 0 bedeutet absolut gleiche Verteilung des Einkommens und 1 absolut ungleiche Verteilung. Zum Vergleich: Deutschlands Gini-Koeffizent liegt bei 0,30.

Informationen zu den Arbeitskämpfen in China:
Chinese Labour Bulletin:
http://www.china-labour.org.hk
Asian Labour: http://www.asianlabour.org/
Website von Anita Chan:
http://rspas.anu.edu.au/ccc/pubs/chan_a.php
Wild Cat: www.umwaelzung.de

Echo auf das Donnergrollen

Aufbruch, Niederlage und Neubeginn der Naxaliten-Bewegung in Indien

Von Satya Sivaraman

Soziale Kämpfe sind zeitlich und räumlich von erheblichen Ungleichzeitigkeiten geprägt. Schon deshalb sind definitive Aussagen über den „richtigen“ Inhalt und Form kaum möglich. Schon gar nicht nach einem Schema, das Kämpfe der „fortgeschrittenen“ Metropolen von solchen der „unterentwickelten“ Peripherien unterscheidet. Ein Beispiel dafür sind die Naxaliten-Bewegungen, die heute ein Fünftel des indischen Territoriums kontrollieren. Extreme „periphere“ Armut und Unterdrückung prägten die Kämpfe. Die Naxaliten antworteten darauf mit einer Militarisierung ihrer Politik. Heute haben sie sich in verschiedene Strömungen ausdifferenziert. Sivaraman zeichnet das Bild einer sehr widersprüchlichen Bewegung, die in einem Land kämpft, dessen internationale Bedeutung schnell zunimmt. Politische Verwerfungen können da schnell von globaler Bedeutung sein.

Noch immer erinnere ich sein lächelndes Gesicht, voller Leben, voller Unruhe und zugleich von einer großen Offenheit gezeichnet, die jedeR sofort wahrnahm. Saket Rajan, in einer Rolle zugleich Journalist, Historiker und sozialer Aktivist, war eine charismatische Persönlichkeit, als kommunistischer Revolutionär so sehr vom politischen Einsatz seines Lebens bewegt, dass niemand ihn einfach vergessen konnte. Meine Erinnerungen an ihn reichen zwanzig Jahre zurück, damals arbeitete ich als junger Journalist in der südindischen Stadt Bangalore. Rajan fing gerade erst an, die politischen Aktivitäten der linksradikalen *People's War Group* (PWG) im Bundesstaat Karnataka zu organisieren, dessen Hauptstadt Bangalore ist. Er war sehr daran interessiert, dass ich mich ihm und seiner Organisation anschloss. Ich folgte ihm nicht, aus einer Vielzahl von Gründen, hauptsächlich aber, weil ich von der Entschlossenheit und dem Nachdruck nicht überzeugt war, mit dem die PWG den indischen Staat im bewaffneten Kampf herausfordern wollte. Ich hielt das nicht für den besten Weg. Denn es gab in diesem Land mit seinen so verschiedenen Problemen so viele andere Möglichkeiten, Politik auf Massenbasis zu wagen. Wir blieben Freunde, gingen aber getrennte Wege. Rajan wurde Mitglied des Zentralkomitees und ging in den Untergrund, für Leute außerhalb der engsten Zirkel der Partei war er unerreichbar geworden.

Im März diesen Jahres nahm ihn die Polizei von Karnataka gefangen. Er fiel ihr während eines Überfalls auf eine geheime Versammlung in die Hände, die er mit BäuerInnen organisiert hatte, die tief in der bewaldeten Gebirgslandschaft des Distrikts Chikmagalur leben. Nach Angaben der Polizei starb er während einer Schießerei, in der er sich der Verhaftung zu entziehen suchte; Menschenrechtsgruppen sprechen dem gegenüber von einem blanken, im Gefängnis verübten Mord. Wie auch immer es sich zugetragen hat, wieder einmal wurde ein brillanter Kopf, ein äußerst empfindsamer Mensch ausgelöscht, zum soundsovielsten Mal in der Geschichte der indischen Naxaliten-Bewegung, die Tausende junger InderInnen motiviert hat, alles, auch ihr Leben, einzusetzen für die radikale soziale und politische Veränderung dieses Landes.

Wie alles anfing

Die Geschichte der Bewegung führt fast vier Jahrzehnte zurück in das Dorf Naxalbari im östlichen Bundesstaat West Bengal, in dem damals ein Bauernaufstand ausbrach. Der Ausdruck „Naxaliten“ leitet sich von diesem Dorf, diesem historischen Ereignis ab. Will man die Bedeutung dieses Ereignisses verstehen, gilt es allerdings, in der Geschichte der indischen kommunistischen Bewegung noch etwas weiter zurück zu gehen.

Die *Communist Party of India* (CPI) wurde 1925 gegründet und spielte neben dem von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru geführten gemäßigten *Indian National Congress* eine bedeutende Rolle im nationalen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialherrschaft. Mit dem Erreichen der Unabhängigkeit verfiel die CPI einer Periode der Verwirrung, weil sie sich nicht entscheiden konnte, ob sie den Sieg über den Kolonialismus als einen Sieg der arbeitenden Leute oder als bloße Übergabe der Macht vom Kolonialismus an die nationale Bourgeoisie deuten sollte. Während Teile der Partei energisch zum Klassenkampf gegen den neuen indischen Staat aufriefen, traten andere für eine Zusammenarbeit mit der Kongresspartei oder die Übernahme einer traditionellen Oppositionsrolle im Rahmen der parlamentarischen Demokratie ein. Die ersten Warnschüsse revolutionärer Bewegung feuerte die sog. *Telangana*-Bewegung ab, die 1946 im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh aufbrach. Kommunistisch geführte Guerilla-Einheiten stürzten lokale feudale Dorfregimes und organisierten eine Landreform in den Telugu-sprachigen Gegenden, die man Telangana nennt. Das Land war damals noch unter der Kontrolle des Nizam von Hyderabad, der eines von mehreren Fürstentümern beherrschte, die die Briten während ihrer Herrschaft bestehen ließen und die sich zu dieser Zeit noch immer weigerten, Teil einer indischen Republik zu werden.

An der Revolte nahmen rund 3000 Dörfer verstreut auf einem Gebiet von 41.000 Quadratkilometern teil. Zugleich der Unbotmäßigkeit des Nizam von Hyderabad und der Gewalt der kommunistischen Guerilla ausgesetzt, entsandte die Bundesregierung im September 1948 Truppen nach Telangana. Im November 1949 wurde Hyderabad gezwungen, Mitglied der Indischen Union zu werden. Zugleich wurde die Armee dazu benutzt, die Bauernbewegung zu zerschlagen. Wie zu dieser Zeit die meisten Parteien unter sowjetischem Schirm entschied sich auch die CPI dazu, die revolutionäre Leidenschaft in ihren Reihen zu ersticken und sich auf den Weg eines „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" zu begeben, auf dem ihr die parlamentarische Demokratie das wichtigste Vehikel war. Doch war diese Politik in der Partei so umstritten, dass damit schon der Grund für ihre Spaltung gelegt war.

Mitten in der „Großen Debatte" zwischen Chruschtschow und Mao Tse-tung, die in den frühen sechziger Jahren überall in der internationalen kommunistischen Bewegung ihre Wirkungen zeigte, kam es 1964 zum ersten Bruch mit der CPI und zur Gründung der *Communist Party of India* (Marxist). Galt die CPI gemeinhin als pro-russisch, hielt man die CPI(M) für pro-chinesisch. Erstere folgte einer Linie der „Nationalen Demokratie", nach der den von Nehrus Kongresspartei repräsentierten „antiimperialistischen" Teilen der indischen Bourgeoisie die Führung einer „demokratischen Transformation Indiens" zufallen sollte. Aufgabe der CPI sollte es sein, die *pressure group* gegen ihren Wankelmut zu sein und ihr gegen das indische Monopolkapital den Rücken zu stärken. Dem gegenüber verschrieb sich die CPI(M) einer Linie der „Volksdemokratie", die sich jeder Allianz mit dem Nehru-Kongress verweigerte und auf den Aufbau populärer Massenbewegungen, voran derer der Bauern, setzte. Wer sich als revolutionärer Kommunist verstand, schloss sich in der Spaltung von 1964 natürlich der CPI(M) an. Deren Führung allerdings kam in all diesen Fragen niemals zu endgültigen Entscheidungen und sorgte deshalb von Anfang an für andauernde innerparteiliche Auseinandersetzungen.

Von einer Spaltung zur nächsten

Als die CPI(M) 1967 im Staat West Bengal zum Hauptakteur in der Bildung einer breiten Koalitionsregierung wurde, machte sich überall an der Basis der Partei Unmut breit. Zugleich kam es in verschiedenen Gegenden des Staates und besonders im Umkreis von Naxalbari zu Landkämpfen, die sich fortlaufend intensivierten und schließlich zu direkten Konfrontationen mit der Staatsmaschinerie führten. Unter der Drohung, andernfalls direkt der Bundesregierung unterstellt zu werden, entschloss sich die von der CPI(M) geführte Koalition zur blutigen Unterdrückung der Unruhen. Das führte nicht nur in West Bengal, sondern auch anderswo gleich zu mehreren Spaltungen der Partei. Während die Staatskomitees von Uttar Pradesh, Dehli, Jammu und Kaschmir geschlossen die Partei verließen, kam es in Andhra Pradesh, Bihar, West Bengal und vielen anderen Parteigliederungen zu Brüchen auf allen Ebenen. Die revolutionär-kommunistischen Kräfte organisierten sich zunächst im *All-India Coordination Committee of Communist Revolutionaries* (AICCCR),



aus dem später die *Communist Party of India (Marxist-Leninist)* entstand. Die verschiedenen indischen Naxalitengruppen gebrauchen das Kürzel CPI(ML) noch heute zur Selbstbezeichnung.

In ihrer ersten Phase propagierte die neue Partei eine strikte Verweigerung gegenüber allen bürgerlichen Institutionen und rief zum bewaffneten Kampf auf, in dem nach dem klassischen Muster der Chinesischen Revolution „befreite Zonen" erkämpft werden sollten. Tatsächlich muss der von der CPI(ML) geführte bewaffnete Kampf der späten 1960er und frühen 1970er Jahre als der bisher weitreichendste und ernsteste Versuch erinnert werden, in Indien eine bewaffnete Revolution zu organisieren. Während dieser Zeit opferten Tausende von Kadern einschließlich derjenigen der höchsten Führungsorgane ihr Leben. Dennoch erlitt die Partei ganze Serien von schwerwiegenden Niederlagen und zerfiel in zig Fraktionen, von denen sich jede in verschiedenen Teilen des Landes auf eine mehr oder minder kleine Basis berufen konnte. Über die letzten Jahrzehnte hinweg haben sich diese Gruppen noch einmal in diverse Fraktionen gespalten, die sich bisweilen wieder vereinigten, ihre Linie änderten, und so weiter, und so fort.

Die Rückkehr der Naxaliten

Die bedeutendsten Naxalitengruppen des heutigen Indiens sind die kürzlich aus der Vereinigung der *People's War Group* mit dem *Maoist Communist Center* hervorgegangene *Communist Party of India (Maoist)* und die *Communist Party of India (Marxist-Leninist)-Liberation*. Daneben gibt es noch rund ein Dutzend anderer Gruppen, deren organisatorische Stärke aber nirgendwo an die der beiden führenden Naxalitenformationen heranreicht. Obwohl diese wiederum historisch der selben Strömung entwachsen sind und dem selben Ziel einer „Volksdemokratischen Revolution" in Indien folgen, sind sie sich weder in den Grundfragen der Strategie noch in solchen der Taktik einig.

In den Gegenden, in denen sie aktiv sind, verfügen die bewaffneten Verbände der CPI *(Maoist)* mittlerweile über eine lange Geschichte des gewaltsamen Zusammenstoßes mit der Staatspolizei oder paramilitärischen Einheiten. Obwohl sie sich unter der Jugend, unter den StudentInnen und unter Intellektuellen auf breite Zustimmung stützen kann, ist sie verboten. Ihre Kader leben unter der steten Drohung der Verhaftung und eben auch der Vernichtung durch den indischen Staat. Die CPI(ML)-*Liberation* ihrerseits hat nach langen inneren Debatten den bewaffneten Kampf aufgegeben und akzeptiert ihn heute nur noch im Fall der Selbstverteidigung gegenüber den Privatarmeen der feudalen Großgrundbesitzer. Sie hat sich mittlerweile an mehreren Staats- und Bundesparlamentswahlen beteiligt, verfügt im Bundesstaat Bihar über mehrere, im nationalen Parlament über einen Abgeordneten. Während sie deshalb von der *Maoist*-Gruppe des „Revisionismus" bezichtigt wird, der sie früher oder später auf den selben Weg der Anpassung führen werde wie die beiden ersten großen kommunistischen Parteien, klagt sie umgekehrt die *Maoists* des „Anarchismus" an. Tragischer Weise ist es bereits zu mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen gekommen.

Jenseits der inner-naxalitischen Dynamiken aber ist außerordentlich bemerkenswert, dass beide Gruppen in der weiteren politischen Landschaft stetig an Bedeutung gewinnen und ihre Mitgliedschaft fortlaufend verbreitern können. So verfügen die Maoists über eine starke Verankerung in den Waldgebieten der Bundesstaaten Andhra Pradesh, Orissa, Maharashtra and Madhya Pradesh. Ihre stärkste Gefolgschaft finden sie dabei bei den unter extrem armen Bedingungen lebenden indigenen Gemeinden. Unter der Schwere der Unterdrückung, der diese Gemeinden ausgesetzt sind, zahlt sich der bewaffnete Kampf an der Seite der Maoists für sie gleich doppelt aus: zum einem im tagtäglichen Kampf ums Überleben, zum anderen als ein Mittel, den indischen Staat zu Investitionen in die sozio-ökonomische Entwicklung zu nötigen. Trotz flächendeckender Repression durch Militär und Polizei weitet die Partei ihren Kader und ihren Einfluss stetig aus: ein Zeugnis für das Versagen des postkolonialen Staates, wenigstens die Grundbedürfnisse der Leute abdecken zu können.

Ein letzter Gruß

Die *Liberation*-Gruppe hat ihre Basis im Bundesstaat Bihar, wo sie sich während der 1970er Jahre bewaffnet der feudalen Unterdrückung widersetzte. Sie engagiert sich jetzt vor allem im Aufbau von Massenorganisationen armer Bauern und Landarbeiter. Dabei nutzt sie die Teilnahme an Wahlen, um auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in Kontakt zu kommen und ihre politische Botschaft zu verbreiten. Auch sie weitet stetig ihre Basis und ihren Einfluss aus und verankert sich zunehmend unter Industriearbeitern, Angestellten, StudentInnen und unter den Intellektuellen.

Wie blasphemisch das auch jeweils in den Ohren der einen und der anderen klingen mag, scheinen mir die beiden wichtigsten Naxalitengruppen in ihren Stärken und Schwächen zueinander komplementär und deshalb aufgefordert zu sein, ihre jeweiligen Fertigkeiten und Chancen früher oder später miteinander zu verbinden. So müssen die *Maoists* gewahr werden, dass ihre Emphase für den bewaffneten Kampf in vielerlei Hinsichten kontraproduktiv geworden ist und sich nicht wenige ihrer Einheiten in „Wie-Du-mir-so-ich-Dir"-Scharmützeln aufreiben, die das politische Projekt keinen Schritt voran bringen. Auf der anderen Seite sollte sich *Liberation* stärker bewusst werden, dass parlamentarische Politik ein zweischneidiges Schwert für jeden revolutionären Entwurf ist. Tatsächlich hat sie den Zwängen des Parlamentarismus in ihrer politischen und organisatorischen Arbeit bereits mehrfach Tribut zollen müssen.

Ob die beiden Hauptfraktionen der Naxaliten jemals zusammenfinden, ist heute noch eine offene Frage. Gelingt ihnen das, kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Donnergrollen der späten Sechziger- und der Siebziger-Jahre nicht nur in Indien, sondern in der ganzen Welt ein Echo finden wird. Bezeichnenderweise war mein Freund Saket Rajan, auch wenn er das in der Theorie nie akzeptiert hätte, einer von denen, denen in der Praxis die ideale Verbindung der unterschiedlichen Ansätze beider Naxalitengruppen gelang. In seiner aufgeschlossenen, ja geradezu eklektischen Art nahm er nicht nur das Erstarken des Untergrundkampfes der *Maoists* in Karnataka, sondern auch die wachsende Bedeutung der großen Zahl von Massenorganisationen wahr, die sich in aller Offenheit für Ziele einsetzen, die von den Frauenrechten über die bürgerlichen Freiheiten bis zur kulturellen Expression reichen. Das aber sind die Ansätze, ist der *spirit*, in dem all jene in der Bewegung der indischen Linken miteinander wetteifern sollten, die an revolutionärer Veränderung wirklich interessiert sind.

Übersetzung: Thomas Seibert

Satya Sivaraman *ist Videofilmer und Journalist aus Indien und lebt an verschiedenen Orten im südlichen Asien. Sein letzter Dokumentarfilm* The Big Blackout *analysiert Folgen der Privatisierung in Kolumbien, Brasilien, Südafrika und Indien. Gegenwärtig arbeitet er beim „Tsunami Response Watch" der Website www.indiadisasters.org mit, einer Initiative unabhängiger Journalisten: „Deconstructing Disasters!"*

Von neuen Rezepten und leer geräumten Supermärkten

Ein Beitrag zur Aneignungsdiskussion

Von der Gruppe Blauer Montag

Sind Umsonst-Kampagnen so etwas wie Aneignung konkret? Oder doch nur Aneignung light? Wie lässt sich Aneignung als Programm verstehen, das nicht nur radikal klingt, sondern auch auf eine radikale Veränderung von Eigentumsverhältnissen und Lebensweisen zielt? Die Gruppe Blauer Montag gibt auf diese Fragen Antwort.

„Hauptproblem ist dabei, dass sich mit der Aneignungspraxis niemals Produktionsverhältnisse thematisieren lassen. Mit der Orientierung auf Waren wird nicht gebrochen, man möchte sie eben nur umsonst." So oder ähnlich urteilten viele im letzten Jahr über die Umsonst-Kampagnen, die sich zum Beispiel in Berlin, Hamburg und anderen Städten formiert hatten und die die kostenlose (Wieder-)Aneignung bzw. Nutzung von Waren, Schwimmbädern, öffentlichen Verkehrsmittel etc. in das Zentrum ihren Aktionen stellen. Die Kritik ist nicht neu. Schon immer waren und sind „Einklauen" und „lumpenproletarische Verhaltensweisen" aus Sicht der offiziellen ArbeiterInnenbewegung eher moralisch anrüchig oder „kleinbürgerlich-anarchistisch". Manche marxistische TheoretikerInnen sehen in ihnen nur eine implizite Bestätigung des Privateigentums. Dabei eint sowohl die KritikerInnen wie auch manche ProtagonistInnen von „Aneignungskampagnen" ein Reflex: Der Begriff Aneignung wird von beiden Seiten auf die Inbesitznahme von Waren reduziert.

In kapitalistisch verfassten Gesellschaften ist Aneignung in diesem engeren Sinne immer zweierlei: zum einen die Aneignung von Produkten als Waren und zum anderen Diebstahl, also die illegalisierte Überführung einer Ware von einem/r PrivateigentümerIn zu einem/r anderen. Insofern ist die theoretische Kritik durchaus richtig: Umsonst-Praxen stellen weder das Institut des Privateigentums noch die Warenproduktion (und damit Ausbeutung) als solche grundsätzlich in Frage. Und doch bleiben solche Kritiken häufig bloß moralisch oder abstrakt, weil ihr blutleerer Objektivismus die subjektiv-subversiven Momente selbst des kleinsten Ladendiebstahls nicht berücksichtigt.

Subjektive Subversionen statt blutleerem Objektivismus

Auch unabhängig von irgendwelchen linken Kampagnen gibt es eine mehr oder weniger weit verbreitete alltägliche und individuelle Aneignungspraxis: Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Stromklau, Versicherungsbetrug, die kleinen und größeren Bescheißereien gegenüber Sozial- und Arbeitsämtern etc. Und selbstverständlich sparen linke Projekte seit Jahren Geld dadurch, dass ihre AktivistInnen in Firmen und Büros klauen wie die Raben, von der Büroklammer über das Kopierpapier bis zur Druckerpatrone. Manchmal sind solche alltäglichen Umverteilungspraxen Überlebensstrategie, manchmal verdeckte Lohnerhöhungen oder Ausdruck von Konsumismus, manchmal entspringen sie einfach nur einer Lust am Abenteuer oder einem sportlichen Ehrgeiz.

In aller Regel aber beinhalten sie immer auch eine mehr oder weniger individuelle Rebellion gegen den Konsumverzicht und damit gegen die gesellschaftlich verordnete Verweigerung von Bedürfnisbefriedigung. Wo Bedürfnisse nur über den Konsum von Waren befriedigt werden können und wo die Teilnahme am Warentausch in zentralem Maße über gesellschaftliche Exklusion oder Inklusion entscheidet, ist die individuelle Aneignung auch eine systemimmanente Rebellion gegen den gesellschaftlichen Ausschluss bzw. für gesellschaftliche Teilhabe. Wenn mache linke KritikerInnen hier nur die angeeignete Ware, aber nicht das angeeignete Bedürfnis sehen, dann entgeht ihnen das subversive Potenzial in solchen Handlungsweisen – nämlich der Wille, auch ohne allgemeines Äquivalent, sprich: Geld, in den Genuss von Gebrauchswerten zu kommen.

Natürlich ist nicht jeder Diebstahl eine dezidiert emanzipatorische politische Aktion und sollte auch nicht als solche verklärt werden. Die Grenzen zum Politischen sind fließend und abhängig von den konkreten historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Doch egal, was Linke denken oder wollen: Die (alltäglichen) Aneignungspraxen sind Verlaufsformen sozialer Konflikte, Ladendiebstähle genauso wie Plünderungen. Damit beinhalten sie aber auch die Ambivalenz der Konflikte, ihre emanzipatorischen wie ihre reaktionären Dimensionen. Individuelle wie kollektive Aneignungspraxis kann sehr wohl antiemanzipatorische, reaktionäre und rassisti-

sche Züge annehmen. (1) Auch das Abziehen unter (proletarischen) Jugendlichen ist Aneignung, auch das Klauen in einem Armutsviertel – einen emanzipatorischen Gehalt wird man da nur schwerlich hineininterpretieren können.

Kohle plündern, Strom klauen, Häuser besetzen

Und doch: Vor allem dort, wo die angeeignete Ware in einen kollektiven Gebrauch ebenso praktische gemeinschaftliche Verfügung über Waren, Produkte, Ressourcen. Von der – gemeinschaftlichen wie illegalen – Nutzung privatisierter Weiderechte im späten 18. Jahrhundert über die kollektive Plünderung von Kohlewaggons nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum organisierten Stromklau in einem Mietshaus heute beinaltet der Diebstahl auch die Vision eines freien und ungehinderten Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen und (Über-)Lebensmitteln und damit verbundener Bedürfnisbefriedigung gemäß der jeweiligen Kaufkraft bedeuten.

Aneignung in diesem Sinne heißt dann nicht „Aneignung einer Ware, nur umsonst", sondern stellt die momentane Verteilung und Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums in Frage: Warum muss für das Grundbedürfnis auf ausreichenden Wohnraum und gesunde Nahrung bezahlt werden? Warum muss für das Recht auf Mobilität und damit soziale Kontaktpflege



(einer WG, eines Wohnblocks, eines selbstverwalteten Projekts etc.) überführt wird oder tatsächlich als Subsistenzmittel das Überleben sichert, dort wird im Prinzip auch das Privateigentum wenigstens potenziell in Frage gestellt. Es ist das doppelte Moment des Robin-Hood-Mythos, das hier durchschlägt: die praktische Kritik an der gesellschaftlichen Spaltung zwischen arm und reich, d.h. die praktische Umsetzung von egalitären Gerechtigkeitsvorstellungen, sowie die für alle, ohne (Geld vermittelten) Warentausch.

Der weltweite Kampf gegen Privatisierung und um öffentliche Güter und die dabei praktizierten Aneignungsformen zeigen, dass Aneignung eben nicht (nur) der (illegalisierte) Wechsel von einem Privatbesitz in einen anderen ist. Die praktische Aneignung privater Güter kann auch ihre Rückführung in öffentliche Güter und somit die praktische Kritik an der marktregulierten Verteilung privatisierter Ressourcen Geld ausgegeben werden? Warum entscheidet über den Zugang zu Kultur, zu Bildung, zu Kinderbetreuung, zu Gesundheitsversorgung etc. der Geldbeutel? Häuserbesetzungen, Null-Tarif-Aktionen im öffentlichen Personennahverkehr/öffentlichen Einrichtungen, kostenlose Besuche von Konzerten oder Theateraufführungen – alle konkreten Formen linker Aneignungspraxis haben die Warenförmigkeit gesellschaftlicher Teilhabe und Existenzabsicherung kritisiert. Und in den Forde-

rungen nach einem Existenzgeld für alle oder nach einem unbedingten Grundeinkommen taucht genau das wieder auf: der Anspruch auf Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Anspruch auf einen egalitären und uneingeschränkten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen für alle, unabhängig von Geld, Kaufkraft und Marktfähigkeit.

Als sich Ende der 1960er Jahre die Klassenkämpfe in Italien und anderswo über die großen Fabriken hinaus ausweiteten, traten neben den Streik und die Fabrikbesetzung auch die organisierte Kaufhausplünderung, der Mietboykott oder die massenhafte Weigerung von Jugendlichen, für Konzerte Eintritt zu bezahlen. „Wir wollen alles" oder „Nehmen wir uns die Stadt" waren ebenso Parolen wie „Bezahlt wird nicht" und „Autoriduzione", die selbst bestimmte (Miet-)Preisreduzierung. Der damals populäre Slogan von der „gesellschaftlichen Fabrik" bzw. der „Fabrikgesellschaft" sollte beschreiben, dass und wie die Zwänge, Normen, Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen Produktionsprozesses in die Gesellschaft und die Formen der sozialen Reproduktion hinein verlängert werden. Politische Gruppen wie Lotta Continua und andere hatten dabei die Aneignungskämpfe in der Sphäre der Reproduktion immer als Teil einer umfassenden praktischen Kritik am Kapitalverhältnis begriffen. (2)

„Wir nehmen uns, was wir brauchen" – und zwar jetzt

Sicherlich ist es richtig, dass sich die Aneignungskämpfe in der Revolte der 1960er und 1970er Jahre sowohl in ihrer Quantität wie in ihrer Qualität erheblich von aktuellen Kampagnen linker Gruppen wie etwa den Umsonst-Kampagnen unterscheiden. Doch sie belegen gleichzeitig, dass Aneignungspraxen stets integraler Bestandteil linker politischer Praxis gewesen ist – als kollektive Aktion, als praktische Aufhebung des Privateigentums im Rahmen von direkter Ent- und kollektiver Aneignung und als praktizierte egalitäre Gerechtigkeit: Alles für alle.

Von den Rote-Punkt-Aktionen Ende der 1960er Jahre in Hannover, Bremen und anderswo (3), von der ersten Phase des Häuserkampfes im Frankfurt der 1970er Jahre über die Häuserbewegung der 1980er und die Aneignungspraxen der Erwerbslosen- und Jobberinitiativen – die Geschichte der sozialen Bewegungen wie die linke und linksradikale Geschichte auch in Deutschland ist voll von – teilweise äußerst erfolgreichen – Aneignungskämpfen.

Das trotzige und gleichzeitig praktisch-unmittelbare "Wir nehmen uns, was wir brauchen" hat politische Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die sich nicht auf die Demonstration für irgendwelche Parolen und Forderungen beschränkt haben, für deren Durchsetzung letztlich und relativ hilflos meist staatliche Regulationsinstanzen angerufen werden. Die konkrete Aneignung von Wohnraum, Waren, Bewegungsfreiheit, Kultur etc. war der unmittelbare Ausdruck und gleichzeitig eine sinnlich fassbare Verdeutlichung von Forderungen wie etwa der nach Null-Tarifen in öffentlichen Einrichtungen oder nach einem Existenzgeld/garantiertem Einkommen. Aneignungspraxen waren die ganz konkret-praktische Umsetzung dieser Forderungen von unten, im Hier und Jetzt.

Der wesentliche Unterschied dieser Kämpfe zu den Umsonst-Kampagnen liegt deshalb nicht in der Aneignungspraxis, sondern in ihrer alltagspolitischen Einbettung bzw. Isolation. Die momentanen Kampagnen kranken vor allem daran, dass sie sich gewissermaßen im luftleeren politischen Raum bewegen. Sie sind eben nicht aktions- und kampagnenmäßiger Ausdruck einer Politik, die kontinuierlich und organisiert die Fragen, Probleme und Bewältigungsstrategien der alltäglichen sozialen Reproduktion zum politischen Thema macht. (4) Das ist eine fundamentale Schwäche linksradikaler Politik, die allerdings nicht allein und vielleicht noch nicht einmal in erster Linie den Umsonst-Kampagnen zum Vorwurf gemacht werden kann.

Richtig ist aber: In dem Maße, wie linke Aneignungspraxen sich auf die soziale Reproduktion beziehen, laufen sie Gefahr, die Art und Weise, wie der gesellschaftliche Reichtum produziert wird, aus den Augen zu verlieren. Bei der Konzentration auf eine egalitäre Teilhabe droht der Anspruch auf egalitäre Mitgestaltung und Aneignung aller gesellschaftlichen Bereiche einschließlich der Produktion hinten runter zu fallen.

Die Forderung nach Teilhabe und die damit verbundenen Aneignungspraxen von unten formulieren sicherlich eine bedeutsame Kritik an der privaten Verfügungsgewalt über den gesellschaftlich produzierten Reichtum, doch das kapitalistische Aneignungsprinzip geht darüber weit hinaus. Die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet ja gleichzeitig die Enteignung des kollektiven Produktionsprozesses: Die Aneignung der Ware Arbeitskraft, der unbezahlten Mehrarbeit und des Mehrwerts bedeutet für die Kapitalisten auch die Aneignung von Zeit, Kreativität, Kontrolle und Macht sowie die Enteignung von kollektiven Produktions- und Reproduktionsmitteln und von kollektiver Kontrolle über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen. In der Aneignung und Unterwerfung lebendiger Arbeit und damit in der Herrschaft und dem Kommando über die lebendige Arbeit liegt der Kern der kapitalistischen Aneignung.

Die enteignete Welt wiederaneignen

Man würde deshalb die Marxsche Forderung von der „Expropriation der Expropriateure" fatal missverstehen, würde man sie lediglich auf die kollektive Aneignung/Enteignung privatisierter Güter, also auf die Kollektivierung des Privateigentums reduzieren. Die (Wieder-)Aneignung von unten sollte vielmehr darauf zielen, sich kollektiv wie individuell die kapitalistisch enteignete Welt wieder zu eigen zu machen, sich also die Kontrolle über Tätigkeiten, Zeit und Bedürfnisse wieder anzueignen. Eine solche Aneignungsperspektive geht weit über die Verteilungs- und Eigentumsfrage hinaus und diskutiert die sozialen und kulturellen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse insgesamt.

Manche AktivistInnen waren und sind sich des Problems durchaus bewusst, das in einer Fixierung auf die "Reproduktionssphäre" liegt. Gerade weil die gängigen Aneignungspraxen und die mit ihr verbundenen Forderungen wie die nach einem Existenzgeld die offene Flanke hatten und haben, sich auf die Frage der Reproduktion und der reinen Existenzabsicherung zu beschränken, hat etwa die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) ergänzend von einer „Aneignung der Arbeit" gesprochen – um deutlich zu machen, dass eine

gesamtgesellschaftliche und umfassende Aneignungsperspektive die Frage der Reichtumsproduktion mit diskutieren muss. (5) Auch die beliebte linksradikale Parole „Wir wollen nicht nur ein Stück vom Kuchen, sondern die ganze verdammte Bäckerei" zielt in die gleiche Richtung.

Dabei kann „Aneignung der Arbeit" nicht heißen, die bestehenden Produktionsprozesse und Produktionsorganisationen einfach zu kollektivieren, in ArbeiterInnen- oder sonstige Hände zu legen. Wenn man eines vom Operaismus lernen kann, dann dies: dass die Formen von Macht, Herrschaft und Kommando bis in die letzten scheinbar neutralen Elemente der technologischen und arbeitsorganisatorischen Strukturen der kapitalistischen Produktion eingeschrieben sind – vom Fließband und der Stechuhr bis zur Vertrauensarbeitszeit und der Gruppenarbeit. Diese Bäckerei mit ihrer Effizienzlogik und ihren vielfältigen Macht- und Herrschaftsmechanismen kann nicht einfach „übernommen" werden. „Aneignung der Arbeit" heißt deshalb, umfassende Fragen neu zu stellen: Was ist gesellschaftlich notwendige Arbeit? Wer soll sie leisten? Wie und zu welchen Bedingungen? Wer bestimmt darüber? Sich die ganze Bäckerei zu nehmen, bedeutet also gleichzeitig, nach neuen Rezepten zu backen.

In welcher Form kann und soll die tägliche kapitalistische Dialektik von An- und Enteignung von Ressourcen, Phantasie, Zeit, Bedürfnissen und Macht gebrochen bzw. umgedreht werden? So gestellt zeigt die Frage sehr deutlich, dass der Begriff Aneignung Dimensionen hat, die weit über die momentane Aneignungsdebatte hinausgehen. Gerade eine solche Debatte halten wir für außerordentlich wichtig – ohne dass wir Aneignung damit zum neuen Zentralbegriff hochjubeln wollen. Es kann dabei keineswegs nur um die Frage gehen, wie und in welcher Form gesellschaftliche Produktion und Reproduktion (wieder-)angeeignet werden können. Angesichts der unzähligen sozialen Zerklüftungen und Hierarchien wäre die Aneignungsdiskussion auch eine um individuelle Emanzipation und Selbstermächtigung: Wer eignet sich was an? Wer ist in der Lage, sich was anzueignen? So unselig der neumodische Begriff vom „empowerment" in allen Varianten des Modernisierungsdiskurses daher kommt: Die Frage der Aneignung ist auch eine – sehr individuelle – Machtfrage.

Aneignung ist Aneignung gleicher Rechte

Dazu ein Beispiel aus einem Bereich, der der radikalen Linken nicht so nah sein dürfte. Unter dem Stichwort „Partizipation" wird in der emanzipatorischen Kinder- und Jugendhilfedebatte seit langem um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben gestritten. Es geht dabei um ganz reale Mitgestaltungs- und (Mit-)Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei Finanzplänen, Personalentscheidungen etc. also um die Aneignung der Ressourcen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe durch ihre AdressatInnen selbst. Dieses Beispiel ließe sich beliebig erweitern – auf PatientInnen, Psychatrisierte, ältere Menschen, Pflegebedürftige, DrogenkonsumentInnen usw.

Aneignung als Frage von Entscheidungs- und Mitgestaltungsmacht über die Welt und das eigene Leben hat eine Vielzahl von Aspekten und bezieht sich vor allem auch auf all diejenigen, die nach den heutigen Verwertungsmaßstäben entweder „unmündig", „leistungsgemindert" oder gar „leistungsunwillig" sind. Zugang und Kontrolle zu gesellschaftlichen Ressourcen werden nicht nur über Geld und die verfügbare Kaufkraft, sondern auch über rechtliche Restriktionen reguliert. Das Staatsbürgerschaftsrecht ist dafür nur ein, wenn auch sehr markantes Beispiel. Der Egalitätsanspruch des „Alles für alle" beinhaltet also auch und vielleicht sogar vor allem eine Aneignung gleicher Rechte, wie sich z.B. in den Flüchtlings- und MigrantInnenkämpfen gegen Lagerunterbringung, gegen die Residenzpflicht und für den freien Zugang zu den nationalen und internationalen Arbeitsmärkten stets auf, Neue zeigt.

Der Aneignungsbegriff ist also alles andere als unsinnig oder anti-emanzipatorisch. Das einzige, was man der aktuellen Aneignungsdebatte vorwerfen könnte, ist, dass sie die ganze Tragweite von Aneignung/Enteignung im Kapitalverhältnis (noch) gar nicht erfasst hat. Sie ist also bei weitem nicht radikal genug. Aber wer ist das schon, zur Zeit?

Gruppe Blauer Montag *ist ein Zusammenhang von Männern und Frauen aus Hamburg, der seit 1993 unter diesem Namen firmiert und aus den Jobber- und Erwerbslosenläden der 1980er Jahre hervorgegangen ist. Die Vielschichtigkeit und Ambivalenz von prekärem Leben und Arbeiten ist der rote Faden in den Diskussionen des Blauen Montag.*

Anmerkungen:

1) Bei den Rodney-King-Riots 1992 in Los Angeles bestand eine Strategie der Polizei darin, die Plünderungen auf die Schwarzen- und Latino-Viertel der Stadt zu begrenzen. Faktisch hatte sich damals die Armutsbevölkerung von L.A. teilweise gegenseitig beklaut – nicht ohne rassistische Komponenten, etwa in Form von Angriffen auf koreanische Lebensmittelläden. Das krasseste Beispiel einer reaktionären Aneignungspraxis wären etwa Plünderungen und Raubzüge, die sich im Zusammenhang mit Pogromen abspielen.

2) Ein ebenso aktuelles wie interessantes Beispiel für Aneignung lieferten vor kurzem die ArbeiterInnen der französischen Elektrizitätswerke. In ihrem Streik gegen Privatisierung hatten sie gleichzeitig massenhaft den Strom für Armutshaushalte frei geschaltet, die ihre Stromrechnungen nicht bezahlen konnten und denen deswegen z.T. seit langem der Strom abgeschaltet war.

3) Fahrpreiserhöhungen bei den städtischen Verkehrsbetrieben in Hannover hatten 1969 zu heftigen Protesten geführt, die quer durch alle Schichten und Klassen getragen wurden. Neben Straßen- und Gleisbesetzungen bei Straßenbahnen wurden selbst organisierte Fahrdienste ins Leben gerufen: Mit einem roten Punkt machten AutofahrerInnen deutlich, dass sie aus Protest gegen die Preise im ÖPNV kostenlos Leute mitnehmen würden. Diese Aktionsform weitete sich anschließend auf andere Städte aus.

4) Damit laufen sie auch Gefahr, die bedenkliche, hierarchische Seite des Robin-Hood-Mythos zu festigen, nämlich die Idee des Helden/Supermanns/Genies, der für andere handelt und ohne den Befreiung nicht geht.

5) Vgl. Michael Bättig: „Existenzgeld für Alle! Zur Entwicklung der Existenzgeldforderung in Deutschland", in: *ak*, Nr. 411, 12.2.1998

anerkennung

als ausgangspunkt für den kampf um gleichheit – um zugang zu politischen rechten, ökonomischen ressourcen, um selbstbestimmte körperlichkeit, freie mobilität und um das recht auf nicht-anpassung.

☐ *judith, anna, tina, elisabeth* und *franziska* erinnern sich an frauenbewegte zeiten und ziehen bilanz – auch für neues.

☐ *van der locht* erzählt von der krüppelbewegung, ihren provokationen und institutionalisierungen.

☐ *kolb* fragt nach den lehren aus der us-bürgerrechtsbewegung und nach den erfolgschancen sozialer bewegungen.

Frauen im Aufbruch

Subjektive Perspektiven auf eine Bewegungsgeschichte

Die Geschlechterverhältnisse sind in politischen Gruppen ein Thema – zumindest gelegentlich. Frauenhäuser sind anerkannt – und ständig gefährdet. Frauenquoten sind üblich – und nie erreicht. Feministische Theorien sind in Unis und Bibliotheken zu finden – und immer noch randständig. Lesbisch zu leben ist sichtbarer geworden – doch eher geduldet. 30 Jahre Frauenbewegung haben die Gesellschaft und die Frauen verändert. Fünf Frauen unterschiedlichen Alters erinnern sich an ihre Suchbewegungen im Politischen wie Privaten, an ihre Konflikte und Ambivalenzen, an erreichte und unerreichte Ziele.

„Als würde ich auf einmal kapieren, wie Macht funktioniert“

Die Frauenbewegung – besser gesagt: der Feminismus – das war für mich über nicht wenige Jahre meines Lebens schon eine Art ideeller Heimat. Was heißt, dass mich die Frage, wer „wir“ Frauen/Feministinnen/linke Feministinnen eigentlich sind, was es heißt, als solche Politik zu machen und was es heißt, als solche in dieser Gesellschaft und mit anderen Menschen, Frauen und Männern, zusammen zu leben, sehr beschäftigt hat. Diese Frage überhaupt so zu stellen, das war eine Zeitlang fast täglich eine Entdeckungsreise: Einmal sensibilisiert, war es frappierend, überall im Alltag damit konfrontiert zu sein, wie männerzentriert, geschlechterfixiert diese Gesellschaft organisiert ist. „Frauenräume“ – das war nicht nur eine abstrakte Forderung, das war ein Lebensentwurf, in dem es darum ging, einander mehr Respekt entgegen zu bringen und solidarischer miteinander zu sein, als wir es in der „Normalgesellschaft“, aber auch innerhalb der linken Szene erlebten.

Und das hat zum Teil sogar funktioniert, in dieser Zeit, Anfang der 1990er Jahre. Es war eine wichtige Erfahrung, mit vielen Frauen unterwegs zu sein, die dem herrschenden Frauenbild nicht entsprechen wollten. Wobei das natürlich immer ambivalent war, gerade unter Hetero-Frauen. Ich erinnere mich an eine Kneipendiskussion, wo es darum ging, einmal, eine Nacht lang, „den Mann“ zum – sexuellen – Objekt zu machen. Ob das eine wichtige Erfahrung sein könnte – und wie das eigentlich geht. Ob wir es überhaupt wollen.

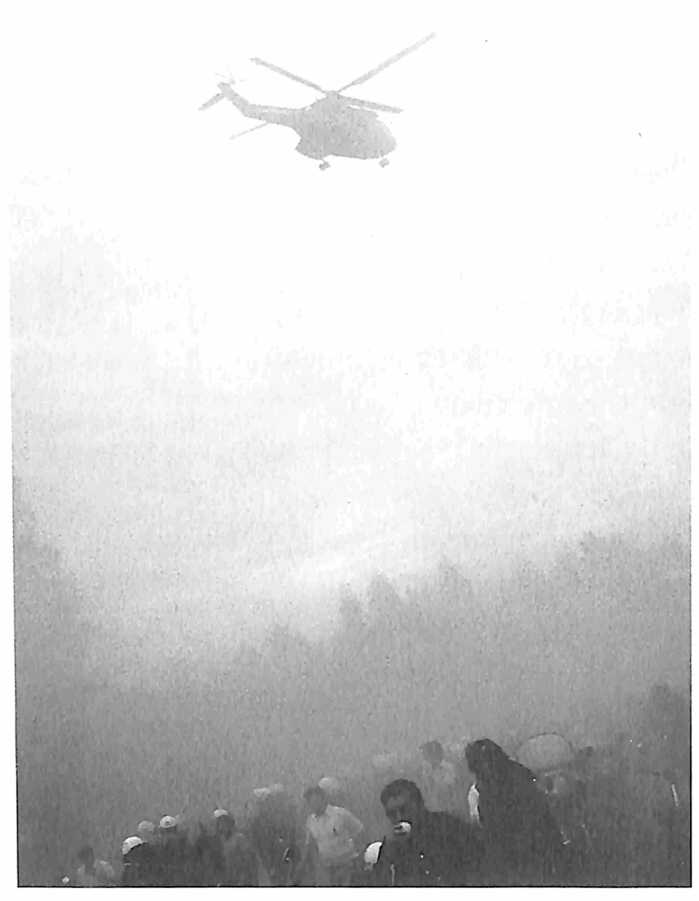
Auch politisch war es in der Zeit so, dass es die Frauen waren, die sich eine zentrale Frage am konsequentesten gestellt haben, nämlich die Frage nach der eigenen Verstrickung in Macht-/Herrschaftsverhältnisse. Die die Auseinandersetzung um Rassismus beispielsweise nicht nur als abstrakte Analyse allgemeiner Herrschaftsverhältnisse verstanden, sondern als Aufforderung, die eigene Lebens- und Denkweise zu verändern. Ich weiß noch, wie ich eines Tages in der S-Bahn saß und über den Text einer schwarzen Feministin nachdachte, den ich gerade gelesen hatte, und auf einmal bemerkte, wie sich mein Weltbild verschiebt, wie die Dinge in einem ganz anderen Licht erscheinen. Als würde ich auf einmal kapieren, wie Macht funktioniert – auf der Ebene, wo sie nicht in Form von Gefängnissen, Gesetzen, Schlagstöcken oder Fabrikausbeutung sicht- und angreifbar ist, sondern im ganz normalen Alltag; in den Gefühlen, Wahrnehmungen, Wünschen und Träumen. Was das angeht, habe ich vom Feminismus mehr gelernt, als in Kindergarten, Schule und Konfirmationsunterricht zusammen.

Aber irgendwann kippte es um. Aus der richtigen Erkenntnis, dass Macht angreifen bedeutet, auch die eigene Verstrickung in Macht zu hinterfragen, wurde etwas, das die Kreativität und Produktivität des autonomen linken Feminismus schließlich – neben dem allgemeinen Niedergang der Linken – absterben ließ: die Debatte um sexuelle Gewalt in der Linken und- so hieß das damals – „Täterschutz“. Der richtige Ansatz, über Gewalt und Macht auch in der eigenen Subkultur zu sprechen, diesbezügliche Tabus brechen und darauf aufmerksam machen zu wollen, wie verbreitet und „normal“ sexuelle Gewalt in einer patriarchalen Gesellschaft ist etc. – all dies ist da in ein Moralregime umgeschlagen, das intellektuell sehr eng und politisch sehr rigide war. Plötzlich schien das die alles entscheidende Frage zu sein: Wer ist Sexist? Wer hat mit Sexisten zu tun? Wer kennt eine/n, der/die mit Sexisten zu tun hat – und wer sorgt dafür, dass alle diese Leute szeneöffentlich gemacht werden? Der Spaß am Linke-Feministin-sein ging – mir jedenfalls – dabei irgendwann flöten.

Der Spaß am Nachdenken aber nicht. Auch wenn heute viel über die feministische Wende zur „Dekonstruktion“ in den 1990ern geklagt wird – wegen zu viel Konzentration aufs geschriebene Wort und zu wenig aufs „wirkliche Leben“: Ich bin einfach sicher, dass eine politische Bewegung ohne Theorie nicht auskommt. Dass die feministische Theorie lange Zeit, was die Radikalität im Denken angeht, richtungsweisend war finde ich klar; aber auch, dass man den feministischen Theoretikerinnen nicht vorwerfen kann, dass sie nicht gleichzeitig auch „die Bewegung“ gemacht haben. Ich glaube, es ist eher umgekehrt: dass „die Linke“ und eben immer auch Teile der Frauenbewegung über







lange Zeit so theoriefeindlich waren, hat auch zu ihrer Schwäche in den 1990ern beigetragen.

Irgendwo da hat der Feminismus sein Projekt verloren. Was nichts damit zu tun hat, dass sich die Geschlechter-Machtverhältnisse tatsächlich geändert hätten. Und deshalb ist dieses Projekt meiner Meinung nach immer noch aktuell, wobei mir inzwischen nicht mehr wichtig wäre, es „feministisch" zu nennen. Aber solange die Menschen, die man „Frauen" nennt, weltweit immer noch weniger Rechte, Einkommen, Macht haben und weniger Respekt genießen als die Menschen, die man „Männer" nennt – und wenn wir wirklich kapiert haben, dass wir nicht „Frauen" und „Männer" (und letztlich auch nicht lesbisch, hetero, homo, queer oder sonst was) sind – dann wüsste ich eigentlich nicht, was an der alten Frauendemo-Parole „Feuer und Flamme fürs Patriarchat" falsch sein sollte.

***Tina**, Jahrgang 1966, war 1988 auf der Demo für die Freilassung von Ingrid Strobl in Essen begeistert von der Idee, dass Frauen weltweit den ganzen Scheiß nicht mehr mitmachen.*

„Es ging erst mal um die eigene Befreiung"

Kinder, Kirche, Mann – das war der Grund für eine Frau auf der Welt zu sein und so bin ich aufgewachsen: konservativ und christlich. Ich war sehr mit den Schuldgefühlen der Erbsünde beschäftigt, dass Eva Adam mit dem Apfel verführt hat – die Schuld der Frau. Da gab es kein Drumrum und eine sexuelle Aufklärung gab es auch nicht, nur die Geschichte mit der unbefleckten Empfängnis.

Mit der Frauenbewegung bin ich zwischen 1975 und 1980 in Berührung gekommen. Damals dachte ich noch: „Wenn die erst mal den Richtigen gefunden haben, dann hört das Geschrei auch wieder auf". Der ganz offensichtliche Sexismus fiel mir damals gar nicht auf – z.B. dass Ehefrauen bis 1976 ohne die Erlaubnis ihres Mannes kein Konto eröffnen oder einer Arbeit nachgehen durften.

Aber das Lesbischsein spielte und spielt in meinem Leben eine zentrale und sehr schwierige Rolle. Als ich so 20 oder 30 war, waren lediglich die Schwulenwitze und sonst nichts über Homosexualität bekannt – da war die Heterosexualität ein langer und selbstzerstörerischer Umweg für mich. So muss ich letztendlich sagen, dass ich der Frauenbewegung meine Existenz verdanke – anerkannt leben ohne Mann und ohne Kinder und als Lesbe. Sonst hätte ich ewig geglaubt, mich umbringen zu müssen. Es ging mir um das Recht auf eine eigenständige Lebensform, was ja wahrlich nicht nur Lesben betrifft.

Zwischen '85 und '90 bin ich dann endgültig in die Frauenbewegung gegangen. Ich machte bei den Ausläufern einer Selbsthilfegruppe mit, die sich mit sexueller Gewalt auseinander gesetzt hat. Das war heftig. Ich musste erst einmal lernen zu sprechen.

Diese Gruppen waren sehr wichtig für die Frauenbewegung, aber die einzelnen waren damit dann auch schnell überfordert. Inzwischen gibt es sehr viel feministische Heilangebote und Therapien, die gab es damals ja noch nicht, das war absolut männerdominiert.

Ich war aber auch in vielen Gruppen, die öffentlich Politik gemacht haben. Wichtige Themen zu der Zeit waren immer noch der Paragraph 218, die Kritik an



Gentechnologie und die damit zusammenhängende Repression und natürlich der Dauerbrenner Gewalt gegen Frauen. Dabei ging es auch immer um radikale Gesellschaftskritik und Veränderung des Systems. Aber die Frauen in der Frauenbewegung hatten zu viel zu bewältigen, um die Forderungen, die sie an Systemveränderung hatten auch weiter zu verfolgen. Die Hoffnung war, dass ein verändertes Bewusstsein auch die Gesellschaft verändert – aber das hat sich nicht erfüllt.

Systemveränderung wäre natürlich auch Anliegen einer gemischten Bewegung gewesen, aber die Separierung hat angefangen, weil die Frauen vorher eben in gemischten Gruppen gearbeitet haben. Es war notwendig sich abzuspalten, weil es für die eigene Entwicklung wichtig war, sich nicht immer auf Männer zu beziehen, den Sexismus und sexuelle Anmache nicht ertragen zu müssen, dieses lächerlich machen über Sexualität.

Wir mussten erst mal diese ganze Komplexität aufarbeiten und verstehen, was wir wollen und wo wir auch selbst patriarchal sind. Dann gleichzeitig auch noch ein Kooperationsmodell wegen der Systemveränderung mit den Männern entwerfen – das war einfach zu viel und an den Orten hier auch nicht gewünscht. Es ging erst mal um die eigene Befreiung. Die Slogans, die dann irgendwann mal nach außen kamen, das war jahrelange Bewusstseinsarbeit.

Aber die Ansprüche an diese von Frauen für Frauen geschaffenen Räume waren überdimensional. Aus der Patriarchatskritik folgte, dass diese Orte besser sein müssten als das da draußen und das hieß: ein sehr hoher moralischer Anspruch und sehr viel Selbstkritik.

Dennoch waren diese Räume sehr wichtig – und sind es auch heute noch. Mit so einem Hintergrund können Frauen auch wieder in gemischte Zusammenhänge gehen. Für den Erhalt dieser parteiischen Räume muss natürlich immer wieder gekämpft werden, z.B. für die Frauenhäuser. Diese Räume sind eine der wesentlichen Errungenschaften der Frauenbewegung. Aber es gibt auch materielle und gesetzliche Erfolge. Vor allem gab es eine ganz wichtige Kulturarbeit.

Einige der Errungenschaften gehen aber auch nach hinten los. So wird beispielsweise die Möglichkeit, Männern polizeilich den Zugang zu ihren Wohnungen zu verbieten, wenn sie ihre Frauen misshandeln nun dazu verwendet, den Frauenhäusern das Geld zu kürzen. Das ist ein Bumerang geworden.

Trotz der Überforderung mit ihren eigenen Ansprüchen und der Anfeindungen von Außen, wünsche ich mir heute für eine Frauenbewegung, dass sie sich noch einmal intensiver mit einem alternativen Gesellschaftsentwurf beschäftigt. Das, was es dazu gibt – der Ansatz der Subsistenzwirtschaft beispielsweise – ist nicht ausreichend.

***Franziska** ist 61 Jahre alt und wohnt in einem Dorf nahe einer westdeutschen Großstadt. Sie ist heute wie damals in diversen autonomen Frauenprojekten aktiv.*

„Ich hab mich nie wirklich als Feministin bezeichnet“

Ich fand die Frauenbewegung immer ein bisschen unpolitisch. Dass Zusammenhänge hergestellt wurden zu Imperialismus beispielsweise, das war insgesamt eher selten. Dennoch war das erstmal natürlich ein richtiger Impuls mit der autonomen Frauenbewegung. Aber ich hatte immer ein ambivalentes Verhältnis dazu. Hab mich mit Frauen wohler gefühlt, das ja. Wir hatten allerdings auch in bundesweiten gemischten Zusammenhängen kein Problem. Da haben wir uns schon durchgesetzt. Was allerdings dazu führte, dass man selbst ein bisschen so wurde, wie die Männer. Mit den Frauenbewegungsfrauen haben wir uns ziemlich gefetzt, in den 1970ern und Anfang der 1980er. Allerdings war das zu der Zeit auch ganz normal, dass sich Gruppen zerstritten haben.

Ein Problem aus meiner Sicht ist, dass die Frauenbewegung sich lange von den anderen Bewegungen abgegrenzt hat. Und zwar so abgegrenzt, dass selbst 1977, als wir alle davon überzeugt waren: „Mord in Stammheim“ – da wurden aus den Plakaten die Männer rausgerissen. Die Frauen wurden gelassen. Umgekehrt habe ich schon in den 70er Jahren Diskussionen geführt um die Frage: Was hab ich eigentlich mit Gabi Henkel (populäre Industriellenfrau, die Red.) zu tun? Bloß weil das eine Frau ist? Soll ich mich der verbunden fühlen? Innerhalb der Frauenbewegungs-Frauen konntest du so was aber kaum äußern.

Trotzdem empfand ich das immer als Stärke, unter Frauen zu sein. Das war die Zeit, wo viele dann aus Überzeugung Lesben wurden. Manche haben sich die Doppelaxt um den Hals gehängt, aber waren im Grunde gar keine Lesben. Nach fünfzehn Jahren oder so haben sie's dann gemerkt. Fast alle hatten aber irgendwann Frauenbeziehungen, wenigstens für eine Weile. Ich auch – und ich bin dabei geblieben.

Ich hab mich nie wirklich als „Feministin“ bezeichnet. Obwohl ich so viel mit Frauen gemacht habe und Frauenbeziehungen hatte. Der Frauenbewegung gegenüber blieb ich skeptisch. Mit der Lesbenbewegung konnte ich auch nie viel anfangen. Die fand ich meist ein bisschen eingeschränkt in ihrem politischen Weitblick. Und wie die Männer ausgeschlossen haben, das fand ich unerträglich. Ich hatte auch mal eine kurze Phase wo ich dachte, alle Männer sind meine Feinde. Das Problem dabei ist: Wenn du das so denkst, dann setzt du dich selbst automatisch als Opfer.

Natürlich war das ambivalent. Als wir mal bei einem Wochenende Ende der 1980er Jahre das Thema „Männer und Frauen“ diskutiert haben, gab es zwei Aspekte, die mir aufgefallen sind. Erstens: wie viele Frauen Missbrauchserfahrungen hatten. Das war mir vorher nicht klar gewesen. Hast du nicht gemerkt, hast du nicht beachtet. Zweitens aber dann die Diskussion, wie man damit umgeht. Aber dann sagte eine: „Ich will die Anerkennung als Opfer“. Das fand ich schwierig. Wenn du einforderst, als Opfer anerkannt zu werden, wirst du irgendwann auch als Opfer behandelt. Ich fand es immer wichtiger, Stärke zu entwickeln.

Das war zum Beispiel bei Frauen in gewerkschaftlichen Zusammenhängen anders. Die haben um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und um ökonomische Unabhängigkeit gekämpft. Wir haben das immer sehr gering geschätzt. Weil die meisten von uns von Sozi gelebt haben, geklaut haben und das für die nicht wichtig war. Wir haben das nicht ernst genommen, weil diese Frauen dann gleichzeitig mit fünf Kindern im Reihenhaus saßen und ihr Lebensstil mit uns überhaupt nichts zu tun hatte. Wenn Gewerkschaftsfrauen irgendwelche Demos machten, haben wir uns nicht beteiligt. Die Arbeitswelt war sehr weit weg für uns. Das war auch mit einem bestimmten Politikverständnis verbunden. Wir wollten ja die Welt auf den Kopf stellen und die Revolution – gewerkschaftliche Kämpfe hatten damit aus unserer Sicht nichts zu tun.

Ob ich die jungen Frauen heute emanzipierter finde? Nee. Die können sich mehr leisten, als ich das konnte, die sind freier auf der Straße, können rauchen, können anziehen, was sie wollen, hingehen, wohin sie wollen. Aber ihre Lebensziele sind auch nicht unabhängiger. Es stimmt, heute sagt manche junge Frau, das ist Kulturstandard für mich: dass ich tun und lassen kann was ich will. Aber diese wahnsinnig selbstbewussten Frauen sind oft privilegierte Frauen, oder Töchter von 1968er-Eltern. Dieses Selbstbewusstsein von den jungen Frauen heute, das ist nicht nur ein Ergebnis der Frauenbewegung, sondern vor allem ein Ergebnis von '68 als einer politischen Bewegung, die das gesamte gesellschaftliche Klima liberalisiert hat – eine Liberalisierung, die der Kapitalismus ja auch brauchte, um so funktionieren zu können, wie er heute funktioniert.

Früher fühlten wir uns in unserer Würde beeinträchtigt, wenn wir als Frau vermarktet wurden. Viele junge Frauen heute stört das gar nicht mehr. Das ist zwar einerseits eine Stärke, dafür haben sie aber auch zu anderen Sachen keinen Widerspruch mehr. Ich glaube, dass die, diese Kämpfe durchgefochten haben, viel für sich gewonnen haben. Das ist doch ein Unterschied, ob du dir was erkämpfen musst, oder ob du einfach selbstverständlich darüber verfügst. Wenn du nicht kämpfen musst, fällst du auch immer wieder zurück.

***Anna**, 59 Jahre alt, jahrzehntelang in autonomen/antiimperialistischen Zusammenhängen einer westdeutschen Großstadt aktiv.*

„Es war nicht nötig organisiert zu sein, um diesen Aufbruch mitzubekommen.“

Feministische Bewegung“, das sind für mich erst einmal die großen Demos zum § 218 und „Selbstbezichtigungsanzeigen“ von Frauen, die abgetrieben haben. Ich bin in einer sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierten Arbeiterfamilie groß geworden. Dass es außerhalb von Arbeit und Produktion politisierbare Gebiete gibt, das war für mich ungeheuer aufregend. Es war nicht eine politischen Analyse, sondern die schlichte Tatsache, dass alte und junge Frauen, berühmte und weniger berühmte, gesellschaftlich sichtbar wurden und sich gemeinsam gegen staatliche Regeln in Sachen Kinderkriegen zur Wehr setzten. Dass damit auch die Politisierung der Geschlechterverhältnisse gemeint war, habe ich erst durch die Debatten, die sich rund um die Themen der Berliner Sommeruniversitäten 1976 und 77 bildeten, erahnt. Der Aufsatz von Gisela Bock und Barbara Duden „Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit“, der die Herausbildung der bürgerlichen Arbeitsteilung zum Thema hatte, ging durch viele Frauenhände. Die Debatte um die unsichtbare und unbezahlte Reproduktionsarbeit von Frauen, wurde an WG-Tischen, in Unis und den vielen Frauengruppen, die es damals gab, diskutiert. Auch innerhalb der Gewerkschaften entstanden Frauengruppen. Das war so eine Atmosphäre, dass es ständig etwas zu erkennen gab, dass die Geschichte aus Frauensicht neu erzählt werden kann,

dass der Alltag und die Geschlechterbeziehung, der Körper politisch sind. Das habe ich eher als interessierte Zeitgenossin erlebt. Es war auch nicht wirklich nötig organisiert zu sein, um diesen Aufbruch mitzubekommen. Das lag förmlich auf der Straße, war in feministischen Kongressen und Zeitungen, in Büchern und Gesprächen präsent.

Nach meiner Erinnerung suchte „die" Frauenbewegung Anfang der 1980er Jahren nach neuen Ansatzpunkten, die Anti-Atom-Bewegung strauchelte, gleichzeitig wurden über die wirklich großen Gesundheitstage die Geschichte und Gegenwart der Medizin, die Psychiatrie u.a.m. problematisiert. Manchmal bedarf es da nur eines minimalen Anstoßes, persönlich wie bewegungsbezogen, um neue Richtungen einzuschlagen. Das war für mich die Veranstaltungsreihe „Sprengen wir das Programm" im Umfeld der Zeitschrift „Autonomie" über polizeiliche Überwachung, Konditionierung in Knästen und mittels Gentechnologie. Kurz danach explodierte die Debatte von Frauen und Frauengruppen um Reproduktions- und Gentechnologie. Die politischen Debatten zu den Naturwissenschaften, zur Rolle der Frauen dort, zum Rationalitätsbegriff, die Kritik an Bevölkerungspolitik, all das hat heute noch Bestand und knüpfte an die Problematisierungen der 1970er Jahre an. Der Frauenkongress zu Gen- und Fortpflanzungsmedizin 1985 mit mehr als 2.000 Frauen war in dieser Hinsicht ein Aufbruch. Es gab einerseits sofort internationale Organisierungen, andererseits war die Debatte um eugenische Bevölkerungspolitik um nationalsozialistische Kontinuitäten zentriert. Das hatte u.a. mit den Anschlüssen hin zur Behindertenbewegung zu tun. Aber auch mit den Nachwirkungen der §218-Bewegung, deren Selbstbestimmungsbegriff damals als Abwehr gegen staatliche Übergriffe funktionierte, uns nun aber auf die Füße fiel. Was, wenn Frauen eugenische Angebote wollen? Diese Debatte um die „Bio-Macht" und ihre Subjekte gibt's ja immer noch.

Ein Ereignis hat dann die außerparlamentarische Bewegung um Bio-Macht und auch die Frauen, die mittlerweile in Medien, Politik und Unis Fuß gefasst hatten, mobilisiert. 1987 wurden 33 Wohnungen und Arbeitsplätze in einer konzertierten Aktion durchsucht, zwei Frauen verhaftet und viele §129a-Verfahren eröffnet. Der Vorwurf: Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen und der feministischen Roten Zora. Und es gab die wirklich schöne Staatschutz-Kreation von „anschlagsrelevanten Themen", das waren auf feministischer Seite Gen- und Reprotechnologien, Sextourismus, Arbeitsbedingungen von Frauen im Süden. Das gab, zumindest eine Zeit lang, Aufschwung und ich würde sagen erstmalig seit 1977 funktionierte eine Politik der Kriminalisierung und vor allem Entsolidarisierung von Formen militanter Politik nicht. Es gab öffentlich wenig Hang zur Bekenntnispolitik für oder gegen Aktionsformen und mehr Öffentlichkeit um internationale Arbeitsteilung, Bio-Politik und Kriminalisierung.

Bio-Medizin, Bevölkerungspolitik, mittlerweile auch Gesundheitspolitik, Pflege sind ein Thema geblieben bzw. Ort politischer Aktivität geworden. Dass die langfristig wirkenden Organisationsformen mit explizit feministischen Sichten und Kritiken an politischer Ökonomie, nicht gefunden und radikale Analysen nicht hegemonial geworden sind, ist für mich kein Zeichen gescheiterter Politik.

Die Erkenntnisse von damals sind jedenfalls nicht verschwunden, sondern wirken weiter. Es gibt tolle soziologische, historische Arbeiten und politische Analysen zur Körperpolitik, Wissenschaftskritik und zum Geschlechterverhältnis. Das gäbe es ohne die feministische Bewegung nicht. Der Transfer in die Niederungen der politischen Arbeit und in den Alltag lässt derzeit einiges zu wünschen übrig. Mit Quoten-Forderungen und „Gender-Mainstreaming" oder anderen modernen Plastik-Worten, ist das jedenfalls nicht zu machen. Aber „Bewegungen" kann man nicht machen, die passieren: Spätestens dann können wir uns der vielen Erfahrungen erinnern, das Wissen auspacken und einen neuen Versuch starten.

***Elisabeth** ist 48 Jahre alt, lebt in einer westdeutschen Großstadt und bleibt am Ball.*

Braucht es eine dritte Frauenbewegung?

In Bezug auf feministische Politik ist mir der Bewegungsaspekt am Wichtigsten. Im Moment wird Feminismus von vielen als etwas gesehen, was sich schwerpunktmäßig in Institutionen abspielt. Dabei wird völlig vergessen, dass es den außerinstitutionellen Druck braucht.

Eine Bewegung, die diesen Druck aufbaut, sollte unbedingt aus den Versäumnissen der zweiten Frauenbewegung lernen und z.B. auch den Standpunkt von Migrantinnen einbeziehen. Natürlich stellt sich die Frage, wie eine neue Bewegung zu starten ist – und ob es überhaupt eine dritte Frauenbewegung braucht. Viel eher glaube ich, dass eine „feministische" Bewegung oder „genderbewusste" Bewegung nötig ist, in der sich Menschen auch unabhängig von Geschlechtszugehörigkeit organisieren können. Die Aufgabe dieser Bewegung, die sich auch als ein Teil einer größeren Bewegung verstehen könnte, wäre dafür zu sorgen, dass feministische Aspekte überall in politische Praxis mit einfließen – z.B. überall dort, wo soziale Bewegungen in Erscheinung treten. Ich betone die feministischen Aspekte, weil sie eben noch lange nicht selbstverständlich sind – dafür muss erst wieder oder immer noch der Blick geschärft werden. Ich glaube, dass feministische Positionen immer wieder in den Hintergrund geraten, liegt auch daran, dass sie eine stärkere Selbstreflexion erfordern als andere Themen. Das ist aber gleichzeitig auch ihr emanzipatorisches Potenzial.

Auch „nach queer" ist eine feministische Bewegung unbedingt nötig. Identität in Frage zu stellen ist sehr wichtig. Das heißt aber nicht, dass die Forderung nach Frauenräumen, nach Räumen ohne Männer, überflüssig geworden ist. Das gilt auch, wenn ich sage, ich will eine gemischte Bewegung mit feministischen Inhalten. Es gibt weiterhin die Notwendigkeit der getrennten Organisierung – eben weil es zahlreiche patriarchale Gewalterfahrungen gibt. Das Bedürfnis, sich getrennt zu organisieren sehe ich aber eher bei älteren FrauenLesben – bei den über 30jährigen. Jüngere, die sich bei der Begegnung mit feministischen Politiken zuerst oder ausschließlich mit Dekonstruktion auseinandersetzen, haben manchmal kein Verständnis für getrennte Räume oder andere klassische Forderungen, die ja leider immer noch verdammt notwendig sind. Sie verstehen sich als queer oder als Dekonstruktivistinnen, aber nicht als feministisch. Das kann Positionen sehr schwä-

chen. Queere Politiken sind ein wichtiger Teil von feministischen Politiken, aber eben nur ein Teil.

Ansatzpunkte für eine feministische Bewegung gibt es zahlreiche, überall dort wo sich Praxisfelder sozialer Bewegungen auftun, z.B. im Bereich Anti-Rassismus, Anti-Hartz-Proteste, etc. Auch in der Uni gibt es mit den Genderstudies durchaus kritisches Potenzial, doch dort fehlt oft jeglicher Bewegungscharakter oder Praxisbezug.

Innerhalb von Institutionen werden mit Hilfe von „Gender-Mainstreaming"-Rhetoriken oft Rückschritte eingeläutet. Je nach politischer Gemengelage werden die Stellen von Frauenbeauftragen durch männliche Genderbeauftragte ausgetauscht oder ganz abgeschafft, Frauenquoten zurückgeschraubt oder Frauenetats gekürzt. Deshalb geht es – trotz rechtlicher Gleichstellung – auch weiterhin um klassische Aufklärungsarbeit, um den Kampf um Diskursmacht, zum Beispiel in Bezug auf die Ausbildungsinhalte an Schulen und Unis.

Von institutionell-feministischer Seite herrscht oft völlige Ignoranz gegenüber der Bewegungsperspektive vor. Aber auch andersherum werden die Erfolge in Institutionen von der autonomen, linksradikalen Bewegung oft nicht gewürdigt – oder gar verachtet. Für eine starke Bewegung wäre aber, solange die jeweilige Praxen emanzipatorisch sind, eine gegenseitige Anerkennung wichtig.

Klar können institutionelle Arbeiten alleine nicht systemverändernd sein, aber ohne die zweite Frauenbewegung wäre ich auch nicht die, die ich jetzt bin. Abgesehen von den kulturellen Veränderungen waren es auch die institutionellen Errungenschaften, die viel bewirkt haben: Gleichstellungsparagraphen, Änderung des §218, feministische Wissenschaft, Frauenhäuser, Frauennotrufe; Gleichstellungsbeauftragte, die harte Arbeit geleistet haben. Auch wenn es nicht zu den Erfolgen geführt hat, die man sich versprach, aber das ist ja immer so. Vielen jüngeren Frauen ist überhaupt nicht klar, dass diese ganzen Sachen hart erkämpft wurden, dass sie nicht selbstverständlich sind.

***Judith** ist 26, lebt und studiert in Bremen und beteiligte sich an dem Crossovercamp, den feministischen Widerstandstagen u.v.m.*



Wie kommt die Bewegung zum Erfolg?

Oder: Was sich aus der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung lernen lässt

Von Felix Kolb

Kaum eine soziale Bewegung ist weltweit so bekannt geworden wie die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA; kaum eine wird für so erfolgreich gehalten. Felix Kolb zeigt auf, worin ihr „Erfolgsrezept" bestand – und was überhaupt „Erfolg" angesichts einer nach wie vor katastrophalen sozialen Ausgrenzung der überwiegenden Mehrheit der schwarzen Bevölkerung heißt?

Während vielfältiger Widerstand gegen Sklaverei und „Rassen"trennung schon immer ein Teil afroamerikanischer Geschichte waren, entstand eine breite Massenbewegung in den USA erst nach Ende des 2. Weltkrieges. Ihren Zenit erreicht die Bewegung Mitte der 1960er Jahre. Zu Beginn der 1970er hatte sie ihre Mobilisierungsfähigkeit weitgehend verloren. Ihr Wirken hatte einen großen Einfluss auf die Welle der Protestbewegungen – darunter die Studierenden-, Anti-Vietnam-Kriegs- und die Frauenbewegung – die nach 1968 die USA und die gesamte westliche Welt in Aufruhr versetzte.

Revolte im öffentlichen Gedächtnis verankern

Die politische Wirksamkeit sozialer Bewegungen wird in der breiten Öffentlichkeit in der Regel unterschätzt. Das liegt daran, dass die Ziele erfolgreicher Bewegungen regelmäßig von den politischen Eliten zumindest teilweise übernommen oder auch ganz vereinnahmt werden. Regierungen, Parteien und Politiker/innen haben in der Regel natürlich kein Interesse daran, populäre Errungenschaften als Verdienst von Revolte und Protest im öffentlichen Gedächtnis zu verankern.

Das Potenzial von Protestbewegungen lässt sich an der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung besonders gut belegen. Es ist allgemein akzeptiert, dass die primäre Ursache der Bürgerrechtsgesetzgebung der 1960er Jahre und überhaupt der Transformation der „Rassen"beziehungen in den USA die mittelbare und unmittelbare Folge von Jahrzehnten des afroamerikanischen Widerstandes war.

Vor dem Jahr 1954 war das gesamte Bildungssystem der Südstaaten ohne jede Ausnahme strikt segregiert. AfroamerikanerInnen mussten – falls sie überhaupt die Möglichkeit dazu hatten – Schulen und Universitäten besuchen, die denen für Weiße in Qualität und Ausstattung weit unterlegen waren. Im Jahr 1954 hatten nur 0,01% aller afroamerikanischen Schulkinder weiße Klassenkameraden. Dagegen waren es 1970 immerhin bereits 85,9%.

In den 1950er Jahren waren in den Südstaaten das gesamte öffentliche Leben nach „Rassen" getrennt. Egal, ob es sich dabei um Busse, Restaurants, Hotels, Toiletten, Wartehallen handelte, die Regeln der „Rassen"trennung waren in jeder dieser Einrichtungen präsent und wurden im Zweifelsfall auch gewalttätig durchgesetzt. Als Folge des „Civil Rights Act of 1964" gehörte diese sichtbarste Form des Rassismus bereits seit den späten 1960er Jahren der Geschichte an.

Im Jahr 1952 waren nur ca. 1.000.000 der in den Südstaaten der USA lebenden AfroamerikanerInnen in die Wählerregister eingetragen, was einem Anteil von ca. 20% an der wahlberechtigten schwarzen Bevölkerung entsprach. Bis zum Jahr 1970 ist die Zahl auf gut 3.500.000 (rund 67%) gestiegen. Damit waren in diesem Jahr 66,9 % der wahlberechtigten schwarzen Südstaaten-BewohnerInnen ins Wählerregister eingetragen.

Ein kurzer Blick auf die Sozialstruktur der heutigen USA zeigt jedoch schnell, dass AfroamerikanerInnen auch heute noch in jeder nur denkbaren Hinsicht schlechter gestellt sind als AmerikanerInnen anderen Ursprungs. Erschreckend belegt dies der im Januar 2004 erschienene Datenreport „The State of the Dream 2004". Mit seinem Titel spielt der Bericht auf die berühmte „I-have-a-Dream"-Rede von Dr. Martin Luther King im Jahr 1963 an. Zu den wichtigsten Ergebnissen des Reports gehören erstens die Tatsache, dass die Armutsrate unter AfroamerikanerInnen im Jahr 2002 dreimal größer als die unter Weißen war. Ausgehend von der geringen Geschwindigkeit, mit der die sozioökonomische Ungleichheit zwischen weiß und schwarz seit 1968 abnimmt, würde es noch bis zum Jahr 2152 dauern bis die Ungleichheit vollständig behoben wäre. Zweitens stellt der Report fest, dass das Risiko afroamerikanischer Kleinkinder, vor dem Erreichen ihres zweiten Lebensjahres zu sterben, mehr als zweieinhalb Mal so hoch ist wie jenes weißer Kleinkinder. Damit ist die Differenz in der

Lebenserwartung von Kleinkindern heute größer als 1970.

Erfolge, gemessen an dem, was möglich ist

Hat die Bürgerrechtsbewegung also in Wirklichkeit versagt? Wenn der geeignete Maßstab für die Beurteilung des Erfolges einer Protestbewegung der Vergleich der gesellschaftlichen Realität mit dem politisch Richtigen wäre, dann müsste die Frage auf jeden Fall bejaht werden. Aber ich halte diesen Beurteilungsmaßstab für politisch fatal. Aus dieser Perspektive endet jede Protestbewegung, die diesen Namen verdient, mit einem Fiasko. Stattdessen plädiere ich dafür, die Erfolge an dem zu messen, was möglich war. Um in diesem Sinne den Erfolg einer Bewegung zu beurteilen, müssen wir uns fragen, wie die Situation von AfroamerikanerInnen ohne die Geschichte einer schwarzen Bürgerrechtsbewegung aussehen würde. Vieles spricht dafür, dass ihre Situation um ein vieles schlimmer und unerträglicher wäre.

Einzugestehen, dass die Erfolge sozialer Bewegungen an dem gemessen werden müssen, was möglich war, heißt auch anzuerkennen, dass ihre Erfolge von Faktoren mitbestimmt werden, die außerhalb ihrer Reichweite liegen. So zeigt gerade die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung deutlich, dass externe Faktoren einer Bewegung ihr sowohl sehr helfen wie auch extrem schaden können. Unter den AnhängerInnen von Bewegungen ruft diese These unterschiedliche Reaktionen hervor. Die einen begrüßen sie, weil sie die Träger des Protestes davon befreit, für mögliche Niederlagen allein verantwortlich zu sein. Anderen dagegen wird sie bitter aufstoßen, weil sie die Illusion zerstört, Geschichte im Alleingang bestimmen zu können.

Bei der Erklärung des Erfolgs der Bürgerrechtsbewegung wurde lange Zeit ein sehr wichtiger externer Faktor vergessen – der Kalte Krieg. Beginnend mit ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg definierten sich die USA als Verteidigerin von Demokratie und Menschenrechten. Mit dem Einsetzen des Kalten Krieges begann die UdSSR den in der amerikanischen Gesellschaft tief verwurzelten Rassismus als Propaganda-Waffe einzusetzen, um Einfluss auf die neu entstehenden Staaten in Asien und Afrika zu gewinnen. Die daraus resultierende internationale Öffentlichkeit und ihr Interesse an den „Rassen"beziehungen in den USA begrenzte die repressiven Möglichkeiten der Bundesregierung. Zudem machte sie das State Department bereits Ende der 1940er Jahre zu einem der entschiedensten Fürsprechern einer effektiven Bekämpfung der „Rassen"diskriminierung.



Nach großen politischen Erfolgen in den Jahren 1964 und 1965 begann sich der Fokus der schwarzen Bürgerrechtsbewegung von den Südstaaten in den Norden zu verlagern. Damit veränderten sich

auch ihre Ziele. Während es im Süden zunächst primär um die Erlangung politischer Rechte gegangen war, waren diese im Norden schon lange Realität. Trotzdem war die soziale und ökonomische Situation der großen Mehrheit der AfroamerikanerInnen verheerend. Dass die Bewegung daran nichts ändern konnte, hing zumindest teilweise mit politischen und ökonomischen Faktoren zusammen. Mit der Eskalation des Vietnam-Krieges Mitte der 1960er Jahre zeigte sich bereits zum dritten Mal in der US-Geschichte, dass Krieg das Ende innenpolitischer Reformen bedeuten kann. Einerseits lenkte der immer mehr Menschenleben kostende Feldzug die öffentliche Aufmerksamkeit um. Andererseits verschlang der Krieg Unsummen, die denen auf die Herstellung gleicher ökonomischer Lebensbedingungen ausgerichteten „Great-Society"- Programme von Präsident Lyndon Johnson dann fehlten. Zudem traf das Erlahmen der Wirtschaft in den frühen 1970er Jahren und die beginnende Abwanderung der produzierenden Industrie aus den USA die AfroamerikanerInnen besonders hart, weil sie überproportional in diesem Beschäftigungssektor vertreten waren.

Der Rechtsstaat: umkämpft, nicht unabhängig

Es gehört zu den sich hartnäckig haltenden Mythen in der liberalen Öffentlichkeit, dass die Erfolge der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung primär auf die Prinzipienfestigkeit und Unabhängigkeit amerikanischer Gerichte zurückzuführen seien (1).

Spätestens seitdem Gerald N. Rosenberg im Jahr 1991 sein Buch „The Hollow Hope. Can Courts Bring about Social Change?" veröffentlichte, ist aber überzeugend belegt, dass die Justiz nicht die entscheidende Kraft hinter den Erfolgen der Bürgrechtsbewegung waren. Und zwar weder in Bezug auf die Aufhebung der „Rassen"trennung im Bildungssystem noch in Bezug auf die Verwirklichung des Wahlrechts oder in einem anderen Politikfeld.

In der Bewegungsforschung hat sich die Auffassung etabliert, dass die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung zentral auf ihrer Fähigkeit beruhten, durch die Organisierung massenhaften zivilen Ungehorsams politische Krisen von einem Ausmaß zu erzeugen, das die Bundesregierung zum Handeln nötigte. Beginnend mit dem berühmten Montgomery-Busboykott im Jahr 1955 (2) schwappten in kürzer werdenden Abständen Wellen des Aufruhrs durch die Südstaaten der USA. Bis zum Jahr 1963 reichte die Wirkung der massiven afroamerikanischen Regelverletzung und der weißen Gegengewalt nicht aus, um die Bundesregierung zum Eingreifen zu bewegen. Präsident John F. Kennedy war zwar 1960 nur mit Hilfe der Stimmen der AfroamerikanerInnen knapp ins Amt gewählt worden, aber er schreckte davor



zurück, seine weißen Südstaaten-WählerInnen durch entschiedenes Handeln gegen die „Rassen"trennung zu verärgern.

Vor diesem Hintergrund entschied sich die Bürgerrechtsbewegung im Jahr 1963, mit einer Kampagne in Birmingham/Alabama ihre Taktik weiter zu eskalieren. Die Demonstrationen und Boykotte hatten nicht ein spezielles Ziel, sondern sollten den Rassismus in Birmingham in allen Facetten attackieren. Einerseits sollten sie die lokale politische und ökonomische Elite zum Einlenken bewegen und andererseits die Bundesregierung zwingen, sich auf die Seite der Protestierenden zu stellen. Tagelange massive Demonstrationen führten nicht nur zu tausenden von Verhaftungen, massiven Übergriffen der Polizei und einer Welle der Gewalt gegen AfroamerikanerInnen, sondern auch zum totalen Zusammenbruch des öffentlichen Lebens. Schließlich sah sich Kennedy gezwungen, vermittelnd in den Konflikt einzugreifen. Als Birmingham Schule machte und die öffentliche Ordnung in vielen Teilen der Südstaaten zusammenzubrechen drohte, kündigte Kennedy an, ein starkes Bürgerrechtsgesetz in den Kongress einzubringen.

Die Notwendigkeit für soziale Bewegungen auf Aktionen zivilen Ungehorsams zurückzugreifen, ergibt sich aus ihrer relativen Machtlosigkeit. Sie verfügen nicht über Ressourcen politischer Macht wie Geld, Zugang zu PolitikerInnen, und ökonomisches Drohpotenzial. Die Bürgerrechtsbewegung konnte sich nicht einmal auf das Wahlrecht großer Teile ihrer Anhängerschaft stützen. Aktionen des zivilen Ungehorsams speisen ihre Macht aus zwei Quellen. Der Öffentlichkeit signalisieren sie Unrecht verbunden mit dem Appell die Seite der Unterdrückten zu unterstützen. Den Eliten signalisieren sie den Willen, Unrecht nicht länger hinzunehmen – verbunden mit der Drohung die öffentliche Ordnung zu erschüttern.

Der Radikale-Flügel-Effekt

Angesichts der häufigen Debatten über die richtigen Aktionsformen innerhalb von sozialen Bewegungen überrascht der große Konsens in der Literatur, dass sich verschiedene Aktionsformen – wie Lobbying, Demonstrationen, Boykotts, Klagen, Wählerregistrierung – in der Regel nicht gegenseitig ausschlossen oder behindert, sondern im Gegenteil sich oft ergänzt und gegenseitig verstärkt haben. Herbert Haines geht in seiner Analyse des so genannten „Radical-Flank-Effektes" davon aus, dass Protestbewegungen fast immer aus moderaten und radikalen Fraktionen bestehen. Die Attribute „radikal" und „moderat" beziehen sich sowohl auf die gewählten Aktionsformen wie auch auf die verfolgten Ziele und sind zugleich relative Begriffe. Zum Beispiel kann eine ehemals radikale Forderung wenige Jahre später nur noch als moderat angesehen werden. Ebenso verschiebt sich durch die Entstehung neuer Bewegungsorganisationen und / oder die Auflösung anderer die Trennlinie zwischen dem eher moderaten und dem eher radikalen Teil einer Bewegung. Als „Radical-Flank"-Effekte werden zunächst die Auswirkungen der Radikalen und ihrer Aktionen auf den moderaten Teil der Bewegungen bezeichnet. Wenn der radikale Teil einer Bewegung beispielsweise stark an Zulauf gewinnt, ist es möglich, dass die Herrschenden beginnen, auf die Forderungen der moderateren Teile der Bewegung einzugehen, um eine weitere Eskalation der Situation und eine weitere Stärkung des radikaleren Flügels zu verhindern.

Der oben beschriebene Erfolg der Aktionen in Birmingham und die nachfolgenden Protestwellen lassen sich mit diesem Effekt erklären. Anfang der 1960er Jahre erhielt nicht nur die Bürgerrechtsbewegung insgesamt einen großen Zulauf, sondern insbesondere ihr radikaler Flügel wurde relativ und absolut gesehen stärker. Auf der Ebene der Aktionsformen schwand der Glaube an die Effektivität von gerichtlichen Auseinandersetzungen und an die Wirkung einer größeren schwarzen Wahlbeteiligung. Auf der ideologischen Ebene entwickelte sich die „Black-Power"-Konzeption, und ihre Protagonisten gewannen an Einfluss, was die weißen Eliten als Bedrohung wahrnahmen.

Von Black Power zu Civil Rights

Die Bedeutung von „Black Power" ist vielschichtig. Zu der gängigen Interpretation der Konzeption gehört die Überzeugung, dass die amerikanische Gesellschaft ein sich selbst erhaltendes System weißer Dominanz ist, in dem die dominierende Gruppe ihre auch gewaltförmigen Machtressourcen einsetzt, um die Unterdrückung anderer Gruppen aufrecht zu halten. Daraus folgte auch die Ablehnung von „Rassen"integration und die Zusammenarbeit mit aufgeschlossenen Weißen, sowie die Auffassung, dass der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt sei.

Dass die beschriebenen Aktionen im Jahr 1963 zu Erfolgen führten, lag auch an diesem Kontext. Kennedy fürchtete, dass die Situation weiter eskalieren würde und die militanten Teile der Bürger-

rechtsbewegung dominant werden könnten. Um dies zu verhindern schienen erhebliche politische Konzessionen unerlässlich, und so wurden die Forderungen des moderaten Teils der Bürgerrechtsbewegung mit dem „Civil Rights Act of 1964" erfüllt.

„Radikal-Flank"-Effekte müssen jedoch keineswegs immer positive Auswirkungen haben. Die Aktionen und Forderungen des radikalen Teils der Bewegungen können auch dazu genutzt werden, die Forderungen der gesamten Bewegung zu diskreditieren. Die öffentliche Meinung hat einen starken Einfluss darauf, ob durch die Stärkung des radikalen Teils einer Bewegung ein positiver oder ein negativer „Radikal-Flank"-Effekt ausgelöst wird. Öffentliche Meinung – sowohl im Sinne von Bevölkerungsmeinung wie auch im Sinne veröffentlichter Meinung – ist natürlich kein omnipotenter Bestimmungsfaktor staatlichen Handelns. Doch auch wenn häufig Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden, können PolitikerInnen, die für ihre Wiederwahl kämpfen, öffentliche Meinung zu Themen, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen, nicht komplett ignorieren.

Entsprechend gehört es zu den konsistentesten Ergebnissen der Bewegungsforschung, dass soziale Bewegungen gesellschaftliche Veränderungen nur durchsetzen können, wenn ihr Anliegen öffentliche Aufmerksamkeit generiert, ihre Ziele eine breite öffentliche Unterstützung genießen oder aber zumindest nicht auf starke Ablehnung stoßen. In einem Klima öffentlicher Unterstützung für die Forderungen der Bewegungen ist es wahrscheinlich, dass ein positiver „Radikal-Flank"-Effekt ausgelöst wird, weil die Repression der gesamten Bewegung keine Option ist. In einem ablehnenden gesellschaftlichen Klima wird staatliche Repression hingegen sehr wahrscheinlich.

Mitte der 1960er Jahre begann sich der Schwerpunkt der Bürgerrechtsbewegung in den Norden zu verlagern. Bis dahin hatten die dort in Ghettos lebenden AfroamerikanerInnen die Bürgerrechtsbewegung zwar mit Sympathie verfolgt, sich aber überwiegend nicht als ihr aktiver Teil verstanden, da ihre primär sozioökonomischen Anliegen nicht thematisiert wurden. Entsprechend war eine große Mehrheit von ihnen nicht organisatorisch gebunden. Beginnend mit dem Sommer 1965 und mit steigender Häufigkeit und Intensität kam es in den Ghettos unzähliger Großstädte des Nordens zu massiven Ausschreitungen. Diese Ausschreitungen waren unorganisiert und wurden oft durch polizeiliche Übergriffe ausgelöst. Trotzdem waren die Proteste nicht willkürlich, sondern die Sachbeschädigungen richteten sich insbesondere anfangs gegen Symbole weißer Herrschaft in den Ghettos.

Anfänglich stießen diese Riots auf breites öffentliches Verständnis, und zusätzliche Mittel für Sozialhilfe und Stadterneuerung flossen in die entsprechenden Gegenden. Doch spätestens seit dem Sommer 1966 begann die Unterstützung der weißen Mittelschicht für schwarze Bürgerrechte zu erodieren. Bei den Wahlen zum Kongress im Jahr 1966 gewannen die Republikaner etliche Mandate hinzu. Und im Jahr 1968 setzte sich in den Präsidentschaftswahlen Richard Nixon mit dem Versprechen, den Wandel in den „Rassen"beziehungen zu verlangsamen gegen den demokratischen Kandidaten und Bürgerrechtsunterstützer Hubert Humphrey durch. Während Nixon in seiner ersten Amtszeit zwar die Armutsprogramme weitgehend unangetastet ließ, begann die Bundesregierung die repressiven Kapazitäten auszubauen und auszunutzen.

Die relative Erfolglosigkeit der AfroamerikanerInnen in den Nordstaaten hängt aber auch damit zusammen, dass ihren Anliegen öffentliche Unterstützung fehlte. Dies galt nicht nur für die radikale „Black-Power"-Fraktion, sondern auch für den moderaten Teil der Bürgerrechtsbewegung. Ihre Forderungen nach einer systematischen Bekämpfung von Armut, dem Schutz gleicher Rechte auf dem Arbeitsmarkt und die Beendigung der Segregierung der Wohngebiete wurden von vielen vormals aufgeschlossenen Weißen als Bedrohung ihres Lebensstandards interpretiert und entsprechend abgelehnt. So verständlich die Aufstände in den Ghettos waren, so ungeeignet waren sie öffentliche Unterstützung für unpopuläre Ziele zu gewinnen.

Felix Kolb *ist Politikwissenschaftler, lebt in Verden und promovierte zu den politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen, darüber hinaus gehört er zu den Mitgründern von Attac in der BRD und der Bewegungsstiftung.*

Anmerkungen:

1) Insbesondere auf die Entscheidung des Supreme Court in dem Verfahren „Brown versus Board of Education" wird dabei verwiesen. 1954 wurde durch dieses Urteil den Eltern afroamerikanischer Kinder Recht gegeben, die gegen die „Rassen"trennung ihrer lokalen Schulen geklagt hatten. Das Supreme Court erklärte damit die „Rassen"trennung im Bildungssystem für nicht vereinbar mit dem Recht von schwarzen SchülerInnen auf gleiche Bildungschancen.

2) Der Busboykott begann, als die diesen Oktober verstorbene Bürgerrechtsaktivistin Rosa Parks sich weigerte, ihren Sitzplatz im vorderen Bereich eines Busses einem weißen Fahrgast zu räumen. Am Tag darauf begann ein über ein Jahr andauernder Boykott, der maßgeblich von Martin Luther King organisiert wurde.

„Jedem Krüppel seinen Knüppel"

Von der Provokation zur Konsenskultur – eine Bewegungsgeschichte

Ein Interview mit Volker van der Locht

Die Krüppel- und Behindertenbewegung wirkte besonders in den 1980er Jahren gesellschaftsverändernd. Das betraf und betrifft die gängigen Vorstellungen von „Normalität" und „Gesundheit". Ihre Geschichte läßt sich aber auch als Kampf um Anerkennung sozialstaatlicher Sicherung, um Alltagsbedingungen, die ein Leben außerhalb von Heimen ermöglichen, verstehen.

***Fantômas:** Was war denn bei der Behindertenbewegung die Initialzündung?*

Volker van der Locht: Ein öffentlich wahrgenommener Höhepunkt war sicher das UNO-Jahr der Behinderten 1981. Die Aktion von Franz Christoph, der dem damaligen Bundespräsidenten mit der Krücke eine übergezogen hat, hat für Aufregung gesorgt. Dann kam das erste *Krüppeltribunal – Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat*. Da wurde der öffentliche Nahverkehr unter die Lupe genommen, die Lebenssituation behinderter Frauen, Heime als „totale Institution" kritisiert, Ausschluss und Normalisierung Behinderter in der Erwerbsarbeit thematisiert. Ich selbst war aber nicht dabei. Ich hatte andere Schwerpunkte, ich war Hausbesetzer.

Es hat aber schon vorher Gruppen gegeben?

Es gab bundesweit Krüppelgruppen. Die Schwerpunkte waren in Hamburg, Frankfurt, Berlin, Köln und Dortmund. Das waren zum Teil reine Krüppelgruppen, zum Teil auch nicht. Dortmund war gemischt. Das hatte mit Gusti Steiner zu tun, dem Urgestein der Behindertenbewegung. Seine Politisierung hatte mit Ernst Klee und den VHS-Kursen Anfang der 1970er Jahre begonnen. Ihm ging's um politische Aktionen in Anlehnung an die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen. Die Parole war „Behindert sein ist schön". Straßenbahnen wurden blockiert, um zu zeigen, dass Rollstuhlfahrer/innen mobil sind, aber vom öffentlichen Verkehr behindert werden.

Gefordert wurde Teilhabe am gesellschaftlich Leben – und das mit den Mitteln direkter Aktion?

Ja, daraus sind Aktionsformen entstanden, die von anderen übernommen wurden. Die öffentlichen Verkehrsmittel und Gebäude waren immer wieder Anlass für solche Aktionen. Ich erinnere mich noch an die S-Bahn Linie 1, die von Bochum aus nach Dortmund verlängert wurde. In Dortmund-Dorstfeld wurde bei der Premierenfahrt am 2. Juni die ganze Station blockiert. Die Dortmunder Gruppe hat die Aktion vorbereitet und „Bewegung zum 2. Juni" genannt.

Was gab es denn noch für Anlässe?

Besetzungen waren überhaupt sehr beliebt. In Bonn haben wir mal die Eingänge der CDU-Zentrale besetzt. Das glaubt mir heute keiner mehr: Es ging schon weit vor 1989 um Verschärfungen im Gesundheitswesen. Damals sollten so genannte Bagatell-Medikamente aus dem Leistungskatalog genommen werden. Dazu gehörten auch Abführmittel. Das ist aber bei Querschnittslähmung eben kein Bagatell-Medikament, weil man da u.U. an Darmträgheit leidet. Von heute aus gesehen ist es schon verrückt, aus welchem Anlass wir damals Parteizentralen besetzten.

Aber ihr habt nicht nur blockiert und besetzt?

Um öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen sind diese Aktionsformen unübertroffen, wenn man keine Massen hinter sich weiß. Inhaltlich wichtig war in der Bewegung die historische Aufarbeitung und Kontinuitätsdebatte zum Nationalsozialismus. Mit den Gesundheitstagen ab 1980 wurde diese Debatte verbreitert. Udo Sierck aus der Hamburger Krüppelbewegung hat dann das Buch „Die Wohltätermafia" geschrieben, eine Auseinandersetzung um Humangenetik heute. Das Buch gibt's übrigens immer noch und es war enorm wichtig.

Wie habt ihr euch denn organisiert?

In den Hochzeiten der 1980er Jahre gab es vier Mal im Jahr ein Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen. Das waren die bundesweiten Treffen örtlicher Gruppen. Hier wurden Aktionen vorbereitet und bundesweit mobilisiert. Das war wichtig besonders für die Gruppen, die nicht viele AktivistInnen hatten. Für die nicht rein krüppelspezifischen Themen wie Humangenetik, Euthanasie und Kontinuitätsfragen gab es auch bundesweite Anti-Euthanasie-Treffen, an denen auch Frau-



en aus gen-kritischen Initiativen teilnahmen, Antifa-Gruppen, Leute, die beruflich mit Behindertenarbeit oder Medizin zu tun hatten.

Was sind denn – neben der Mobilitätsfrage – die krüppelspezifischen Themen gewesen?

Da ist die ganze Pflege und Assistenz-Diskussion, verknüpft mit der Kritik an Heimen und der Idee, dass wir auch praktische Alternativen entwickeln müssen. Daraus sind Ambulante Dienste und die Assistenzgenossenschaft in Bremen entstanden, die setzen Pflege- und Leistungsansprüche kollektiv gegen die Kostenträger durch. Zum Pflegegesetz hatten unsere Juristen einen Vorschlag für ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz entworfen. Die Grünen im Bundestag verstanden sich damals noch als Partei der Minderheiten und brachten unsere Vorschläge in die parlamentarische Diskussion. Neben direkten Aktionen haben wir um 1984/85 also auch parlamentarisch ausgerichtete Politik gemacht. Unser Konzept ist durch die Wiedervereinigung ad acta gelegt worden.

Viel drehte sich um Fragen des Alltags. Wie kommt da gesellschaftspolitische Sprengkraft zustande?

Es hört sich vielleicht schräg an: Uns ging's um das, was wir „Krüppelstandpunkt" genannt haben. Das meint ein völlig anderes Verständnis von Behinderung – nicht als Defizit, nicht als medizinisches Problem, sondern als ein soziales und politisches. Also: Wir sind nicht behindert, wir werden behindert. Dazu gehört auch eine andere Sprache. Wir haben den diffamierenden Begriff „Krüppel" für uns in Anspruch genommen. „Jedem Krüppel seinen Knüppel" war unser Slogan. Es ging um den Terror der Normalität, um Kritik an Ärzten und anderen TherapeutInnen, die Normalität zum Maßstab machen. Also: Möglichst gerade gehen, selbst wenn man Schmerzen dabei hat, statt einfach krumm zu gehen und man hat es leichter.

Es gab Querverbindungen zu anderen Bewegungen?

Auf dem Gesundheitstag 1987 in Kassel haben wir mit den Frauen und den kritischen Initiativen zur Biopolitik gegen die Einladung von Julius Hackethal demonstriert. Der hatte 1984 einer an Gesichtskrebs erkrankten Frau Zyankali besorgt und ihren Selbstmord gefilmt. 1989 war der australische Ethiker Peter Singer eingeladen worden von der *Lebenshilfe für geistig Behinderte* in Marburg. Singer tritt ja für die Tötung chronisch Kranker, Behinderter ein und rechtfertigt alles, was die Biomedizin an Menschenverbesserung zu bieten hat. Die Verantwortlichen der *Lebenshilfe* mussten sich rechtfertigen, überall gab's Veranstaltungen und Proteste. Wir haben angekündigt, dass wir die Singer-Veranstaltungen sprengen würden. Die wurden dann abgesagt. Das hat richtig Spaß gemacht, mit den Frauen, den Gen- und Reprogruppen, den Eltern und auch Leuten von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden.

Es hat aber auch Kontroversen gegeben?

Im Bereich Bioethik gab es über Jahre harte Kontroversen. Einmal um die Gleichsetzung von Abtreibung und Pränataldiagnostik, die von einigen krüppelbewegten Männern vertreten wurde. Jede Abtreibung wurde da als „Tötungsakt" interpre-

tiert, weil der „Embryo" ins Zentrum der Besorgnis gerückt war und nicht der Akt der Selektion. Diese Lebenschutz-Positionen sind ja auch heute sehr wirksam. Eine weitere Kontroverse ging um die Einbecker Empfehlungen, die Kriterien zum Ende der Behandlungspflicht bei schwerstbehinderten Neugeborenen formulierten. Die Frauen der Gen- und Reprogruppen hatten kritische Anmerkungen zur Frühgeborenen-Medizin. In den Krüppelgruppen wollten viele alles, was an Therapie möglich ist, fordern. Wer das nicht täte, würde ihr Lebensrecht in Frage stellen. Da ist das Problem einer Politik der Betroffenheit, die zum unhinterfragbaren Maßstab gemacht wird.

Was denkst du, wo habt ihr besonders viel erreicht?

Ich denke, bestimmte Sachen kannste heute nicht mehr bringen. Ein Indikator ist die *Aktion Sorgenkind*, die jetzt *Aktion Mensch* heißt und nicht mehr diesen reinen Mildtätigkeitspathos verbreitet. Das ist sicher auch uns geschuldet. In Kindergärten und Grundschulen gibt es Integrationsklassen. In der Pflege gibt es Assistenz-Modelle und ambulante Möglichkeiten, die einen Alltag außerhalb von Heimen ermöglichen. In Einzelfällen wurden auch Heime geschlossen. Da ist noch vieles verbesserungswürdig, aber vieles wäre ohne diese Bewegung nicht in Gang gekommen. Auch in Sachen Mobilität: Hauptbahnhöfe, Postämter oder Sparkassen mit Rampen, das ist selbstverständlicher geworden. Wenn man das mit früher vergleicht, da gab es nicht mal ein Klingelknopf um jemanden zu Hilfe zu rufen.

Ihr habt auch eure eigenen Medien gehabt. Wann ist „Die Randschau" entstanden?

Aus der Krise der Bewegung. Als das UNO-Jahr vorbei war, gab es noch *Die Krüppelzeitung* in Hamburg und *Die Luftpumpe* in Köln. Es wurden immer weniger Zeitungen verkauft. Das Forum der Krüppel- und Behindertenbewegung hat Mitte der 1980er Jahre beschlossen, beide Zeitungen zusammen zu legen. Später wurde daraus *Die Randschau*, die wir bis 1998 gemacht haben. Das war ein tolles Team. Wir waren politisch sozialisiert, hatten viele gewachsene Verbindungen zu anderen Gruppen. Das ist heute oft anders. Da fehlt das Analytische und es dominiert die eigene Betroffenheit.

Die 1990er Jahre waren ja eine eher bewegungsarme Periode. War das auch ein Einschnitt für euch?

Eigentlich war diese Zeit zunächst eine offene Situation. In den allgemeinen Behindertenverband auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben viele Hoffnungen gesetzt, und zwar als großen Gegenverband zu den klassischen Behindertenorganisationen, die im Osten noch nicht etabliert waren. Wir hofften dort auf politischen Einfluss im Ostverband, weil der noch nicht die übliche, westdeutsche „Wohltäter-Politik" entwickelt hatte. Interessant waren auch die Forumstreffen, wo es für manche so um 1990 völlig unverständlich war, dass man nach dem Studium nicht sofort einen Job kriegt. Da waren behinderte DDR-Informatiker, deren Studienabschluss nicht anerkannt wurde und die in die Behindertenwerkstatt sollten. Irre Biographien.
Dann hatte es sich aber ausbewegt. Wie in anderen Bewegungen haben sich Strukturen etabliert über Staatsknete. Bei uns speziell im Assistenzbereich, in den Zentren *Selbstbestimmt Leben*. Die müssen ja auch die Gelder für die Pflege mit den Kassen abrechnen. Das hat sich professionalisiert – aber vor allem über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und befristete Arbeitsverträge. Dadurch sind einfach mehr Leute gekommen, nicht über politische Ansprüche, sondern weil sie einen Job wollten. Das kann man Einzelnen nicht vorwerfen. Die politische Debatte gibt es als Anspruch, aber so weit ich das sehen kann, findet die weitgehend nicht statt.

Über den Sozialstaatsumbau – hin zu mehr Kontrolle und weniger Leistungen – ist aber gerade die erkämpfte Alltagssouveränität gefährdet?

Ja, es ist ja nicht leichter geworden. Ich kann mich noch an die Einführung der Pflegeversicherung erinnern. Wenn Schwerstbehinderte rund um die Uhr gepflegt werden, da kommen schon ein paar tausend Mark zusammen. Das ist schon durch die Pflegeversicherung gedeckelt worden. Diejenigen, die im System drin waren über die Sozialhilfe, wurden nicht gekürzt und hatten Bestandssicherung. Bei den neuen Anspruchstellern war das nicht mehr so einfach. Die Standards zu verteidigen wird immer schwieriger. Insofern steht die Alltagsbewältigung immer mehr im Mittelpunkt. Darunter leiden andere gesellschaftspolitische Debatten.

Ist eigentlich was übrig geblieben von den der provokativen Kultur der Anfangsjahre?

Das gibt's nicht mehr. Bester Indikator ist der Gebrauch des Begriffs „Krüppel". Der ist völlig out. Dieses Oppositionelle ist einigermaßen untergegangen. Oder: Damals waren die Ansprüche ans Gesundheitswesen gekoppelt mit Medizinkritik. Heute sehe ich nur noch Ansprüche auf dies und das, aber keine Kritik an den bestehenden biomedizinischen Strukturen. Wer keine anderen politischen Erfahrungen hat und nur noch aus dem Selbsthilfe-Bereich kommt und unter den Konditionen verschärfter Verteilungskämpfe agiert, für den gibt's nur noch: Rausholen was rauszuholen ist.

Wie sieht denn die aktuelle Interessenvertretung aus – neben den Zentren und ambulanten Diensten?

Heute gibt es starke Lobby-Organisationen wie die *Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe* oder die *Lebenshilfe*, die beim Umbau des Gesundheitswesens oder des Betreuungsrechts gefragt sind, ich meine als Akzeptanzgeber in einer Konsensgesellschaft. Viele davon gab es früher auch schon. Aber eine radikale Krüppelbewegung, die auch in den großen Verbänden Wirkung hatte, die gibt es eben nicht mehr.

Was wäre heute wichtig, mit Blick auf die Errungenschaften eurer Bewegung?

Neulich habe ich bei einem Seminar eine Studentin getroffen, die sich wegen meiner Kritik an der Humangenetik persönlich bedroht fühlte. Für diese junge Frau ist die Humangenetik so „normal", dass sie sich in ihrer Identität in Frage gestellt sah, wenn man das Projekt in Frage stellt. Die alten Analysen könnte man erneut erzählen. Bei der sozialen Frage kann man wieder Staatskritik üben und klassische politische Ökonomie machen. Wer hat welche Interessen in der Sozialbürokratie? Das hat's ja alles gegeben. Die Wohlfahrtsverbände sind von uns als Sozialkonzerne klassifiziert worden. Das Diakonische Werk wurde als „diabolisches" oder „drakonisches Werk" bezeichnet. Dahinter steckt eine Kritik, die sich nicht auf reine Verteilungsgerechtigkeit reduziert, sondern auch die Strukturen im Sozialstaats kritisiert.

Wo siehst du eure Versäumnisse?

Ich kann mich an eine Veranstaltung erinnern, das war in den 1980ern. Es ging um Behindertenwerkstätten und der Referent war vom DGB. Der war in NRW zuständig für die Situation in den Werkstätten und hat das einfach unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Das war für mich und andere ganz neu. Der erzählte das Behinderte kein Koalitionsrecht haben, dass es einen Behindertenbeirat, aber keinen Betriebsrat gibt, weil es eben kein Betrieb ist. Deshalb gibt es auch keine Tarifverträge sondern nach Sozialhilferecht ein Arbeitsentgelt. Aber damals, das ist das ambivalente an der Politik in eigener Person, waren wir doch sehr auf uns selbst bezogen und haben wenig auf andere Bündnispartner geschaut. Auch bei Blockadeaktionen waren die Mütter mit Kinderwagen und die Alten, die auch Fahrstühle brauchen eher so dran geklebt, falls sie überhaupt erwähnt wurden. Diese Selbstbezüglichkeit kann ich andererseits verstehen. Die Krüppelbewegung musste sich ja auch vom Einfluss der nicht-behinderten Eltern, Wohltäter usw. befreien.

Und, wie geht's weiter?

Das Thema „Arbeit" ist wichtig und zwar ohne gleich zur fragen, ob das auch behindertenspezifisch genug ist. Ich denke, da könnten wir unsere Kritik am *Bundesverband der Werkstätten für Behinderte* schärfen und mit anderen zusammenarbeiten. Die sind ja richtig stolz auf ihre braven Mitarbeiter/innen, die viel braver als die Zwangsarbeiter/innen in den Knästen seien. Das ist auch im Kontext der 1-Euro-Jobs wichtig. Übrigens gibt es auch prekäre Strukturen in der Unterstützung von Behinderten durch Behinderte, die diese Billig-Jobs nutzen (wollen). Ich denke, auch unsere Auseinandersetzung um „Normalität" müsste weiter diskutiert werden. Einerseits gibt's viel mehr Normalitätsterror, mit Jugendwahn und ästhetischen und genetischen Normen. In einigen Berufsfelder bestimmen solche „Ideale" direkt und umgreifender berufliche Chancen. Vor allem aber ist der Druck gestiegen, weil über biomedizinische und chirurgische Angebote ihre Herstellbarkeit nur noch eine Frage eigener Entscheidung zu sein scheint. Diese Anforderung betreffen ja viel mehr Leute als die damalige humangenetische Norm, die auf klassische Behinderungen zielte. Andererseits gibt es heute diese Rhetorik von „schön, dass wir alle unterschiedlich sind". Behinderte müssen nicht mehr nicht-behindert sein, aber sie sollen die Rolle des Vielfaltgebers in einer normierten Gesellschaft abgeben und stehen dennoch unter einem veränderten und verschärften Normalitätsdruck. Diese doppelte Herausforderung müsste Thema sein.

Volker van der Locht *arbeitet derzeit an der Hochschule Neubrandenburg in einem Forschungsprojekt zur Geschichte anthroposophischer Heilinstitute im Dritten Reich. Er war über Jahre im Redaktionsteam der behindertenpolitischen Zeitschrift „Die Randschau". Das Interview führte Erika Feyerabend.*



verteilung

realpolitischer schwerpunkt und scheidelinie innerhalb der linken. die legitimationskrise von verteilungskämpfen erfordert neue strategien, neue positionen. auf beiden seiten der scheidelinie.

- ☐ *neurath* live aus dem wien der 1920er jahre über die sozialpolitik der austromarxisten.
- ☐ *urban* über gewerkschaftliche Strategien im kampf um gerechte verteilung diesseits und jenseits des nationalstaats.
- ☐ *wissmeier* über alternativen zum streik: *organizing* und *campaigning* im us-niedriglohnsektor.
- ☐ *krämer* über eine mauer durchs *centro sociale* und andere spaltungslinien – örtliche wie zeitliche.

Das rote Wien

Glanz, Mief und Elend des Dritten Wegs zwischen Reform und Revolution

Von Otto Neurath, eingeführt von Thomas Seibert

Bis zum neoliberalen „Neusprech“ stand der Begriff des „Dritten Weges“ für eine Alternative zum Entweder-Oder von Reform und Revolution im Prozess fortschreitend radikalisierter Verteilungsgleichheit. Das historisch prominenteste Experiment fand zwischen 1918 und 1934 in Wien statt. Nach einer Einführung in die Geschichte des Roten Wien dokumentieren wir einen Text des Austromarxisten Otto Neurath aus dem Jahr 1926, in dem sich die Stärken, gegen den Strich gelesen aber auch die Schwächen des Wiener Experiments artikulieren.

Seit dem Sieg der russischen und der Niederlage der deutschen Revolution 1918/19 folgte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ) der „austromarxistischen“ Theorie vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“. Zur Vermeidung eines Bürgerkriegs samt entsprechend autoritärer Verhärtung der Arbeitermacht sollte die Gesellschaft durch den Aufbau einer das Alltagsleben durchdringenden proletarischen Gegen- und Alternativkultur sozialisiert werden. Dabei schuf sich die SDAPÖ im Republikanischen Schutzbund für alle Fälle eine paramilitärische Formation.

1919 trat die Partei, deren Arbeiterräte in Wien und einigen anderen Industriegebieten faktisch die Regierung stellten, in eine Große Koalition ein und setzte grundlegende Reformen – Achtstundentag, bezahlten Urlaub, Betriebsräte, Sozialversicherung, Mieterschutz, „Arbeiterkammern“ – durch. Schon 1920 zerbrach die Koalition. Die Rechte regierte im Bund, die Sozialdemokratie in Wien, wo sie ihre Mitgliedschaft bis 1927 fast verfünffachen konnte: auf fast 420.000 GenossInnen bei insgesamt 1,7 Mill. EinwohnerInnen, darunter 1.500 bezahlte Kadern und noch einmal 21.000 „Vertrauenspersonen“. Der machtpolitische Kern des Reformprogramms war, dass Wien als Bundesland über eine eigenständige Steuerhoheit verfügte. Die SDAPÖ überzog die Stadt mit einem dichten Netz sozialdemokratischer Institutionen: Kindergärten, Horte, Gesamtschulen ohne Religionsunterricht, freie Schulverpflegung, umfassende Gesundheitsfürsorge, einer Vielzahl von Bildungs- und Sporteinrichtungen und fortlaufende „Erziehungs“-Kampagnen. Das gesellschaftliche Leben wurde durch Fest- und Feiertage strukturiert: proletarische Gedenktage, Wiegenfeste, Jugendweihen, Arbeitersportfeste. Doch reduzierte sich die Kulturrevolution auf den Kanon bürgerlicher Bildung: Wie überhaupt der strategische Einsatz des Austromarxismus vom kernbürgerlichen Postulat „Wissen ist Macht“ ausging. Den weitesten Vorgriff realisierte das mit radikaler Besteuerung der Bourgeoisie finanzierte Wohnungsbauprogramm: Die Stadt erbaute insgesamt die unglaubliche Menge von über 61.000 Wohnungen für weit über 200.000 Menschen. Die wuchtigen Blockbauten schlossen Gemeinschaftseinrichtungen wie Badehäuser, Kindergärten, Bildungs- und Einkaufsläden ein.

Angriffe blieben nicht aus und wurden eben nicht „entschlossen zurückgeschlagen“. Nach dem Freispruch für zwei nationalistische Mörder kommt es 1927 zu militanten Demonstrationen, der Justizpalast brennt, auf Schießbefehl des Polizeichefs sterben 89 Menschen. Die SP-Führung bleibt passiv, die Parteiflügel driften auseinander. Im März 1933 erfolgt der faschistische Staatsstreich, der Vorstand taucht ab, die Linke organisiert den bewaffneten Widerstand. Am 14. Februar 1934 greifen Polizei und Armee die Arbeiterheime, Parteilokale und großen Gemeindebauten an, die von den Leuten Hof für Hof verteidigt werden. 182 Menschen sterben, 460 werden verletzt, es kommt zu Verhaftungen, Folter, zur gezielten Ermordung der Schutzbundkommandanten. Die SDAPÖ und alle ihre Gliederungen werden verboten. Mittlere Kader gründen die Revolutionären Sozialisten (RS), die den „Dritten Weg“ in der Illegalität fortsetzen.

Dokumentation

Nach dem Umsturz von 1918 gaben die Sozialdemokraten der Gemeindeverfassung eine Form, durch die sie möglichst wenig vom Verhalten un- oder antiproletarisch gerichteter Beamten abhängig sind. Von den 120 Gemeinderäten sind 78 Sozialdemokraten, 41 Christlichsoziale und ein Jüdischnationaler! Die Deutschnationalen sind nicht im Gemeinderat vertreten; es fehlen aber auch die Kommunisten, die in Österreich so gut wie keine politische Bedeutung haben. (Es) gilt in Österreich und in Wien: eine Partei, eine Gewerkschaftsorganisation.

Die Grundlagen

Die Verwaltung der proletarischen Gemeinderatsmajorität ist dadurch, wie die Mittel aufgebracht und verwendet werden, gekennzeichnet. Die großen Erfolge der Finanzpolitik haben die Autorität der Gemeindeverwaltung im Auslande stark gehoben. Die ertragreichste Steuer ist die sogenannte Fürsorgeabgabe, die 4 bis 8% von allen Löhnen und Gehältern beträgt. Es wurde davon abgesehen, die städtischen Unternehmungen und Betriebe als Einnahmequellen zu verwenden. Es würde dies eine indirekte Besteuerung bedeuten, die das Leben der Arbeiter schwer belasten müsste. Elektrizitätswerke, Gaswerke, Straßenbahnen, Leichenbestattung, Ankündigungsunternehmen und Brauhaus – sein Bestand fordert die Kritik der Arbeiterabstinenten heraus – werden nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung geführt. Das Steuersystem belastet vor allem die besitzenden Klassen, die Ausgaben dienen in erster Reihe der Verbesserung des Lebens breiter Massen. Von den Luxussteuern seien die Lustbarkeitssteuer, die Kraftwagenabgabe, die Hauspersonalabgabe erwähnt. Eine wesentliche Rolle spielt die Wertzuwachssteuer.

Der Wohnungsbau

Für die konsequente sozialistische Einstellung der Gemeinderatsmajorität besonders kennzeichnend ist aber die rasch ansteigende Wohnbausteuer. Während ein Arbeiter oder Angestellter jährlich 10 bis 30 Schilling Wohnbausteuer zahlt, zahlt eine der ganz reichen Wiener Familien an Hauspersonal, Kraftwagenabgabe und Wohnbausteuer zusammen jährlich gegen 700.000 Schilling. Wien kann in seinen Steuern nicht so weit gehen, dass die kapitalistische Wirtschaft unterbunden wird. Die Stadt kann daher, selbst wenn sie die Macht hätte, Reingewinne der kapitalistischen Produktion nicht ohne weiteres wegsteuern, weil sonst ausländische Kredite nicht zu erlangen wären, ganze Industriezweige ins Ausland abwandern würden. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus konnte sich Wien den Zustand des Mieterschutzes zunutze machen, (weshalb) kein freies Kündigungsrecht der Hausherren und keine Hausherrenrente bestehen. Die proletarische Majorität vertrat den Standpunkt, durch eine mäßige Wohnbausteuer, die scharf progressiv ansteigt, die Kosten für die Neubauten aufzubringen. Die Gemeinde beschloss, von 1923 – 1928 25.000 Wohnungen mit Hilfe der Wohnbausteuer herzustellen. Im Rahmen dieses Wohnbauprogramms wurden vielstöckige Volkswohnungsbauten und Siedlungen errichtet, d.h. Einfamilienreihenhäuser mit Kleingärten zur Gemüsezucht. Die Gemeinde ist der größte Bauherr; das bedeutet Zentralisation der Baumaterialbeschaffung, vor allem aber Verbesserung der Hygiene. Die Gemeinde baut ausschließlich Wohnungen ohne Lichthöfe, in die früher Aborte, Küchen, ja Wohnräume mündeten. Um einen Hof mit Bäumen, Spielplätzen und Planschbecken werden die Baublöcke herumgelegt, in denen sich Kinderheime, Waschanlagen usw. befinden. Bei dieser Gelegenheit werden auch Konsumvereinshallen, Bibliotheken, Versammlungslokale usw. neu eingerichtet. Der Wohnhausbau durch die Gemeinde liegt als planmäßige Zentralanlage durchaus auf der Linie zum Sozialismus. Der Anfang ist trotz mancher notgedrungenen Einschränkung großzügig und übt auf die proletarischen Massen tiefen Eindruck aus. Die nächste Etappe wird wohl die Schaffung einheitlicher Wohnungstypen sein, die Schaffung riesiger Neuanlagen; insbesondere ist wohl das Entstehen von Gartenstädten zu erwarten.

Die Gesundheit hängt eng mit den vorhandenen Grünflächen zusammen. Die Gemeinde Wien baut das bisher arg vernachlässigte Grünflächensystem aus. Erstrebt werden tief ins Stadtinnere reichende Grünstreifen, die von aller Bebauung freigehalten werden sollen. Alte Friedhofsanlagen wurden in Parks verwandelt.

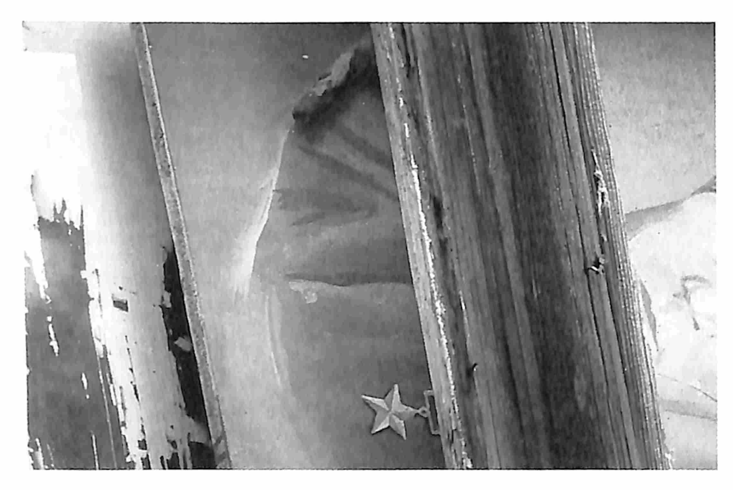
Das Wohlfahrtswesen

Der zweite gewaltige Zweig der kommunalen Tätigkeit ist das Wohlfahrtswesen. Die Gemeinderatsmajorität ist darauf aus, „Wohltätigkeit" auszuschalten und ein „Recht auf öffentliche Fürsorge" an deren Stelle zu setzen. Im Wohlfahrtsamt laufen alle Fäden zusammen, um wirkliche Planmäßigkeit zu ermöglichen. Hier befindet sich z.B. auch das Zentral-Jugendamt, an das 180 Jugendfürsorge-Sprengel angeschlossen sind. Die Gemeinde beginnt mit der Eheberatung, wobei es sich vor allem darum handelt, die um Rat Fragenden darüber zu unterrichten, ob sie Aussicht, haben, gesunde und kräftige Kinder zu erzeugen. Die Schwangerenfürsorge wird immer mehr ausgebaut, insbesondere wird angestrebt, auch durch die Mutterberatungsstellen die Syphilis zu bekämpfen. Jedes Neugeborene wird sofort von der Fürsorge erfasst. Das Jugendamt besitzt die Generalvormundschaft über alle unehelichen Kinder, um deren weitere Schicksale es sich kümmert. Wien hat das Findelhaus abgeschafft und an seine Stelle das Zentralkinderheim gesetzt. Alle Kinder, die dort, wo sie sich befinden, leiden und von der Gemeinde irgendwohin dirigiert werden, sammelt die großzügig angelegte zentrale Kinderübernahmestelle. Wien verfügt gegenwärtig über 59 Kindergärten. Es ist insbesondere für die Arbeitermutter wichtig, zu wissen, dass ihre Kinder dort gepflegt, unterrichtet und ernährt werden. In großem Stil baut Wien die Schulfürsorge aus. Hauptorgane sind der Schularzt und die Schulfürsorgerin. In 57 Ausspeisestellen wird dafür gesorgt, dass es kein hungerndes Schulkind gibt. 90% aller ausgespeisten Kinder werden unentgeltlich verpflegt. Großen Erfolg haben die Schulzahnkliniken. Zusammen mit privaten Fürsorgeorganisationen schickt die Gemeinde durch das Jugendhilfswerk ungefähr 25.000 Kinder aufs Land. Außerdem verfügt die Gemeinde über 20 Horte und 30 Tagesheimstätten. Für schwer erziehbare Kinder gibt es eigene Anstalten. Wien erhält eine große Anzahl von Wohlfahrtsanstalten für Erwachsene, welche die Waisenhäuser, die Erziehungsanstalten und Lehrlingsheime ergänzen, und zwar: Versorgungsanstalten, Heilanstalten und Tuberkulose-Fürsorgeanstalten. Dazu kommt das Obdachlosenheim und eine Reihe anderer Einrichtungen, z.B. der Tuberkulosefürsorgedienst, an den sich Einrichtungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus anschließen. Immer größere Bedeutung gewinnt der Bäderbetrieb. Im Bau befindet sich das größte Bad Europas, welches von 1.250 Personen gleichzeitig wird benutzt werden können. Die neue Gemeindeverwaltung arbeitet im größten Umfange daran, den einzelnen mit dem











Gemeindekörper zu verbinden und für ihn dauernd zu sorgen.

Die Schulreform hat vor allem das Ergebnis, dass den Kindern der Arbeiter nun vieles von dem geboten wird, was früher nur die Kinder des Bürgertums empfangen haben. Wien stellt unentgeltlich Lernmittel zur Verfügung. Während früher 52 Kinder in einer Klasse waren, unterrichtet jetzt ein Lehrer nur ungefähr 29.

Die Aufgaben der Partei

Wird auch die Gemeinderegierung von einer proletarischen Majorität ausgeübt, so muss sie doch auf die bürgerlich-kapitalistische Ordnung Rücksicht nehmen. Sie kann Einrichtungen schaffen, die vor allem den Arbeitern und Angestellten zugute kommen, aber sie kann nicht grundsätzlich sozialistisch-proletarische Gruppen ein für allemal bevorzugen. Das kann heute in Wien nur die Sozialdemokratische Partei als solche. Die hat es denn auch unternommen, ebenfalls ein System von Einrichtungen zu schaffen, welches den Parteigenossen die Möglichkeit geben soll, von der Jugend bis zum Grabe unter Parteigenossen zu weilen.

Um das Wichtigste hervorzuheben: Der Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule-Kinderfreunde" hat 40.000 Mitglieder. Erholungsstätten werden unterhalten. Ferienkolonien wurden in den während des Sommers leerstehenden Schulräumen untergebracht.

Die nächste Altersstufe wird von der sozialdemokratischen Jugendorganisation erfasst. In einem Jahre wurden gegen 6.000 Veranstaltungen organisiert, darunter etwa 2.000 Vorträge über Sozialismus, Geschichte, Jugendbewegung usw., ungefähr 2.000 Gesangs-, Musik-, Lichtbilderabende usw. Die sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung umfasst gegen 2.000 Mitglieder, die einen harten Kampf um die Gleichberechtigung an der Universität kämpfen müssen. Sie werden dabei von einem sozialdemokratischen Verein unterstützt, der sich ausschließlich mit Hochschulfragen beschäftigt. Die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten führt zwei Studentenheime.

Von größter Bedeutung ist die Wiener Unterrichtsorganisation, die Kurse und Einzelvorträge veranstaltet. Eine Lichtbildstelle besteht. Die Organisation des Bibliothekswesens, der Arbeiterurlaubsreisen und der Kunststelle, deren Arbeitersymphoniekonzerte allgemeine Anerkennung finden, seien kurz erwähnt. In Wien befindet sich die Arbeiterhochschule, welche

als Internat 30 bis 40 Arbeiter und Arbeiterinnen für sechs Monate aufnimmt.

Dem allmählich sich bildenden Kulturbund gehören die Arbeitersportler und Arbeiter-Turner, die Arbeiter-Radfahrvereine, die Arbeiter-Sänger an, sowie der Touristenverein „Naturfreunde". Der Arbeiterabstinentenbund gewinnt immer mehr Einfluss. Eine Reihe führender Parteigenossen wirken grundsätzlich in seinem Sinne.

Innerhalb der Arbeiterbewegung gibt es Gruppen, welche die dem alten Kirchentum Entfremdeten zusammenfassen. Der Freidenkerbund führt einen Kampf gegen religiöses Denken. Auch die etwa 20.000 Mitglieder des Arbeiter-Feuerbestattungsvereins „Die Flamme" sind im allgemeinen aus antikirchlicher Grundeinstellung Vereinsmitglieder geworden.

Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, auch auf dem Gebiete der privaten Fürsorge sich von den bürgerlichen Vereinen unabhängig zu machen. So wurden denn die „Societas" als Verband aller sozialdemokratischer Fürsorgevereine geschaffen. Der Verband erhält Kinderheime, Horte, hat eine Schwesternschule und schult Helfer und Helferinnen. Die Funktionäre der im Rahmen der „Societas" wirkenden Komitees und Vereine müssen Sozialdemokraten sein, doch ist die zu leistende Fürsorgetätigkeit vollständig neutral.

Die Arbeiterschaft verfügt über eine Reihe von Arbeiterheimen, deren Gaststätten aus finanziellen Gründen vorläufig noch nicht alkoholfrei geführt werden. Alkoholfrei sind die Gaststätten in den Siedlungen. Die Organisation der Arbeiterkonsumvereine mit der Großeinkaufsgesellschaft erweitert ihren Wirkungskreis. So wurde von ihnen und der Arbeiterbank in Verbindung mit den Gewerkschaften das große Warenhaus „Stafa" übernommen. Die Warenauswahl der „Stafa" hat bisher keinen propagandistischen Charakter. Das Klassenbewusstsein macht sich bei der Gestaltung des persönlichen Lebens noch wenig bemerkbar. Von nicht geringer Bedeutung ist die vom Bauarbeiterverband ins Leben gerufene Baugesellschaft „Grundstein", die bei Siedlungsbauten und Gemeindebauten stark herangezogen wird.

Alle diese Maßnahmen und Einrichtungen der Arbeiterschaft, ihre großen Versammlungen und gewaltigen Feiern, die vor allem auf der Ringstraße abgehalten werden, wären weniger selbstbewusst, wenn sie physische Angriffe der bürgerlichen Klassen zu fürchten hätten. Die Ordnerorganisation wurde zum „Republikanischen Schutzbund" ausgebaut, der grundsätzlich nur bewährte Sozialdemokraten aufnimmt, um die Republik als Basis des Klassenkampfes gegen Nationalisten, Monarchisten und andere bürgerliche Gruppen faschistischer Einstellung zu schützen. (Es) wurde verhindert, dass das Bundesheer ein Instrument der herrschenden Klassen wurde. Mehr als drei Viertel der gesetzlich vorgesehenen Soldatenräte sind Sozialdemokraten oder Kommunisten. Auch ein erheblicher Teil der Polizei und der Gendarmerie steht auf dem Boden des Proletariats.

Dieser kurze Überblick zeigt, was das Proletariat innerhalb der heutigen Ordnung leistet. Wir sehen aber auch, dass all diese Maßnahmen zusammen ihre Grenzen an den herrschenden Mächten finden. Ohne dass deren Herrschaft gebrochen wird, gibt es keine volle Beseitigung der proletarischen Nöte. Die Haltung des Proletariats in den großen Staaten wird letzten Endes den Ausschlag geben. Die österreichische Arbeiterschaft und ihre Führer können sich nur vorbereiten und möglichst konsequent proletarische Gesamtpolitik treiben, die sich nicht in der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit erschöpft, sondern das ganze Leben zu ergreifen vermag.

Alle der Sozialdemokratie angehörigen Funktionäre (sind) in engem Kontakt miteinander. Gewerkschaften und sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, die Leitung der Arbeiterkonsumvereinsbewegung und die sonstigen Arbeiterorganisationen sind gewissermaßen Glieder eines gewaltigen proletarisch-sozialistischen Körpers. Die Einheit und die dadurch bedingte große Leistungsfähigkeit kennzeichnet die Arbeiterbewegung, die dadurch über das ihrem Umfang entsprechende Maß hinaus innerhalb des internationalen Proletariats geachtet wird.

***Otto Neurath** (1882 – 1945), Aktivist in der Bayerischen Räterepublik, war ein bedeutender Vertreter des Austromarxismus; Vordenker der ArbeiterInnenvolksbildung und der Siedlungsbewegung. Gehörte dem „Wiener Kreis" an, einer Gruppe von bekannten neopositivistischen Philosophen. Musste vor den Nazis nach England fliehen, wo er 1945 starb.*

Quelle: Urania, Heft 10, Juli 1926

Anmerkung der Redaktion:
Der Artikel wurde um die Hälfte gekürzt. Der besseren Lesbarkeit wegen wurde auf die Kennzeichnung der Auslassungen verzichtet. Die Zwischenüberschriften und die Unterüberschrift stammen von *Fantômas*.

Arbeit – Ressourcen – Lebenschancen

Zur zivilisatorischen Funktion von Verteilungskämpfen

Von Hans-Jürgen Urban

Mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat ist auch der verteilungspolitische Klassenkompromiss an sein Ende geraten. Tarifautonomie, paritätisch finanzierte Sozialsysteme und staatliche Sozialtransfers wurden weitgehend sturmreif geschossen. Wie immer man diese Institutionen einschätzen mochte – als soziale Errungenschaften oder Agenturen der Systemstabilisierung: Ihr Schleifen stellt ein verteilungspolitisches Rollback historischen Ausmaßes dar. Aus der Perspektive einer Gewerkschaftsbewegung, die sich gesellschaftspolitische Autonomie zurückerobert hätte, skizziert Hans-Jürgen Urban den Grundriss eines globalen Alternativprojekts zum Neoliberalismus.

Die Demontage des Wohlfahrtsstaates in den Kernstaaten des entwickelten Metropolenkapitalismus verläuft keineswegs ausschließlich über den offenen Neoliberalismus, der alle Varianten (sozial)staatlicher Regulierung a priori für diskreditiert erklärt. Nicht minder folgenreich wirkt der neue Sozialstaatsentwurf, mit dem die Sozialdemokratie in die Debatte um ihr einstiges Kernprojekt eingegriffen hat. Dort stellen die Prinzipien Aktivierung und Eigenverantwortung Schlüsselkategorien einer Politik dar, die eine Rhetorik der Sozialstaatsmodernisierung mit einer Praxis des Sozialstaatsrück- und -umbaus kombiniert. Beide Elemente zielen auf die Neudefinition des Verhältnisses zwischen leistungserbringendem Staat bzw. Gesellschaft und dem risikogefährdeten Leistungsempfänger. Auf normativer Ebene geht es dabei um eine Neuzuteilung von Rechten und Pflichten zwischen Kollektiv und Individuum, auf institutioneller Ebene um die Neuverteilung der Tragelast der Sozialstaatfinanzierung und die Neudefinition des Zugangs zu Sozialleistungen.

Subversiver Liberalismus

Doch die Prämissen des neusozialdemokratischen Staatsentwurfs lassen sich offensichtlich nicht zu einem konsistenten Politikmodell zusammenführen. Das gilt gerade für den sich globalisierenden Finanzkapitalismus, der in besonderem Maße durch Beschäftigungsinstabilitäten und Verteilungsdisparitäten geprägt ist. Die immanenten Tendenzen marktlicher Steuerung zur Exklusion relevanter Bevölkerungsgruppen aus dem System der Erwerbsarbeit und zur sozialen Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen sowie sozialem und kulturellem Kapital nehmen in dem Maße wieder an Kraft zu, in dem der regulierende nationale Wohlfahrtsstaat demontiert wird. In unregulierten Bahnen laufen sie darauf hinaus, den so Diskriminierten soziale Sicherheit und die notwendigen Ressourcen einer aktiven und eigenverantwortlichen Lebensweise vorzuenthalten. So sind die Privatisierung sozialer Risiken („Eigenverantwortung") und die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen („Aktivierung") Vehikel eines „subversiven Liberalismus", der oftmals indirekt und verdeckt wirkt. Es werden normative Prinzipien und institutionelle Regeln implementiert und Prozesse initiiert, die im Zeitablauf irreversible Veränderungen hervorrufen und den Wohlfahrtsstaat auf einen neuen Entwicklungspfad führen.

Unübersehbar ist die Verschiebung vom Faktor Kapital zum Faktor Arbeit sowie vom Beitragszahler zum Leistungsempfänger. Da die Entlastung der Wirtschaft zu den Hauptzielen der neuen Sozialpolitik gehört, kommen bei der Umbasierung der Sozialstaatsfinanzierung nur arbeitskosten- und wettbewerbsunschädliche Finanzierungswege in Frage. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge („Lohnnebenkosten") werden über Verbrauchsteuern (Tabak-, Öko- und Mehrwertsteuer usw.) gegenfinanziert, also über Wege, die vor allem die abhängig Beschäftigten als KonsumentInnen belasten. Zugleich verschiebt die drastische Ausweitung von Zuzahlungsregelungen die Finanzierung zulasten derjenigen, die zur Inanspruchnahme etwa ärztlicher Leistungen gezwungen sind. Gleiches gilt für die Risikoprämien in der gesetzlichen Krankenversicherung, die nach individuellen Krankheitsrisiken (so genannte „Morbiditätsrisiken") berechnet werden. Versicherte mit geringeren Risiken werden im Rahmen der individuellen Prämienkalkulation entlastet, für „multimorbide Versicherte" gilt das Gegenteil. Zugleich enthält der Begriff der Aktivierung den impliziten Vorwurf der Passivität gegenüber den EmpfängerInnen sozialstaatlicher Leistungen. Diese Passivität soll auf mangelnder Bereitschaft beruhen und eine gesellschaftlich zu ächtende Verhaltensweise darstellen, die entsprechend negative Sanktionen rechtfertige: Gleichgültig, ob die Nichterfüllung der gesellschaftlichen Verhaltensnorm auf Gründen beruht, die der Einzelne zu verantworten hat oder nicht. Zugleich unterminiert der neue Staat durch die Abkehr von einer marktkorrigierenden, umverteilenden und risikokompensierenden Politik die gesellschaftlichen Voraussetzung, derer insbesondere die unvermögenden Individuen bedürfen. Er erhöht den Er-

wartungsdruck auf das Individuum und verringert zugleich seine Chancen, ihm entsprechen zu können. Sichtbar wird eine Sozialpolitik, die nur geringe Integrationsleistungen vorzuweisen vermag und tief in die Autonomie und Sozialrechte des/der Einzelnen eingreift.

Wider den verteilungspolitischen Kleinmut

Einen ersten Schritt zur konzeptionellen Entwicklung eines tragfähigen Gegenprojekts stellt die Anerkennung der Zentralität sozialer Umverteilungspolitik dar. „Soziale Umverteilung und nicht so sehr Wachstum wird die Politik des neuen Jahrtausends bestimmen. Die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen, oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung, wird unumgänglich sein (...)", schreibt Eric Hobsbawn in seiner Bilanz des 20. Jahrhunderts. Soziale Verteilungspolitik muss als Zentralkategorie eines politischen Alternativprojektes in weitem Sinne verstanden werden: als politisch organisierte Um- und Neuzuteilung von (über-)lebensnotwendigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Ressourcen, die nicht Konkurrenzkriterien des Marktes, sondern gesellschaftlich vereinbarten und möglichst breit akzeptierten Effektivitäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen folgt. Dies könnte das Kerninstitut dessen ausmachen, was seit geraumer Zeit als „neuer Gesellschaftsvertrag" diskutiert wird. Doch vor Illusionen sei gewarnt. Wenig spricht dafür, dass dieser informelle Vertrag zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Individuen aus herrschaftsfreien Diskursen einer demokratisch organisierten Zivilgesellschaft hervorgehen wird. Die Härte der Konflikte deutet darauf hin, dass über die Vertragsbedingungen – wie im Falle des fordistischen Klassenkompromisses auch – durch die Fähigkeit zur Generierung und Mobilisierung gesellschaftlicher Machtressourcen entschieden wird. Auf der Tagesordnung steht die Frage, ob die Ansprüche der breiten Mehrheit der Bevölkerung auch weiterhin den Prämissen der Standort-Gesellschaft untergeordnet bleiben oder zum Ausgangs- und Zielpunkt eines sozialen Reform-Prozesses und damit zur regulativen Idee künftiger Gesellschaftsentwicklung gemacht werden sollen. Ein Politikkonzept im Sinne der zweiten Antwort könnte sich an vier Umverteilungs-Projekten ausrichten, die ineinander greifen und als Ganzes auf eine Reform der sozialstaatlichen Grundstruktur der Arbeitsgesellschaft hinauslaufen.





Umverteilung von Arbeit

Im Zentrum einer sozialen Reformalternative muss eine Vollbeschäftigungspolitik stehen, die sich an einem neuen Typ von Erwerbsarbeit orientiert. Auf Massenarbeitslosigkeit, sprich der massenhaften Verweigerung des Zugangs zum Erwerbssystem, lässt sich keine solidarische Gesellschaft aufbauen. Unter Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie wird mehr Beschäftigung nicht ohne Wirtschaftswachstum zu erreichen sein: Der Kapitalismus wächst oder befindet sich in der Krise. Aber Wachstum ist eben nicht gleich Wachstum. Es wird in Zukunft geringer ausfallen als zu Zeiten des „Wirtschaftswunders", und es wird sich um qualitatives, also Nachhaltigkeitskriterien genügendes Wachstum handeln müssen. Nach dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur infolge neoliberaler Privatisierungsoffensiven gibt es heute viele Felder sozialen und ökologischen Bedarfs. Eine wirtschaftliche Makro-Politik müsste durch Formen direkter wie indirekter Ressourcensteuerung aus diesen Bedarfsfeldern Sektoren gesellschaftlich sinnvoller Beschäftigung entstehen. Selbstredend geht es nicht um eine neue Variante einer zentralen Planwirtschaft. Vielmehr werden neue Formen einer „mixed-economy" erprobt werden müssen, in denen unterschiedliche Eigentumsformen und Allokationssysteme ausbalanciert werden und einander optimal ergänzen.

Ein zentraler Aufgabenbereich wird der Wiederaufbau öffentlicher Infrastruktur und die Bereitstellung öffentlicher Güter in der Bildung, der Kultur und den sozialen Diensten sein. Der Zugang dazu muss nach Kriterien des sozialen Bedarfs und nicht der Kaufkraft geregelt sein. Voraussetzung dafür ist, dass im Verteilungskonflikt um aktuelle und zu erwartende Produktivitätszuwächse ein deutlich höherer Anteil für den gesellschaftlichen Bedarf gesichert werden kann. Dieser könnte in den Auf- und Ausbau eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung investiert werden, in dem die genannten gesellschaftlichen Bedarfsbereiche arbeitmarktpolitisch erschlossen werden.

Dieser Kampf um die Verteilung der Produktivitätszuwächse muss ins Zentrum gewerkschaftlicher Politik gerückt werden. Zum einen in die Arbeitszeitpolitik. Neben der Neuschaffung von Arbeitsplätzen muss die solidarische Umverteilung von Arbeit als gesellschaftliches Reformprojekt erneut konfliktfähig gemacht werden. Will Arbeitszeitverkürzung positive Beschäftigungseffekte zeitigen, muss sie schneller voranschreiten als Produktivität und Sozialprodukt wachsen. Es geht mittelfristig also wieder um rasche und große Schritte der Reduzierung vor allem der allgemeinen wöchentlichen Arbeitszeit. Zwei Aspekte der Arbeitszeitpolitik werden dabei an Bedeutung gewinnen. Zum einen die Frage der Lage und Verteilung der Arbeitszeit, die das beschäftigungspolitische Ziel nicht konterkarieren dürfen und zugleich eine höheres Maß an Zeitautonomie der Beschäftigten realisieren müssen. Zweitens müssen die innere Struktur der Arbeitzeit, also die betrieblichen Arbeits- und Leistungsbedingungen, neu reguliert werden, um Kriterien „guter Arbeit" gerecht zu werden.

Umverteilung von Einkommen und Vermögen

Die rasant gestiegene Arbeitsproduktivität hat den gesellschaftlichen Reichtum erheblich gesteigert. Das Problem liegt in der dysfunktionalen Verteilung, die nicht nur die soziale Polarisierung forciert, sondern längst auch ökonomisch kontraproduktiv wirkt. Die zunehmende Einkommenskonzentration hat aufgrund der geringen Konsumquote bei den oberen Einkommensklassen die strukturelle Nachfrageschwäche erheblich verschärft. Eine tarifpolitisch und staatlich vermittelte Umverteilung zugunsten niedriger und mittlerer Einkommen könnte die Nachfrage und die seit Jahren unzureichende Investitionsquote beleben und wäre ein Gebot sozialer Gerechtigkeit wie der ökonomischen Effizienz. Dabei geht es darum, die permanent steigenden Einkommen aus Kapital- und Vermögensbesitz einzubeziehen, um Ressourcen für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme zu erschließen. Das lohn- und beitragsbezogene System der sozialen Sicherungen bedarf der Ergänzung durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung. Dabei geht es nicht um eine generelle Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, wohl aber um eine Reform der beitragsfinanzierten Sozialversicherungsleistungen durch eine steuerfinanzierte Komponente.

Umverteilung von „Umweltverbrauch"

Auch beim Verbrauch von Umwelt handelt es sich um einen Verteilungskonflikt, einen Konflikt um die Verteilung von natürlichen Ressourcen sowie der Absorptionsfähigkeit der Biosphäre zwischen Regionen („Nord-Süd") und Generationen („Jung-Alt"). Dabei ist die räumlich-globale Dimension der Umweltzerstörung unmittelbar an das Problem der sozialen Verelendung weiter Weltregionen und die wahnwitzige Ungleichverteilung von Lebenschancen zwischen den kapitalistischen Metropolen und dem Rest der Welt gekoppelt, die in den Peripherien das barbarische Pendant der Zivilisierung des Metropolen-Kapitalismus bildet. Doch längst lassen sich die Folgen der ökologischen Zerstörung nicht mehr räumlich begrenzen, ist eine „Weltrisikogesellschaft" (U. Beck) entstanden. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit sind deshalb zwei Seiten der gleichen Medaille, ihr Zusammenhang das Essential einer transnationalen Umweltpolitik. Im Zentrum eines Nachhaltigkeits-Regimes muss die Ökologisierung des kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsmodells stehen. Die Staaten des Metropolenkapitalismus sind nach wie vor die Umweltkiller Nummer eins. Gefordert sind hier gerade die Gewerkschaften etwa der Automobilindustrie. Hier müssen die Konzepte einer ökologischen Modernisierung in Richtung „Mobilitäts-Unternehmen" weiterentwickelt werden, um vorhandene Kompetenzen z.B. in den Bereich des öffentlichen Personen- und Lastennahverkehrs zu lenken.

Umverteilung von Lebenschancen

Die gleichberechtigte Wahrnehmung politischer Freiheitsrechte und formeller Chancengleichheit hat die Durchsetzung „sozialer Bürgerrechte" (T. H. Marshall) zur Voraussetzung, bedarf sozialer Sicherheit und der Kompensation sozialer Diskriminierungen. Das gilt zum einen für die nicht überwundene Abhängigkeit der Gesundheits- und Bildungschancen vom sozialen Status. Nicht nur diskriminierte Lebenslagen erhöhen das Risiko gesundheitlicher Schäden, auch die Konditionen, unter denen die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft verausgaben, tragen zu vorzeitigem Gesundheitsverschleiß bei. Im Bildungsbereich ist der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten wieder auf das Niveau vor der sozial-liberalen Bildungsreform gesunken: Diese Rückkehr der Klassenspaltung in das Bildungssystem bedarf dringend der Korrektur, nicht als Wettbewerbsfaktor, sondern weil eine Gesellschaft urteilskräftiger Individuen ohne das Menschenrecht auf Bildung zum Scheitern verurteilt ist.

Neuverteilung der Lebenschancen muss sich auch auf das Verhältnis der Geschlechter beziehen. Nach wie vor harrt der moderne Kapitalismus der notwendi-



gen alltagskulturellen Revolution, die das Aufbrechen der tradierten Rollenzuweisungen bedeuten würde. Der soziale Formwandel der Familie ist bisher kaum mit einer realen Gleichstellung der Geschlechter einhergegangen. Dazu bedarf es der Schaffung einer gesellschaftlichen Infrastruktur zur Entprivatisierung der Reproduktions- und Familienarbeit und Strategien einer positiven Diskriminierung von Frauen im Arbeitsmarkt. Dies reicht von der Beseitigung Frauen benachteiligender Regelungen in der Sozialversicherung bis zu Quoten in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Drittens bedarf es der Reform der Arbeits- und Sozialverfassung als Kern eines neuen Erwerbsarbeitstyps. Das an den tradierten männlichen Erwerbsbiographien ausgerichtete „Normalarbeitsverhältnis" kann nicht alleiniges Modell der Zukunft sein, die Reformperspektive liegt hier in zusätzlichen Modellen geschützter Erwerbsarbeit, die sich von einer ununterbrochenen und lebenslangen Erwerbsphase verabschieden und trotzdem materielle Existenzsicherung während und ein auskömmliches Leben nach bzw. zwischen der Erwerbsarbeit gewährleisten.

In einer Phase ökonomischer Stagnation, struktureller Unterbeschäftigung und chronischer Haushaltskrisen haben sich auch sozialpolitische Reformkonzepte ökonomisch zu rechtfertigen und den Belastungen, die Sozialpolitik für öffentliche und private Budgets bedeutet, den Nutzen wachstums-, produktivitäts- und innovationsfördernder Effekte sozialstaatlicher Interventionen entgegen zu halten. Doch gerade mit Blick auf das Verhältnis von sozialer Sicherung und individueller Lebensführung, das der neusozialdemokratische Diskurs ins Zentrum rücken will, ist vor einer ökonomistischen Engführung von Analysen und Politikempfehlungen zu warnen. Arbeitsmarktexterne soziale Sicherungssysteme besitzen nicht nur einen „wirtschaftlichen Wert" für Wachstumsprozesse und einen „gesellschaftlichen Zusatznutzen" für soziale Innovationsprozesse, sie werfen auch „Autonomiegewinne" für die Individuen ab (G. Vobruba), weil sie ökonomischen Zwang zur Verwertung des individuellen Arbeitsvermögens abpuffern. Damit eröffnen sie Handlungs- und Entscheidungsspielräume einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung. Man muss nicht gleich Abschied vom Leitbild der Arbeitsgesellschaft nehmen, um diese freiheitsstiftenden Effekte sozialer Sicherung wertzuschätzen.

Strategien globaler Reregulierung

Bleibt die Frage nach dem bzw. den sozialen Trägern eines solchen Projektes. Es spricht einiges dafür, dass auf eine autonome Gewerkschaftsbewegung hier eine wichtige Rolle wartet. Gleichwohl dürften den Gewerkschaften in der heutigen Verfassung weniger die konzeptionellen, sicherlich aber die machtpolitischen Voraussetzungen dazu fehlen. Es bedarf einer machtpolitischen Revitalisierung der Gewerkschaften, die mit der Rückgewinnung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht in den Arenen der Betriebs- und Tarifpolitik beginnen muss. Ohne eine erfolgreichere betriebliche Interessenvertretung, eine offensivere Tarifpolitik und die Modernisierung der gewerkschaftlichen Mitglieder- und Organisationsstruktur werden sich die Gewerkschaften nicht halten können. So zentral die machtpolitische Neufundierung in den gewerkschaftlichen Kernfeldern ist, ein strategischer Rückzug auf sie birgt die Gefahr, dass Gewerkschaften zur Lobby relativ privilegierter Beschäftigtengruppen degenerieren und ihren historisch erkämpften Anspruch auf eine aktive Beteiligung an der Gesellschaftsgestaltung preisgeben. Zugleich könnten die Reproduktionsinteressen der Beschäftigten nicht vertreten werden, bleibt die Sphäre des Politischen jenseits der Betriebs- und Tarifpolitik außer Acht. Eine Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage eines umfassenderen Interessenbegriffs bedarf also zwangsläufig einer politischen Orientierung, die gewerkschaftliches Engagement im Bereich der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik erfordert.

Ein solches gesellschaftspolitisches Mandat verträgt sich nicht mit einem Selbstverständnis als pragmatischem Modernisierungsbegleiter. Vielmehr drängt es zu einem Strategieverständnis als autonomer Teil einer umfassenderen sozialen Bewegung und damit zu einem *Social-Movement-Unionism*. Dies erzwingt eine Debatte über die Formierung strategischer Allianzen mit anderen Bewegungen, Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft. Damit geraten Fragen der Kooperation mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, aber auch lokalen Selbsthilfeorganisationen sowie der transnationalen globalisierungskritischen Bewegung ins Blickfeld. Die von einer solchen Bewegung zu transportierenden Regulierungsansprüche beziehen sich auf unterschiedliche Felder im globalen Mehrebenen-System. Zum einen geht es natürlich um die unverzichtbare Re-Regulierung der globalen Handels- und Finanzmärkte, die mittlerweile selbst von etlichen Akteuren dieser Märkte gefordert wird. Die Besteuerung ökonomisch destruktiver Spekulationstransaktionen, die Definition zulässiger Schwankungszonen zwischen den großen Weltwährungen, die Einführung sozialer Mindeststandards und Grundrechte in die globalen Handelsregime, die verbindliche transnationale Koordinierung der (Unternehmens-)Steuersysteme und Vereinbarungen transnationaler konzerninterner „Sozialverfassungen" (*codes of conducts*) sind hier zielführende Wege. Die seit einigen Jahren durch die transnationalen Nicht-Regierungsorganisationen organisierten europäischen und Weltsozialforen und die sozialen Protestinitiativen anlässlich der Treffen der wirtschaftlichen und politischen Eliten der kapitalistischen Metropolen können mit gewerkschaftlicher Unterstützung zu wichtigen Knotenpunkten einer transnationalen Gegenöffentlichkeit und -bewegung und zum Träger eines globalen Gegenprojektes zur neoliberalen und neusozialdemokratischen „Modernisierung" werden.

***Hans-Jürgen Urban** leitet den Funktionsbereich Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall und lebt in Frankfurt/Main.*

Organizing to win

Unterwegs im US-amerikanischen Niedriglohnsektor

Von Georg Wissmeier

Niedrigste Löhne, keine Sozialversicherungen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse. Das ist die Realität in weiten Teilen des US-amerikanischen Dienstleistungssektors. Die Verteilungsfrage haben die Unternehmen in den letzten Jahren meist zu ihren Gunsten beantworten können. Für die Beschäftigten geht es deshalb um viel: um bessere materielle Absicherung, aber auch um Würde und Respekt. Einige Gewerkschaften haben sich der Sache angenommen – und können Erfolge vorweisen. Ein Reisebericht aus den USA.

In Newark/New Jersey, auf der anderen Seite des Hudson Rivers und keine 30 Minuten von der tosenden Metropole New York City entfernt, versammeln sich am frühen Morgen neun Beschäftigte aus den Küchen der privaten Montclair-University im örtlichen Zentrum der SEIU (1). Eingeladen hat die SWU (Service Workers United), eine neu gegründete Gewerkschaft und ein gemeinsames Projekt von Unite Here (2) und SEIU. Die SWU zählt zur Zeit gerade mal 3.000 Mitglieder. In den nächsten Jahren sollen es 16.000 werden. Angesichts der auch in den USA sinkenden Mitgliederzahlen von Gewerkschaften ein ehrgeiziges Projekt.

Einige der KollegInnen kommen aus dem Umkreis von Montclair, andere reisen täglich aus New York zur Arbeit an. Wilma Neal, Verantwortliche der SWU in New Jersey, erklärt ihnen ihren neuen, genauer gesagt: den ersten Tarifvertrag. Ausgehandelt mit dem Arbeitgeber Sodexho, ein weltweit agierendes Catering-Unternehmen, wurde der Vertrag von einem Komitee aus fünf Beschäftigten und einem Gewerkschaftsverantwortlichen. In New Jersey teilt sich Sodexho den Markt an Schulen, Colleges und Universitäten unter anderem mit Compass, einem anderen Global Player in Sachen Catering.

Alle Anwesenden, mit Ausnahme des deutschen Gastes, sind *African Americans*. Auch die hauptamtlichen Organizer. Sam, Mike und Gerome haben zwei Tage lang bei Hausbesuchen versucht, möglichst viele der insgesamt 173 Beschäftigten des Küchenpersonals der Montclair-University zu erreichen, um sie zur Versammlung in das SEIU-Local nach Newark einzuladen. Denn es gilt, die ausgehandelten Inhalte zu überprüfen und den Vertrag zu bestätigen. Offenbar hat das Komitee gute Arbeit geleistet: Erstaunt fragen die Beschäftigten, ob Sodexho den Vertrag auch wirklich kenne – und wirklich auch einhalten wolle. Die meisten Nachfragen gibt es beim Lohn. Was Wunder: Die meisten der Anwesenden haben einen Stundenlohn von etwa sieben Dollar. Lohnsteigerungen von jährlich 25 bis 45 Cent in den nächsten Jahren sind deshalb ein Verhandlungsergebnis, das die KollegInnen teils zufrieden, teils erstaunt zur Kenntnis nehmen.

Dazu kommen *benefits*, Sozialleistungen, die es den Beschäftigten zukünftig ermöglichen, eine Krankenversicherung abzuschließen. Von den Versammelten hat gerade mal eine Kollegin eine Basis-Krankenversicherung. Ist die Krankenversicherung für eine Person schon so gut wie nicht finanzierbar, so ist sie dies noch viel weniger für eine Familie. Krankheit darf es also nicht geben – oder sie führt zu einer noch höheren Verschuldung. Ein Teufelskreis.

Der neue Tarifvertrag macht zumindest eine Basisversorgung möglich. Um das für uns in Deutschland noch selbstverständliche Niveau bei Krankenversicherungen zu erreichen, werden in den USA jedoch noch viele Kämpfe und viele neue Verträge nötig sein.

Keine Arbeit, kein Lohn, kein Telefon

Am Ende der Versammlung werden die KollegInnen nach ihrem Gesamteindruck gefragt. Alle sind begeistert, unterzeichnen ihre Zustimmungskarte und eine weitere Karte, in der sie ihr Einverständnis erklären einen geringen monatlichen Beitrag für die politische Arbeit der SWU zu bezahlen: ein Dollar im Monat – man darf auch mehr für den Solifonds geben, aber mehr ist bei den meisten hier nicht drin. Im Gegensatz zum Solibeitrag wird der sofort fällige Gewerkschaftsbeitrag vom Arbeitgeber direkt vom Lohn abgezogen und der Gewerkschaft überwiesen. Der reguläre Mitgliedsbeitrag liegt bei zwei Prozent und ist damit doppelt so hoch wie in Deutschland. Die Beitragshöhe ist aber nicht umstritten, sondern wird als selbstverständlich akzeptiert. Ab Inkraftsetzung des Vertrags sind automatisch alle Beschäftigten Mitglied der organisierenden Gewerkschaft.

Für die Organizer der SWU beginnt nach der Versammlung eine weitere Etappe in der Arbeit. Es geht darum, den Kontakt mit *allen* Beschäftigten herzustellen. Da zur Zeit Ferien sind, sind die Beschäftigten aber nicht im Betrieb, in der Küche oder Kantine zu erreichen. Vier hauptamt-

liche Organizer werden in den nächsten Tagen und Wochen versuchen, möglichst alle Beschäftigten zu Hause zu erreichen, ihnen den Tarifvertrag erklären und ihre Zustimmung zum Vertrag und eventuell auch einen Zuschuss zum Solifonds einholen. Natürlich könnte man jetzt auch die Hände in den Schoß zu legen, weil der Vertrag ja abgeschlossen ist, aber spätestens in drei Jahren muss ein neuer Vertrag ausgehandelt werden – und ohne die Beschäftigten wird dies nicht zu erreichen sein. Der Philosophie der SWU zufolge geht es, wie Wilma Neal erklärt, eben auch grundsätzlich darum, die Beschäftigten zu mobilisieren.

Das Alltagsgeschäft für die hauptamtlichen Organizer ist hart. Die Wahrscheinlichkeit, dass man eine/n Beschäftigten zu Hause antrifft, ist ziemlich gering. Die Kontaktaufnahme wird noch dadurch erschwert, dass viele der Beschäftigten telefonisch nicht erreichbar sind. In der schulfreien Zeit gibt es keine Arbeit und keinen Lohn, dass die Telefongesellschaften das Telefon abstellen, weil die Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können, ist Normalzustand. Zwar gibt es in der „arbeitsfreien" Zeit ein „Arbeitslosengeld", aber das reicht hinten und vorne nicht. Also nix mit Telefon.

Kampagnendrohung führt zu Tarifvertrag

Zur Lagebesprechung, zur Auswertung der Erfahrungen und zur Planung der weiteren Vorgehensweise setzen sich die Organizer jeden Abend für eine Stunde zusammen. Am nächsten Morgen ab zehn Uhr machen sie sich wieder auf den Weg, versuchen jedeN einzelneN BeschäftigteN zu Hause zu erreichen. Eine mühsame, aber für die SWU wichtige und notwendige Strategie, denn durch die direkten Gespräche werden potenzielle AktivistInnen für die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb gefunden, die dann besonders qualifiziert werden. Geschult werden sie insbesondere über Vertragsinhalte, über Rechte der Beschäftigten und über die richtige Handhabung von Beschwerdeverfahren. Bei der SWU-Schulung geht es aber auch darum, den KollegInnen zuzuhören, notwendige Informationen zu erhalten und sie für andere politische Themen zu sensibilisieren.

Dafür trifft man sich in der Regel alle zwei Wochen in einer öffentlichen Bibliothek und bespricht für zwei bis drei Stunden einzelne Aspekte des Vertrages. Die KollegInnen sind wissbegierig, denn es ist ihr erster Tarifvertrag und es ist vor allem seit langem mal wieder eine Form von Bildung.

Dass es für die Küchenbeschäftigten ohne größere Auseinandersetzungen und relativ schnell zu Tarifverträgen kam, ist dem Umstand zu verdanken, dass es zwischen den Gewerkschaften und Sodexho eine Vereinbarung gab. Bei Zustimmung zu einem Tarifvertrag wird auf eine Kampagne verzichtet, so das gewerkschaftliche Angebot. Sodexho hat angenommen. Ein solches *agreement* kann nur getroffen werden, wenn von Gewerkschaftsseite deutlich gemacht wird, dass man ebenso durchsetzungs- wie kampagnenfähig ist und folglich die Kosten für das Unternehmen am Ende einer Kampagne höher liegen werden als ohne.

Diese Vorgehensweise ist nicht ohne Risiko. Denn vielleicht hätte man mit einer Kampagne im Rücken stärkere Lohnerhöhungen und bessere Sozialleistungen erreicht. Ebenso kann sich bei den Beschäftigten der Gedanke breit machen, dass solche Verträge prinzipiell konfliktfrei zu erreichen sind.

Stressfrei, also ohne Gewerkschafts-Bashing (3) seitens der Unternehmensleitung organisieren zu können bietet andererseits auch eine Menge Vorteile. So lässt sich der Zeitraum, in dem die Übereinkunft gilt nutzen, um ein gut funktionierendes innerbetriebliches gewerkschaftliches Netzwerk zu bauen, AktivistInnen zu qualifizieren und zu schulen und damit bessere Voraussetzungen für zukünftige Auseinandersetzungen zu schaffen. Dass diese kommen werden, ist aus Sicht der SWU-Verantwortlichen und AktivistInnen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Cintas – Kämpfen um das Recht, gehört zu werden

Dass es von Unternehmensseite auch anders geht zeigt das Beispiel Cintas. Cintas ist ein riesiges Wäschereiunternehmen mit über 350 Standorten in Nordamerika, das überwiegend Arbeitskleidung und Hotelwäsche reinigt. An jedem einzelnen Standort sind meist zwischen 30 und 50 Menschen beschäftigt. Fast alle Beschäftigten sind spanischsprachig. Nachdem sich einige Beschäftigte an die Gewerkschaft gewandt hatten, begann Unite Here im Jahr 2003 die KollegInnen zu organisieren. Cintas will aber das Unternehmen gewerkschaftsfrei halten und vor allem will Cintas keinen Tarifvertrag mit Unite Here abschließen.

An einigen Standorten gibt es innerbetriebliche Komitees. So auch auf Long Island, wohin ich mit Mayra und Omar fahre. Beide sind angestellte Organizer von Unite Here; Mayra kommt aus Honduras und macht den Job seit 12 Jahren, Omar kommt aus Puerto Rico und hat sein Englisch in den letzten fünf Jahren auf den Straßen von New York City gelernt. Organizing heißt auch bei Cintas, die Komitee-Mitglieder zu Hause zu besuchen und mit ihnen über neue Entwicklungen in der Firma zu reden und Informationen zu sammeln. Im Moment steht das Thema Arbeitssicherheit im Vordergrund. Aber auch eine Solidaritätsaktion für einen kürzlich gefeuerten Cintas-Kollegen wird besprochen. Letzteres ruft bei den AktivistInnen Verwunderung hervor. Denn „San Joseta" war ein ausgewiesener *Anti-Unionist*. Trotzdem hat Unite Here eine Petition eingereicht mit der Forderung, den entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Die Erklärung ist einfach und überzeugt: Das Vorgehen von Cintas war eine Sauerei, der Einsatz für „San Joseta", der der alleinige Verdiener in einer großen Familie ist, ist ein Beispiel für Solidarität und ein deutliches Zeichen an die Beschäftigten, dass sich die Gewerkschaft für alle einsetzt.

Nach einigen Hausbesuchen bei Komiteemitgliedern geht es auf zum Gebäude von Cintas nach Central Islip. Bald ist Schichtwechsel und die beiden gewerkschaftlichen Organizer postieren sich an der Parkplatzauffahrt. Manche der Ankommenden winken freundlich, andere schauen auffällig deutlich in die andere Richtung. Einer gibt den antigewerkschaftlichen Schreihals: „Wir brauchen keine Gewerkschaft" brüllt er vom Parkplatz rüber. Mayra kennt ihn schon und weiß auch, dass sich der Kollege trotz Leberkrebs immer noch zur Arbeit schleppt. Einige der Abfahrenden winken freundlich; drei Kolleginnen halten kurz an. Eine möchte, dass wir gleich bei ihr zu Hause vorbei kommen, weil sie neue Informationen hat: Ihr wurden, wie sie erzählt,

Überstunden zur Aufbesserung des Monatsgehaltes abgelehnt, da sie Gewerkschaftsmitglied sei. Demnächst soll die Arbeitsschutzbehörde (OSHA) die Firma besuchen. Ana, sie kommt aus El Salvador, will den OSHA-Kontrolleuren die Stellen zeigen, an denen die Beschäftigten Gesundheitsrisiken ausgesetzt werden. Mayra bereitet die Kollegin im Gespräch auf mögliche Vorgehensweisen von Cintas vor und schützt sie damit vor Überrumpelungen. „Impfung" wird das hier genannt.

Ein akzeptabler Mindestlohn, eine Krankenversicherung für die Beschäftigten und ihre Familien, Sicherheit am Arbeitsplatz, Respekt und Würde, Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht gehört zu werden – auf diese sechs Forderungen haben sich die AktivistInnen bei Cintas verständigt.



Community-Arbeit: Die Unorganisierbaren organisieren

Wieder auf die andere Seite des Hudson Rivers, wieder nach Newark. Hier hat die Zentrale der Communication Workers of America (CWA), das *Local 1037* (4) seinen Sitz. Hetty Rosenstein, Präsidentin des *Locals*, gehört zu der Sorte GewerkschafterInnen, die den direkten Konflikt mit staatlichen Institutionen und Unternehmen nicht scheut. Alle Beschäftigten der Gewerkschaft in Newark strahlen diese Haltung aus und das Organizingteam insbesondere. In diesem Sommer arbeitet CWA in Newark und den umliegenden Städten mit *ACORN (Association of Community Organizations for Reform Now)*, einer landesweiten NGO, die sich vorrangig um die Organisierung von Menschen in armen Stadtteilen kümmert. Es geht dabei vor allem um die Verbesserung von Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Versorgungsleistungen, aber auch um bezahlbare Mieten, Mindestlöhne und Grundeinkommen. Man spricht nicht immer die gleiche Sprache und es prallen schon mal unterschiedliche Kulturen aufeinander. Nicht alles läuft rund. Aber in Bezug auf das Ziel, die Arbeits- und Einkommensbedingungen von Home *Child Care Workers* zu verbessern, ist man sich einig. Meistens sind es Frauen, die lizensiert in ihrem eigenen Wohnraum bis zu sechs Kinder den ganzen Tag über betreuen. Die Betreuungszeit kann zwischen 6 Uhr früh und 18 Uhr abends liegen. Pro Kind und Woche erhält eine *Home Child Care Worker* 37 Dollar. Manchmal muss sie von diesem Geld auch noch die Verpflegung der Kinder bezahlen. Dass jede Woche sechs Kinder kommen, ist zudem keineswegs sicher. Staatliche Stellen weisen die Kinder zu. Das Gehalt kommt mitunter verspätet oder auch schon mal gar nicht. Die Eltern bezahlen das Geld für die Betreuungsleistung an die staatliche Vermittlungsstelle, diese gibt es dann an die Betreuerin weiter. Kommen die Eltern ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nach, gibt es für die Betreuerin auch kein Geld vom Staat.

Die Folge, wen wundert's: Die Fluktuation in diesem Job ist hoch. Oftmals trifft man die Frauen zu Hause nicht mehr an; sie haben einen anderen Job oder haben Wohnung oder Stadt gewechselt. Diejenigen aber, die wir antreffen, sind hoch erfreut über die Initiative. Sie geben gerne ihre Unterstützungsunterschrift, die es der Gewerkschaft ermöglicht, sie gegenüber staatlichen Stellen zu repräsentieren.

Hat man genug Kontakte aufgebaut, wird zu einer Versammlung geladen – um sich über Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Die Arbeit ist wenig spektakulär und es werden keine großen Menschenmassen organisiert. Es läuft vielleicht auf das Überreichen einer Petition oder auf einen gemeinsamen Besuch einer Stadtverordnetenversammlung oder eine Demonstration hinaus. Kaum etwas davon wird Eingang in den Medien finden. Für die betroffenen Frauen in diesem Sektor ist all dies aber schon viel. Ihre Isolation wird aufgehoben, ihre Arbeit gewürdigt. Jede noch so kleine Lohnerhöhung bedeutet eine Verbesserung ihrer miesen Situation. Die Basisarbeit von *ACORN* und dem CWA *Local 1037* in Newark hat das Ziel, die „Sprachlosen" zusammen zu bringen, gemeinsame Forderungen zu entwickeln, gemeinsam für die Umsetzung dieser Forderungen einzutreten. Und das heißt auch: Voraussetzungen für erfolgreiche soziale Kämpfe zu schaffen.

***Georg Wissmeier** war im Sommer 2005 für drei Monate mit Gewerkschaften beim Organizing im Niedriglohnbereich in den USA unterwegs. Normalerweise lebt er in Hamburg, macht viele Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Druckkampagnen und ist Redakteur bei Fantômas.*

Anmerkungen:
1) Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor. Service Employees International Union.
2) Gewerkschaft der Textil-, Hotel- und Gaststättenbeschäftigten, hervorgegangen aus der Fusion der Union of Needletrades, Industrial and Textile Employees und der Hotel Employees and Restaurant Employees International Union.
3) In den USA gibt es eine eigene „Industrie", die darauf spezialisiert ist, Strategien gegen gewerkschaftliches *Organizing* zu entwickeln und umzusetzen. Sie hat einen Jahresumsatz von rund 4 Mrd. US-Dollar.
4) Das *Local 1037* der Communication Workers of America in Newark repräsentiert vorrangig Beschäftigte des öffentlichen und privaten Sektors aus dem Gesundheits- und Sozialbereich.

Sieben Thesen zur Nacht über Neapel

Verteilungskämpfe und sozialer Vulkanismus

Von Martin Krämer

Vielleicht ist es möglich, die Geschichte linker Verteilungsprojekte zu rekapitulieren und dabei die Legende eines zum Verteilen handgezähmten Kapitalismus, nach Keynes und vor Thatcher, rechts liegen zu lassen? In einer Sichelbewegung schleicht Martin Krämer um ihn herum, geht ihm an die klerikalen Wurzeln, umgeht die Paläste seiner Profiteure, ignoriert Stillhalteforderungen, die er abnötigte, solange es ihn noch gab. Am Ende kreist er ihn fast ein und lässt es dabei gut sein. Wer mag, soll halt einen Hammer dazugeben oder mit der zurechtgelegten Sichel zuhauen, bitte sehr – Martin Krämer interessiert hier etwas ganz anderes: eine Stadt auf dem Vulkan.

I. Eine Mauer und die Verteilung im Hafen von Neapel

Häfen sind sinnlich angreifbare Schnittstellen zwischen der Kontrolle von Aneignung und Verteilung. Hier lernte der Kapitalismus, Segel zu setzen, damit der Wind des Althergebrachten ihn um die Welt trage. Zurück bleiben Trümmer seiner Vorstellungen. Der Hafen von Neapel, das heißt die ganze Stadt, ist eine Ruine – sehr unpraktisch. Und da lässt sogar die automobile Blechlawine, der obligat egomanische Geier des kreisenden neoliberalen Zusammenbruchs, einige Mauerblümchen stehen: der Stadt zur Zierde, uns zur Erbauung. Anlass genug, einem dieser Gewächse in Ruhe ein paar Blütenblätter auszurupfen – militante Untersuchung also.

Besetzte Häuser heißen in Italien angemessen *centri sociali*, was den Horizont der Aneignung, ohne die ja bekanntlich nichts zu verteilen ist, zumindest in den Benennungen hilfreich erweitert. 100 Schritt vom Hafen sind wir schon mitten im barocken Kladderadatsch der Gassen. Wie aus Sentimentalität, dass kein Auto mehr hineinpasst, befassen sich fast alle auf dem Pflaster mit Blech. Immerhin setzten sie sich produktiv damit auseinander, schneiden, fräsen, flexen, schweißen, fluchen. Fast alles Werkeln findet auf der Gasse statt, dahinter nur kleine Kellerkammern, in die nachts das Material und die Werkzeuge gepackt werden. Der Ton ist rau, die Aufträge bescheiden. Um jeden alten Meister mit Lederschürze stehen Söhne und Neffen so herum, als gäbe es nur ab und zu mal etwas festzuhalten. Dabei sind sie von früh bis spät eingespannt. Mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen Italiens werden in ihren Familienzusammenhängen ausgebeutet; frappierend proportional dazu die Zahlen zum sexuellen Missbrauch.

In der Enge der Gassen fällt unser *centro sociale* sofort ins Auge: Fehlt auf der linken Hälfte der Gassenfront doch die hier tagsüber übliche Geschäftigkeit. Das ändert sich erst, wenn der kulturschaffende Nachwuchs des Mittelstands aus seinen klassenbildenden Beschäftigungstherapien in Hörsälen und Bürotürmen auf die Restöffentlichkeit und den lauen Abend entlassen wird. Auf der anderen Seite ist sprichwörtlich der Bär los: Arbeiterfäuste zum Gruß erhoben, proletarische Arme gekreuzt, ein geronnenes Gruppenstandbild von ehrlicher Kraft, offene Gesichter wie aus einem Fellini-Casting. Das hält sich den ganzen lieben langen Tag. Kollektiv schätzen die 40-50 Männer den fremden Besucher ein, fangen an, mit ihm zu sprechen, kollektiv tasten sie sich vor zum ersten gemeinsamen Scherz.

Der Arbeiterhistoriker Joshua Freeman verstand am Beispiel des New Yorker Ha-

fenproletariats, dass der doppelte Exzess an Ladehandarbeit und plötzlichem Leerlauf nur in gut eingespielten Gruppen erträglich ist. Auf Photographien entdeckte er, dass die Genossen nicht nur bei der Packarbeit, sondern auch beim Gruppenfoto für ihre Gewerkschaft stets paarweise aufgestellt sind. In Packerpaaren kennt jeder die Bewegungen des anderen. Viele berühren sich beim Fototermin. Dass solche Kumpanei nicht nur einer Schwulenparty einheizen kann, zeigten die Gelegenheitsarbeiter im Hafen von New York 1948, als sie die Träume der *Pax Americana* im größten Streik der Stadtgeschichte auflösten und sich erst nach mehrtägigen Straßenschlachten von der besetzten Wall Street wegprügeln ließen. Joshua meint, mit dem Paukenschlag des Hafenproletariats sei der Grundstein gelegt worden für die wenig bekannte sozialdemokratische Sonderentwicklung New Yorks bis in die 1970er Jahre hinein und schließt: Es hätte mehr draus werden können. (1)

Am andren Ende der Schiffahrtsroute, in Neapel, sind die Perspektiven ernüchternd familiär. Sich vor dem *centro sociale* im *sindacato per il lavoro* aufzustellen ermöglicht, sich der sentimentalen Akkumulation der Großfamilien zu entziehen. Das Arbeitslosensyndikat verteilt bezahlte Arbeit, manchmal Gelegenheitsarbeit vom Kapital, vor allem aber Beschwichtigungsarbeit vom Staat. Von dem fordert das Syndikat auch allgemein und gesamtgesellschaftlich eine gleichmäßigere Verteilung von Arbeit. Es wird unterhalten aus der über Generationen in den ärmlichen Quartieren der Stadt tradierten Verzweiflung, dass der Kapitalismus Arbeit stets ungleich verteilt – bis zu den physischen und psychischen Belastbarkeitsgrenzen des Menschen. „Wenn ein Pferd in Neapel aufs Pflaster scheißt," schrieb schon Gramsci, kämen Hungrige aus allen Häusern, um ein Pfund zu erben (Gefängnishefte). In solcher Verfassung ist Verteilung durchaus ein linkes Thema, selbst für den Fall, dass es – Antonio folgend – nur die Scheiße zu verteilen gibt, die den Reichen beim Vorwärtskommen abfällt. (2)

Das Syndikat arbeitet an der Sozialisierung eines brennenden Mangels, dass nämlich am Hafen erschreckend wenig Lohnarbeit zu verteilen ist. Keine Frau steht in oder vor dem Lokal. Geht eine vorbei und ist unter 35, kann passieren, dass ihr hinterhergepfiffen wird: Männer suchen nach Zusammenhalt in der Verteilungswüste und greifen dabei bis in die dumpfesten Strickmuster der Sozialisation. (3) Und auf einmal halten sie den eigenen Galgenstrick in den Händen. So vor einigen Monaten, als sie sich auf einer Demo Seit an Seit mit Faschisten wiederfanden und von der Regionalregierung auch im Wesentlichen dasselbe einforderten: Verteilung von Arbeit. Seit diesem einmaligen, aber darum nicht weniger skandalösen Zusammengehen ist das *centro sociale* zweigeteilt. Erst ging es um Grundsätze von Bündnispolitik, dann ging gar nichts mehr, und jetzt teilt eine Mauer die subkulturell operierenden AneignerInnen von den subproletarischen VerteilerInnen. Die Mauer trennt akkurat. Sie hat gute Gründe und eine bedenkliche Konsequenz: Sie trennt AktivistInnen nach ihrem Klassenhintergrund.

II. Verteilen erscheint so lammfrom, wie gemacht für die Schlachtbank der AneignerInnen

1799 hatten die republikanischen Putschisten Neapels in bürgerlichem Ehrgeiz weder mit sozialer Verteilung noch mit Religion viel im Sinn. Erst als das französische Militär und seine Experten ihnen für die nachrevolutionäre Symbolisierung von Verteilungsöffentlichkeiten in die Arme fielen, geschah das nötigste. Der Bischof wurde erpresst, dem Gassenvolk am Hochaltar die republikanische „Verflüssigung des heiligen Blutes" vorzuführen. Für die Armutsviertel der Stadt waren damit die Verteilungsverhältnisse herrschaftlicher Gnade für einige Wochen klargestellt, am Ende reichte aber auch das nicht.

Um die Produktionskrisen feudaler Verhältnisse zu kitten, hat das Christentum den Vollzug sozialer Verteilung in Europa in Form obligater Sprechblasen etabliert. Dichtung war nötig, sowohl gegen die Sklavereiverhältnisse der Anfänge und der Kolonialexpansionen als auch gegen die Aufklärung und das Bürgertum, das sich darauf einrichtete, ihre Errungenschaften abzuräumen.

Die Vulgärpoesie der Verteilung ist geschmacklos zum Gotterbarmen. Jesus als Lamm Gottes wird in frechem Bezug auf Ritualformen kannibalischer Triebabfuhr in Oblaten gestampft und an jeden verteilt, der Hunger hat und sich symbolisch unterwirft. So freigiebig wie Oblaten im Blutrausch feudaler Zusammengehörigkeit werden im fortgeschrittenen Kapitalismus nur noch Visitenkarten verteilt. Satt wurden die so Abgespeisten in den wenigsten Fällen. Verteilen ist deshalb in Europa wenig mehr als die Galgenmelodie paternalistischer Vereinnahmung. Ungebrochen



effektiver war der Mangel als sozialer Mörtel. In dieser Tradition ist Verteilen das Tüpfelchen auf dem i zur Hegemonie des Im-Mangel-Haltens, sogar die Sowjetökonomie verstand sich auf solchen Theaterdonner.

Dass im Durcheinander menschlichen Auskommens ganz andere Töne aufkommen können, zeigt die Sprache des Inkareichs von 1492, in der kein Wort für Hunger als Sozialverhältnis registriert werden konnte. Schrift, Buchführung, Beamtenadel, Wegesystem, Getreidespeicher, Lagerwirtschaft, Anbauvielfalt, teilmatriarchale Hegemonieverhältnisse machten einen Gutteil des Subkontinents zum real existierenden Verteilungskontinuum. Präzise aus dem neapolitanischen Tiegel, dem Zusammengehen von mediterranem Hafenproletariat und spanischen Feudalentrepreneurs, kam die erstaunliche Synthese von Aneignungsfähigkeiten zustande, die dem Versorgungssystem der Inka binnen Monaten den Hals umdrehte. Auf den Rumpf des Staatswesens ohne Hunger ließ sich in verblüffender Kontinuität ein kontinentales System der Zwangsarbeit und Hungerwirtschaft pfropfen. Erst 300 Jahre später war es den Conquistadores möglich, die Aneignungsmarge auch gegen die dezentraleren, nomadischen Verteilungsökonomien im nordamerikanischen Midwest und den später argentinischen Pampas zu realisieren.

III. Verteilen erträumt die Zukunft mit sozialen Werkzeugen der Reaktion. Erfahrungen aus einer frühsowjetischen Stadtkommune

1917 bezog eine Gruppe von KommunistInnen unterschiedlichen Alters ein Bürgerpalais in der südrussischen Industriemetropole Charkow. In den oberen Etagen quartierten sich die alten Funktionäre ein, jeder für sich, zum Teil mit Hausstand und Bedienung. Über solchen Humbug wurde in den unteren Etagen nur gelacht. Dort hatten die jüngeren das Sagen, in jedem ehemaligen Repräsentationssaal entstand eine eigene, ausgesprochen unrepräsentative Stadtkommune. Nicht Verteilungsmoral, sondern die Durchsetzungskraft materialistisch verstandener Kollektivinteressen ermöglichte die gleichmäßige Verteilung aller Güter nach Bedürfnissen und Fähigkeiten. Die jungen KommunardInnen stürzten sich in die Kulturarbeit der Fabriken, verkleideten öffentliche Plätze z.B. für die produktivistisch-avangardistischen Aufführungen des TRAM-Theaters. Zu Hause in ihren Kollektivwohnungen kreisten Selbstzeugnissen nach die spärlichen Bargeldbeträge, Lebensmittel, Broschüren, Bücher, Majakowski-Verse, sogar Ausgehkleidungsstücke des Kollektivs. Alles ging von Hand zu Hand, wie es gerade gebraucht wurde, ohne dass jemand hätte sagen können, wem jetzt was als Eigentum zukam. Ohne solche Verteilungskonsequenz wären der Bürgerkrieg, die zweifache Wiederbesetzung Charkows 1918-1920 und der erfolgreiche Aufbau einer neustrukturierten sozialistischen Textilindustrie nicht möglich gewesen. (4)

IV. Verteilenkönnen ist der vegetative Teil historischer Bewegung – die Geschichte der Tickets- und Pennywirtschaft in englischen Streikvorbereitungen

Emanzipationsverhältnisse auf niedrigstem materiellen Niveau ließen Marx und Engels in spekulativen Sätzen zum Urkommunismus aufleuchten. Dass sich mit solchem Werkzeug 1921 nach unsagbar entbehrungsreichen Monaten ein Sechstel der Erde vorläufig befreit nannte, lässt ahnen, dass es zumindest nicht nur steinernes war. Proletarische Verteilungsradikalität war über 130 Jahre als Werkzeug der Gegenmacht über alle Grenzen gekommen. E.P. Thompson ging ihr in *The Making Of The English Working Class* an die Quelle und fand Verblüffendes in den methodistischen und dissentistischen Zirkeln des englischen Proletariats zur Zeit der französischen Revolution. Freilich, gibt er zu, wurden die freikirchlichen Gemeinden schon mit der gesamteuropäischen Reaktion und dem Bonapartismus wieder an konservative Gängelbänder genommen. Die sozialrevolutionären Anhänger liefen zu atheistischen Zirkeln über. Formen ihrer dezentralen Kirchspielorganisation nahmen sie mit in die neuen Zusammenhänge. So kamen nicht nur die landesweiten Konferenzen und ihre Arbeitsausschüsse für praktischen Fragen (Sekretariate) aus der Freikirche in die ArbeiterInnenbewegung, sondern ebenso ihre wichtigsten Verteilungsinstrumente. Schon über zwei Jahrhunderte verkauft die englische Gewerkschaftsbewegung ihren Mitgliedern jene *tickets* der methodistischen Jakobinerprediger von 1792. Nur mit der Konsequenz, die spärlichen Pennies der Mitglieder einer Gesellschaft gewissenhaft





und regelmäßig zusammenzusammeln, ließen sich jene Streikkassen aufbauen, die bei den ersten Gegenverteilungserfolgen in der kapitalistischen Akkumulation Pate standen, dem 12-Stunden-Tag, dem Schutz gegen Maschinenbetrieb mit Kindern, den ersten Massenmobilisierungen der Chartisten gegen die kapitalistische Verfassung der Gesellschaft. Und bei *tickets* blieb es nicht. Gesammelt wurde für Begräbniskassen, Witwen- und Kinderversorgung, Coops, Zeitungsprojekte. Verteilungsinstrumente der kommenden Gesellschaft waren in den Reihen der revolutionären Linken früh als überlebenswichtig erkannt worden, lange bevor den Kompromisslern die temporären Zugeständnisse des Kalten Krieges zuteil wurden, lange vor Bismarcks Sozialdekreten, lange vor den kriegsvorbereitenden Volksstaatlügen vom VW und dem Müttergenesungsheim.

V. Militantes Verteilen kann ein geschickter Vorgriff auf die Utopie sein – die Kolonne Ché und wie Genosse Chruschtschow lernte, seine Schuhe auszuziehen

Es hat Wochen gebraucht und das gemeinsame Durchblättern von einer halben Tonne Papier, bis die mündlichen Geschichten und die schriftlichen Zeugnisse aus der cubanischen Zuckerfabrik *Soledad del Muerte*, heute *Pepito Tej*, ineinander griffen. Eine tropische Zuckerfabrik ist eine vielstufige Pyramide an Macht- und Verteilungsverhältnissen. Bis 1959 waren AfrocubanerInnen nicht für das industrielle Herz vorgesehen, auch von dem Stichbahnbetrieb wurden sie fern gehalten. Unzuverlässige Verteilungsabhängige waren auch die Tischler und Zimmerleute, denn die fanden zur Not noch drei Tagesreisen weiter Arbeit, ohne Zucker. Alle anderen machten gute Miene zum bösen Spiel.

1958 drehte der Wind. Unten im Flachland lag die Zuckerrohrplantage und ihre gestelzte Hierarchie scheinbar unangetastet, oben in der Sierra des Escambray bereits die Kolonne *Ché Guevara*. Tags versperrten Scharfschützen die Verbindungspfade. Nachts kam die Guerilla in die Fabriksiedlung und verkaufte diskret ihre *tickets*. Der Sohn des Telefonisten soll eine umfangreiche Verteilungsagentur für den Transfer solcher Revolutionssteuer betrieben haben. Die Verteilungsverhältnisse der neuen Gesellschaft standen schon im Rohbau und fanden ihre lokalen Agenten, als jeder/m AfrocubanerIn per Dekret des US-Eigners noch sonntags das Betreten des Baseballplatzes der Fabrik strengstens untersagt war, „um den Charakter der Sportveranstaltung nicht zu stören": „Wir lebten und arbeiteten schon für das Neue als das Alte noch gar nicht weg war. Anders, Chico, macht sich keine Revolution. Revolution ist nicht nur paff, paff." Die PlantagenarbeiterInnen, die im Winter 1958-1959 mit Ché Guevara nach Havanna gingen, waren so arm wie Menschen nur in tropischen Verhältnissen arm gehalten werden können, ohne zu erfrieren. Vielleicht war das ein Grund, warum kaum eine oder einer von ihnen in der Hauptstadt blieb, auch Ché nicht. Er wollte der Sowjetunion mehr als nur Zucker verkaufen, den man freilich nach der Land- und der Stadtreform (*reforma urbana*, Enteignung allen privaten Hauseigentums und soziale Verteilung der Besitztitel) nicht mehr an den nördlichen Nachbar loswurde. Durchzusetzen galt es ein neues Modell globaler Verteilungsgerechtigkeit. Das hieß für den RGW, einen umfangreichen materiellen Transfer von Europa in den Süden zu finanzieren. Weder gab es dafür Vorläufer in dieser Größenordnung, noch einen Zweifel daran, dass der Nordosten diese Mittel kaum wiedersehen würde. In der Tat trauert ihnen so mancher tschechische Kirchturmpolitiker heute noch nach.

Die Raketenkrise war der Überbau. Der Machtpoker zwischen cubanischer Revolution und sowjetischem Hegemonieanspruch ging um die Verteilung ökonomischer Ressourcen. Die rabiate Brutalität, mit der Ché Atombomben gegen die USA forderte, war der dabei anscheinend nötige Einsatz. Um der globalen Verteilungsgerechtigkeit willen gab sich das revolutionäre Cuba menschenverachtend gemäß dem Stand der kapitalistischen Destruktivkräfte. Nordkorea heute kann das nicht toppen.

VI. Eine Utopie, die als etwas Erreichtes dargestellt wird, ist am Ende – Verteilungs- und Herrschaftsinteresse mit Räten tschechischer ArbeiterInnen

Die UNO-Statistik misst Verteilungsgerechtigkeit anhand eines sogenannten Gini-Indexes. Eine Gesellschaft, in der Kaufkraft und Anrechte auf Ressourcen wie Arztbesuche und Ausbildung perfekt gleich verteilt sind, hat den Index 0. Obwohl sich die soziale Ungerechtigkeit im Tschechischen in den letzten 15 Jahren laut Index mehr als verdoppelt hat, liegt ihr Niveau immer noch unterhalb dessen, was die Sowjetunion bis 1991 zustande gebracht hat. Nicht zufällig hat die tschechische Gesellschaft vor 1989 einen Weltrekord gesellschaftlicher Gleichheit erreicht. Die böhmischen Länder hatten in dem, was Adorno mit betonter Distanz „Ostbereich" zu nennen pflegte, einen ver-





gleichsweise vielseitigen Erfahrungsschatz an produktionsgebundenen Verteilungskämpfen und selbstorganisierten Verteilungsgenossenschaften. Die faktische Definitionsmacht von Überbleibseln der ArbeiterInnenräte, die nach dem Krieg die Betriebe übernommen hatten, sorgte für eine Ausrichtung bestimmter Produktionsentscheidungen an egalitären Vorgaben. Die Zuarbeit zwischen ArbeiterInnen und Verteilung war beidseitig. (5) Unter der Hand gerannen aber so die zwei wichtigsten Überlebensfragen der Linken in einem technokratisch bewegungslosen Verteilungsplan: 1. die Machtfrage und 2. die Kardinalfrage, die ihr erst den Sinn verleiht: „Wie werden wir glücklich?" Damit war die Utopie von der gerecht verteilenden Gesellschaft aber auch schon am Ende.

Für einige Bürgerbewegte Osteuropas kam der Sturz in die unverbrämte Klassengesellschaft durchaus überraschend, hatte man doch Ende der 1980er Jahre nicht nur mit dem Pathos der Naturrechtler bürgerlicher Aufklärung nach „Gerechtigkeit für Erniedrigte und Beleidigte" verlangt, sondern mit ebensolcher Emphase im Vokabular der klassischen Sozialutopie seit Morus und Marx nach Gleichheit und Gerechtigkeit. Wohlgemerkt nach Gleichheit, nicht nach der sozialdarwinistischen Mogelpackung von der „chancengleicheit".

VII. Muss die Mauer weg? Wenn, dann nicht nur in Neapel

Sicherlich gibt es keine revolutionäre Verteilung ohne revolutionäre Aneignung. Aber umgekehrt kann sich auch keine sozialisierende Aneignungspraxis entwickeln, wenn ignoriert wird, was Verteilungsversprechen und Verteilungskämpfe von einer Zeit nach dem Kapitalismus sinnlich vorwegnehmen können. Schon Ernst Bloch polterte alttestamentarisch: „Es gibt kein Tanz vor dem Essen. Erst müssen alle am Tisch sitzen, dann kann der Messias kommen." (6) In einem verwinkelten neapolitanischen Barockhaus ist eine weitere Wand eingezogen worden, die den Tanz vom Essen trennt.

- Na und?
- So einfach geht das nicht, Genossen!
- Können eigentlich AusländerInnen ins Syndikat eintreten?
- Kamerad, unsere Fahne ist die Fahne der Weltrepublik!
- Eure Demokollegen von neulich sehen das anders.
- Das ist Geschichte. Und übrigens, wer im Syndikat ist, bekommt ein Ticket, dieses kleine rote hier und das kostet ein bisschen, nicht viel.
- Ich will es nicht geschenkt.

Martin Krämer *berichtete schon in Fantômas 4 (Blaue Linien – Roter Faden) aus militanten Untersuchungen zwischen Cuba und der ehemaligen Sowjetunion. Er lebt als Historiker, Kollektivautor und Wandmaler in Warszawa, ist Aktivist der polnischen Linken und hat diesen Artikel mit Hilfe von Bab, Jan, Kaya, Teresa und Thomas geschrieben.*

Anmerkungen:

1) Joshua B. Freeman, Working Class New York. NY: The New Press (2000).

2) Antonio Gramsci, La questione meridionale. Roma: Editori Riuniti (1. Aufl. 1966).

3) Über sexistische Kontinuitätslinien schreibt brilliant Laura Grasso, Compagno Padrone, Relazioni interpersonali nelle famiglie operaie della sinistra tradizionale e della sinistra extraparlamentare. Rimini: Guaraldi (1974).

4) William B. Husband, Revolution in the Factory. The Birth of the Soviet Textile Industry, 1917-1920. Oxford: OUP (1990).

5) Martin Krämer, „Innere Mobilisierung und veräußerter Klassenkampf", in: Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. München 2005, 179-202.

6) Ernst Bloch und Theodor W. Adorno: „Etwas fehlt ..." – Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht. (1964), nachlesbar im Ergänzungsband der Bloch-Gesamtausgabe (1978).





What does memory mean to you?

Von Petra Gerschner

Die Fotografie dokumentiert den Blick auf die Welt und verändert ihn zugleich. Die Rezeption von Bildern erhält gegenüber dem Wort in einer globalisierten Alltags- und Erfahrungsrealität eine immer stärkere Bedeutung. Werbeplakate besetzen wie überdimensionierte Tafelbilder den öffentlichen Raum und prägen das „Bild" und die Sicht auf die Wirklichkeit. Sie sind Alltagskulisse und Orte der Projektion, die Wünsche und Sehnsüchte freisetzen. Die Dominanz der Medienbilder und die Vorstellung von der Wirklichkeit, die wir durch den Glanz des Kodakbildes wahrnehmen, schreiben sich ein, sogar dann, wenn wir selbst ihnen nicht erliegen.

Mit der Arbeit *What does memory mean to you? XIII* (2005) zeige ich in der aktuellen *Fantômas* Ausschnitte eines Bildprojekts, das sich aus dokumentarischen Aufnahmen, konzeptuellen Arbeiten und privaten Fotografien meines Bildarchivs aus dem Zeitraum von 1985 bis 2005 zusammensetzt. Aus Bildfolgen meiner subjektiven Erfahrungen, die sich mit visuellen Zeugnissen historischer Ereignisse, gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Prozesse sowie künstlerischen Inszenierungen überblenden, entstehen Narrative, die eine Beziehung zwischen Bildern und Ereignissen schaffen, die auf den ersten Blick nicht zusammen erinnert werden.

In meinen fotografischen Arbeiten befrage ich visuelle Erscheinungsformen der Wirklichkeit nach subjektiven und kollektiven Kriterien von Erinnerung und untersuche die gesellschaftliche Bildproduktion als Versteck sozialer und politischer Machtmechanismen. Mein Interesse gilt dabei den Methoden und Strategien dieser Bildkonstruktionen im Spannungsfeld kultureller Identitäts- und geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen.

Fotografien sind ein subjektiver Zugriff auf die Komplexität der Realität und können kontextabhängig ihre Bedeutung verändern. Das wirft die Frage danach auf, wie sich Wirklichkeit konstituiert und in welcher Weise die BetrachterInnen selbst an diesem Prozess beteiligt sind. Dabei findet der Blick auf die Bilder und die Geschichte, die sie transportieren, immer in der Gegenwart statt.

What does memory mean to you? XIII fragt nach der Bedeutung von Erinnerung als einem wesentlichen Moment der Fotografie. Die dokumentierte Erinnerung an gesellschaftliche Prozesse ist selektiv und Ausdruck politischer Interessenskonstellationen und konkreter Machtverhältnisse. Erinnerung kann verblassen. Erinnerung kann sich aber auch als bewusster Prozess verändern und neu geschärft werden. Mit diesem Projekt möchte ich den Blick zurückwerfen auf unerfüllt gebliebene Möglichkeiten gesellschaftlicher Kämpfe und mit der Reflexion dieser Geschichte die Perspektive auf die Gestaltung der Gegenwart neu befragen.

***Petra Gerschner** lebt und arbeitet als Künstlerin in München*

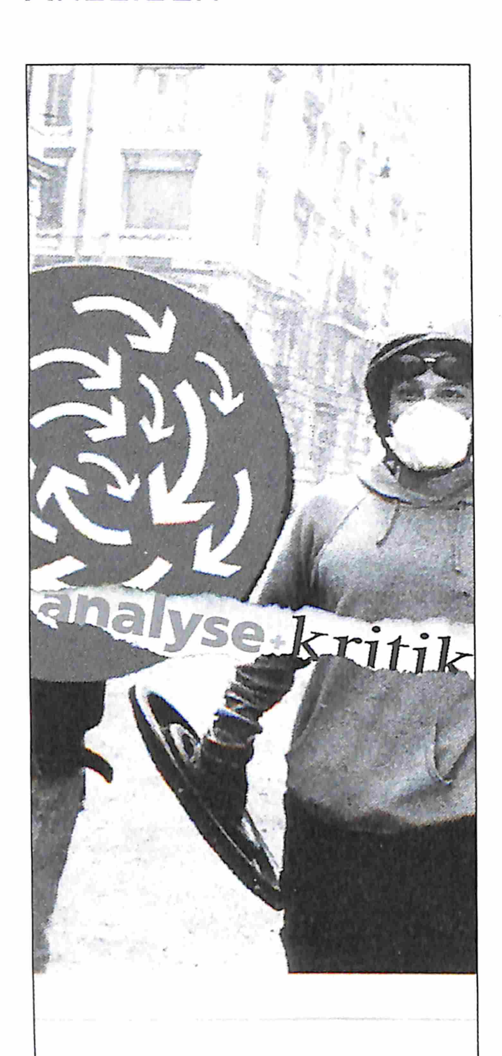


Baden-Baden
• Bahnhofsbuchhandlung
Berlin
• Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
• b_book, Lübbener Str. 11
• Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
• Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
• Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
• Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
• Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
• O 21, Oranienstr. 21
• Schwarze Risse, Kastanienallee 85
• Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
• pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48
Bielefeld
• Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7
Bochum
• Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum
Bonn
• Buchladen 46, Kaiserstr. 46
• Le Sabot, Breite Str. 76
Braunschweig
• Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87
Bremen
• Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
• Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12
Bruchsal
• Bahnhofsbuchhandlung
Darmstadt
• Buchladen, Lauteschlägerstr. 18
Donaueschingen
• Bahnhofsbuchhandlung
Dortmund
• Taranta Buba, Humboldtstr. 44
Düsseldorf
• Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
• Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108
Duisburg
• Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226
Essen
• Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8
Erfurt
• Bahnhofsbuchhandlung
Flensburg
• Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9
Frankfurt a.M.
• Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
• Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91
• Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
• Uni Buch, Jügelstr. 1
• Land in Sicht, Rotteckstr. 13
• Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
• Bahnhofsbuchhandlung
Freiburg i.Br.
• Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
• Bahnhofsbuchhandlung
Giessen
• Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44
Göttingen
• Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7
• Bahnhofsbuchhandlung
Hagen
• Buchladen Quadrux, Lange Str. 21
Hamburg
• Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
• Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
• Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
• Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 28
• Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
• Tabakladen, Spritzenplatz
Hanau
• Buchladen, Am Freiheitsplatz 6
Hannover
• Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
• Buchladen Annabee, Gerberstr. 6
Heidelberg
• Bahnhofsbuchhandlung
• Infoladen im Gegendruck, Fischergasse 2
Herford
• Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22
Karlsruhe
• Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
• Der andere Buchladen, Marienstr. 15
• Infoladen, Schwarzwaldstr. 79
Kassel
• Bahnhofsbuchhandlung (Hbf + Wilhelmshöhe)
Kiel
• Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27
Köln
• Bunt Buchhandlung, Ehrenstr. 86
• Der andere Buchladen, Weyertal 32
Konstanz
• Bahnhofsbuchhandlung
Lindau
• Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
Lübeck
• Infoladen Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9
Mannheim
• Der andere Buchladen, M2, 1
• Bahnhofsbuchhandlung
Marburg
• Buchladen Roter Stern, Am Grün 28
München
• Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43
Münster
• Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
• Infoladen Bankrott, Dahlweg 64
Nürnberg
• Bahnhofsbuchhandlung
• Bücherkiste, Schlehengasse 12
Oberstaufen
• Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
Oldenburg
• Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24
Osnabrück
• Infoladen Zett, Alte Münze 12
Paderborn
• Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12
Pforzheim
• Bahnhofsbuchhandlung
Potsdam
• Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28
Ravensburg
• Kulturladen Karacho, Bachstr. 27
Recklinghausen
• Attatroll, Paulusstr. 2
Saarbrücken
• Der Buchladen, Försterstr. 14
Siegen
• Bücherkiste, Bismarckstr. 3
Singen
• Bahnhofsbuchhandlung
Stuttgart
• Infoladen Ludwigstraße 110a
Trier
• Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10
Tübingen
• Der faire Kaufladen, Marktgasse 13
Weimar
• Bahnhofsbuchhandlung
Weinheim
• Bahnhofsbuchhandlung
Wiesbaden
• Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9
Würzburg
• Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25
Wuppertal
• Autonomes Zentrum, Markomannestr. 3

ÖSTERREICH
Wels
• Infoladen, Spitalhof 3
Wien
• Infoladen Zehn, Wielandgasse 2-4

SCHWEIZ
St. Gallen
• Comedia, Katharinengasse 20
Zürich
• Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60
• TAT und RAT, Roeschibachstr. 69

NIEDERLANDE
Amsterdam
• Het Fort van Sjakoo, Jodenbreetstraat 24
Groningen
• Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A
Utrecht
• De Rooie Rat, Oudegracht 65



Zeitung für linke Debatte und Praxis

ak testen: 3 für 5 €

Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft



Neu: Jetzt mit Citrusfrische und Extra-Langzeit-Wirkung

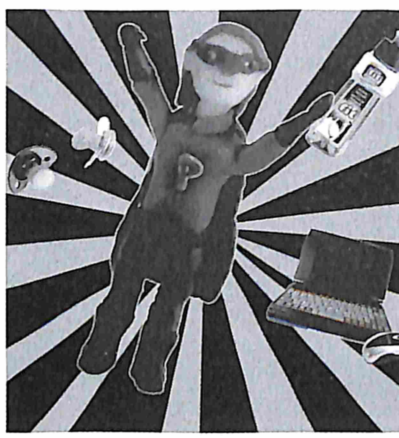
GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

GWR 301/Aug. 05: Comeback der Anti-Atom-Bewegung?; Die fetten Jahre sind vorbei: Ketzerische Positionen zur Bundestagswahl 2005; Aus voller Brust für die Moral der Truppe: 50 Jahre Bundeswehr – Wir schießen quer; Bankrott der Eurokraten; „Imperiale Träume". EU, Türkei, Militarismus & Kriegsdienstverweigerung; Hiroshima; Zapatista-Initiative; Freiheit & Anarchie u.v.m.

Jahresabo 25 Euro (10 Hefte)

Probeabo 5 Euro (3 Hefte)





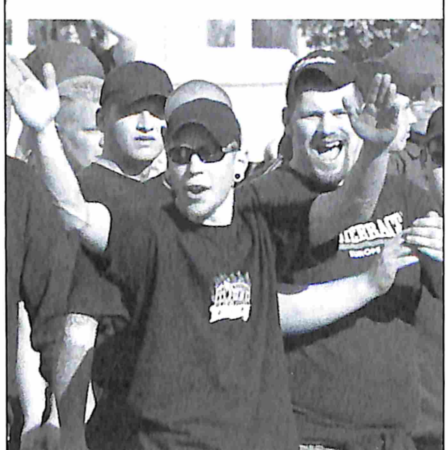
SUPERPRECARIA!

In jedem gut sortierten Buchhandel erhältlich. Einzelpreis 4 Euro. Erscheint 3 bis 4x im Jahr. Probeheft gegen 2 Euro in Briefmarken. Bestellung und **Infos:** c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

www.nadir.org/arranca

Antifaschistisches info Blatt

Nr.69 | Herbst 2005



Neue Dynamik im militanten Spektrum

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)



Ja, ich abonniere die junge Welt
für mindestens ein halbes Jahr

Dafür kann ich eine aus folgenden Prämien wählen

O Marx/Engels: »Das kommunistische Manifest« – gelesen von Rolf Becker (Hörbuch)

O »Equal goes it loose«. Heinrich Lübke redet für Deutschland (Hörbuch)

O Der Bär auf dem Försterball, Hacks und Anverwandtes (CD), vorgetragen von Wiglaf Droste, Rayk Wieland und anderen

Name/Vorname fantomas

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

O Normalabo (mtl. 26,80 Euro), O Solidaritätsabo (mtl. 34,20 Euro), O Sozialabo (mtl. 19,60 Euro)

Ich bezahle mein Abo

O monatlich (nur mit Bankeinzug), O vierteljährlich (3 % Rabatt), O halbjährlich (4 % Rabatt), O jährlich (5 % Rabatt)

per O Einzugsermächtigung O Rechnungslegung.

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Datum/Unterschrift

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse + kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74 Fax: 040-401 701 75 E-Mail: fantomas@akweb.de
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73 Internet: www.akweb.de

Redaktion: Frauke Banse, Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wissmeier

Bildredaktion: Petra Gerschner, Michael Backmund

Bildkonzept und Titel: *What does memory mean to you? XIII* (2005), Petra Gerschner

Technische Erstellung: Renate Möller

V.i.S.d.P.: G. Wissmeier, Verlagsanschrift – *Fantômas* erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.800
Die nächste Ausgabe von *Fantômas* erscheint Mitte Mai 2006. Anzeigenschluss: 18. April
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €.
Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.
Abo-Bestellungen unter www.akweb.de

Nachdruck von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
Nachdruck aus *Fantômas*, *ak*-magazin für linke debatte und praxis, Nr. xxx, Jahr.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

+++ **dank an** +++ ga. +++ hans-hermann +++ ib. +++ jo +++ judith knoche +++ kirsten alers +++ marek arlt +++ markus dorfmüller +++ th. +++ unsere autorinnen und autoren


CARABINIERI